

Referenten bezeichnen Impfen als schädlich

Vortrag über Impf- und Infektionstheorie

Rosenheim (vs) – Ein Vortrag mit dem Titel „Impfen?“ fand am Donnerstag im Begegnungssaal der Arbeiterwohlfahrt statt. Die Referenten, Dr. Stefan Lanka und Karl Krafeld, legten ihre erstaunlichen Ergebnisse über Infektions- und Impftheorie und deren Zusammenhänge dar.

„Schluss mit lustig“ – mit dieser im Laufe des Vortrags oft wiederholten Forderung begann der Gesellschaftswissenschaftler Karl Krafeld aus Dortmund seine Ausführungen. Die Zuhörer wurden mit Aussagen konfrontiert, die auf die absolute Nutzlosigkeit, ja sogar totale Schädlichkeit von Impfungen hinwiesen. „Keine Gesundheitsbehörde kann die Viren, die Mumps, Masern, Polio und andere Krankheiten auslösen, nachweisen“, erklärte Krafeld.

Bei bakteriellen Erkrankungen hingegen, wie Diphtherie oder Tetanus, würden die einzigen beweisenden wissenschaftlichen

Arbeiten aus dem 19. Jahrhundert stammen. Außerdem würden bei jeder Impfung Nervengifte in Form von Quecksilber oder Aluminium in den Körper gelangen.

Der Biologe Dr. Stefan Lanka aus Stuttgart bestätigte die Aussagen seines Vortragspartners: „Für die Isolierung tödlicher Viren gibt es keinerlei Beweise.“ Auch der HI-Virus wäre nie isoliert worden und damit nicht nachweisbar. Zwar gäbe es Fotos des Virus, doch seien diese reiner Betrug. Lanka wollte dieses mit Aufnahmen isolierter Viren beweisen, die ausschließlich gleichmäßige Teilchen zeigten. Beim Foto des HI-Virus sei diese Gleichmäßigkeit allerdings nicht gegeben.

„Niemals ist ein Krankheitsbild durch isolierte Bakterien oder Viren noch einmal ausgelöst worden“, so Lanka. Bewiesen sei dieser Umstand schon 1892 von Max von Pettenkofer, der mit Cholera-Bakterien versetzte Flüssigkeit trank, um zu zeigen, dass diese

Krankheit keinesfalls ansteckend sei.

Die Referenten legten den Zuhörern nahe, sich selbst von dem Betrug rund ums Impfen zu überzeugen. „Man muss einfach jenen, die das Impfen empfehlen, die Frage stellen, wo es denn einen zeitgemäßen wissenschaftlichen Beweis für den Virus gibt“, erklärte Lanka. Man solle bei Impfungen auch nach dem Beipackzettel fragen und sich die Zusammensetzung des Stoffes ansehen. Oft wären die Inhaltsstoffe aber gesetzlich geschützte Geheimnisse.

Karl Krafeld brachte es so auf den Punkt: „Jede Impfung bedeutet eine gesundheitliche Schädigung. Jeder Impfstoff müsste eigentlich vom Markt genommen werden.“

Wer mehr über die Theorien von Krafeld und Lanka wissen will, kann diese auch in deren Buch „Impfen – Völkermord im dritten Jahrtausend?“ nachlesen, das im Piroloverlag erschienen ist.

„Schluss mit lustig“ –
Mit dieser im Laufe des
Vortrags oft wiederholten
Forderung begann der
Gesellschaftswissenschaftler
Karl Krafeld aus Dortmund
seine Ausführungen.

Wer mehr über die Theorien
von Krafeld und Lanka wissen
will, kann diese auch in deren Buch
„Impfen – Völkermord im Dritten
Jahrtausend?“ nachlesen, ...

Herausgeber:

Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte e.V. (MuM)
Band I: Eisodus - Aufbruch in unsere planetarische Zukunft

Krafeld / Lanka u.a.

Karl Krafeld / Stefan Lanka u.a.

Impfen - Völkermord im dritten Jahrtausend

mit Beiträgen zur Geschichte und
Aufklärung von AIDS, BSE, MKS u.a.

Die Impfungen die durchgeführt werden, sind keine Schutzimpfungen im Sinne des Gesetzes. Das ist die Kernaussage dieses Buches. Den durchgeführten Impfungen mangelt es – als unverzichtbare Grundlage – nicht nur an dem wissenschaftlichen Ursachenbeweis, dem Kausalitätsnachweis. Es mangelt den Impfungen und der Infektionstheorie nicht nur an den Beweisen, daß die behaupteten Krankheitserreger tatsächlich die Krankheit verursachen. Im Elektro-
nikzeitalter, im Zeitalter der Elektronenmikroskopie, mangelt es auch am wissenschaftlichen Nachweis der Mikrobe selbst, die als Krankheitserreger behauptet wird!

Das Impfen und die Seuchenpolitik im dritten Jahrtausend versucht sich aus dem Denken der Wissenschaft des 19. Jahrhunderts zu rechtfertigen.

Die globalen gesellschaftspolitischen Hintergründe der angeterzten Seuchenpolitik werden als Konkretion der US-Friedenspolitik, gründend in der übersehenen US Revolution im Jahre 1944, dargestellt. Diese Angst-Politik und die darauf basierende Medizin der Angst, des Erschreckens und des Bekämpfens führte und führt die Menschheit in die biologische und psychologische Selbstzerstörung. Die Folgen der Degeneration sind unübersehbar.

Der Weg in die Überwindung dieser globalen Politik, der Weg in die Zukunftschance von Menschheit – der Weg, der von Wenigen seit Jahren gegangen wird – wird dargestellt und es wird ermutigt, diesen Weg zu gehen.

Es wird dargestellt, daß es sich beim Impfen im dritten Jahrtausend, um minder schweren Völkermord im Sinne des § 220a des Strafgesetzbuches der BRD handelt. Für den das Gesetz eine Haftstrafe von nicht unter fünf Jahren, auch für Mittäter, vorsieht. Dieses Handeln beim Impfen und in der Seuchenpolitik beweist sich im dritten Jahrtausend als Handeln trotz besseren Wissens, als Absichtshandlung. Als Handeln trotz besseren Wissens durch die Gesundheitsbehörden und der Regierungen, die die Seuchen- und Impfpolitik ausführen: Dies infolge der kontrollierenden Aktivität von Staatsbürgern, die Vertrauen gegenüber den Staat als »gut«, Kontrolle des Staates durch den Staatsbürger aber als »besser« ansehen. Staatsbürger haben begonnen, die Behörden nach Beweisen zu fragen – und erhielten keine Beweise.

Das Buch ermutigt nicht zum Auszug aus der Gesellschaft auf illusionäre Überlebensinseln. Es unternimmt nicht den trügerischen Versuch, die Illusion des Auszugs, des Exodus aus dem Globalismus zu festigen. Das Buch ermutigt zum Aufbruch in den Einzug, in den Eisodus, in die Planetisation. In die mögliche und auf Verwirklichung angelegte menschliche Zukunft auf diesem Planeten. Über den Weg des Zusammenbruchs der globalen, wissenschaftlich haltlosen Seuchenpolitik: Durch die Konfrontationen mit den verfassungsmäßigen Anforderungen eines Rechtsstaates und der Verwirklichung des Rechtsstaates und der Internationalen Menschenrechte. Das Buch ermutigt zum Aufbruch in den Eisodus.

Impfen - Völkermord im dritten Jahrtausend ?



Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes

Vereinte Nationen Generalversammlung Resolution 260 A (III) vom 9. Dezember 1948.

Inkrafttreten: 12 Januar 1949

Artikel II:

In dieser Konvention **bedeutet Völkermord** eine der folgenden Handlungen, **die in der Absicht begangen wird**, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

(a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;

(b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;

(c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;

(d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;

(e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.

Artikel III:

Die folgenden Handlungen sind zu bestrafen:

(a) Völkermord,

(b) Verschwörung zur Begehung von Völkermord,

(c) unmittelbare und öffentliche Anreizung Begehung von Völkermord,

(d) Versuch, Völkermord zu begehen,

(e) Teilnahme am Völkermord.

Artikel IV:

Personen, die Völkermord oder eine der sonstigen in Artikel II aufgeführten Handlungen begehen, **sind zu bestrafen, gleichviel ob sie regierende Personen, öffentliche Beamte** oder private Einzelpersonen sind.

Das Robert Koch-Institut im Nationalsozialismus: Stellungnahme zu den Forschungsergebnissen

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jörg Hacker, Präsident des Robert Koch-Instituts.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Handeln des Robert Koch-Instituts und seiner Mitarbeiter in der Zeit des Nationalsozialismus wurde in den vergangenen zwei Jahren sehr detailliert und ohne institutionelle Befangenheit untersucht. Wir sind dankbar, dass die Arbeitsgruppe vom Institut für Geschichte der Medizin der „Charité Universitätsmedizin Berlin“ das Vorhaben durchgeführt hat. Wir sind auch dankbar, dass die Historische Kommission das Projekt begleitet hat.

Viele Täter und Taten waren schon bekannt. Wir wussten auch von mehreren jüdischen RKI-Wissenschaftlern, die 1933 emigrieren oder sich verstecken mussten. Einige von ihnen sind sogar in der Jubiläumsveröffentlichung zum 75. Jahrestag der Institutsgründung (1966) genannt, mit dem Hinweis auf den Zwang zu Emigration oder Versteck.

Aber erstmals ist jetzt das RKI im Nationalsozialismus systematisch und umfassend untersucht worden. Die Historiker haben dabei eine Reihe neuer Namen und Taten ans Licht gebracht. Deutlich geworden ist vor allem die damalige fast vollständige Durchdringung des RKI mit der NS-Ideologie, sowohl forschungsthematisch als auch personell. Die Führungsriege, das heißt der Institutsdirektor und die Abteilungsvorsteher, wurden zwischen 1933 und 1937 fast vollständig ausgetauscht. Einige von ihnen schieden allerdings aus Altersgründen oder Krankheitsgründen aus. Aus welchem Grund auch immer eine Stelle neu besetzt wurde: am Ende waren neben dem Direktor fast alle Abteilungsleiter in der Partei.

Durch eine Entlassungswelle drei Monate nach der Machtergreifung im Januar 1933 verlor das RKI praktisch seinen kompletten Mittelbau. Verloren gingen damit viele erfolgreiche Projekte, fruchtbare wissenschaftliche Kooperationen und innovative Forschungsrichtungen. Jüdische Wissenschaftler mussten das RKI verlassen. Viele wurden in die Emigration getrieben. Wir werden diesen ehemaligen Mitarbeitern ein bleibendes Andenken entgegen bringen. Der Verlust jüdischer Wissenschaftler war nicht nur für das RKI ein großer Verlust, er hat die gesamte Wissenschaft in Deutschland massiv und langfristig geschwächt, vermutlich bis heute. Schließlich befanden sich zum Beispiel unter den vertriebenen und emigrierten Naturwissenschaftlern und Mediziner nicht weniger als 24 Nobelpreisträger, wie Wolfgang Frühwald kürzlich in einem Vortrag vor der Leopoldina berichtet hat.

Es waren nicht nur Einzelne

Durch das Forschungsprojekt ist klar geworden: es waren im RKI nicht nur einzelne Wissenschaftler, die moralische Grenzen überschritten haben. Diese These ist noch im Jahre 1991, in der Festschrift zum hundertjährigen Jubiläum der Institutsgründung, nachzulesen. Diese Einschätzung müssen wir revidieren.

Es waren nicht nur Einzelne, die abscheuliche Menschenversuche zum Beispiel mit Impfstoffen durchgeführt haben, vor allem an Patienten und KZ-Häftlingen. Es waren nicht nur Einzelne, die renommierte Wissenschaftler entlassen haben oder die Entlassung ihrer Kollegen widerspruchslos hinnahmen. Es waren nicht nur Einzelne, die schlechte Wissenschaft gemacht haben und alle moralischen Schranken eingerissen haben. Es war auch nicht nur die Institutsleitung, die das RKI auf die Linie des Regimes brachte.

Es waren auch nicht nur die direkt im RKI Beschäftigten. Die Forschungen haben ergeben, dass einige der Haupttäter aufgrund ihrer Sozialisation am Institut und ihrer fortbestehenden Einbindung in das Institutsnetzwerk als Mitglieder des RKI betrachtet werden müssen, auch wenn sie mittlerweile an anderer Stelle beschäftigt oder schon pensioniert waren.

Fast alle haben mitgemacht oder geschwiegen. Auch eine Reihe technischer Angestellter und Verwaltungsmitarbeiter war schon vor 1933 Parteimitglied geworden, der Forschungsbericht erwähnt auch einen Fall von Denunziation. Für das Übertreten humanistischer Grundsätze, für die Verletzung der Würde und der körperlichen Unversehrtheit gibt es zu keiner Zeit der Welt eine Rechtfertigung, auch wenn die Mehrheit ein solches Verhalten toleriert oder gar fordert.

Mitgemacht hat auch das RKI als Institution, das aufgrund seiner zentralen Stellung im deutschen Gesundheitswesen erheblich in die nationalsozialistische Gewaltpolitik involviert war. Der Verlust der institutionellen Selbstständigkeit zwischen 1935 und 1942 darf hier nicht als Entschuldigung dienen. Zwischen 1935 und 1942 war das RKI dem Reichsgesundheitsamt unterstellt, dessen Präsident ein höchst aktiver Nationalsozialist war. Mitgemacht haben auch die Mitglieder des Institutsnetzwerks, die zwar nicht am Institut forschten, dem RKI aber eng verbunden waren.

Auch die Wissenschaft

Wissenschaft bedeutet Begegnung, bedeutet Internationalität, bedeutet Originalität. In der Zeit des Nationalsozialismus verkehrten sich diese Werte in ihr Gegenteil. Dennoch haben viele RKI-Wissenschaftler mitgemacht. Sie haben mitgemacht, um persönlichen Forscherehrgeiz zu befriedigen, ohne Rücksicht auf Verluste. Sie haben mitgemacht, um absonderliche Theorien zu testen, die in der wissenschaftlichen Gemeinschaft nicht anerkannt waren. Sie haben mitgemacht, um die Karriere voranzubringen. Sie haben mitgemacht, um von freierwerdenden Stellen der vertriebenen Juden oder in den Ruhestand getriebenen Systemgegnern zu profitieren. Sie haben mitgemacht, um Anerkennung von Vorgesetzten und Wissenschaftlichen Kollegen zu gewinnen. Andere haben einfach nur geschwiegen - weil sie sich nur für die Wissenschaft interessiert haben oder emotional verkümmert waren, weitere dürften Angst vor Nachteilen gehabt haben.

Fälle von Zivilcourage, von Protestbekundungen gegen das staatliche, das institutionelle und das individuelle Vorgehen sind nicht bekannt. Die Medizinhistoriker haben aus einzelnen Arbeitszeugnissen das Bemühen herausgelesen, Mitarbeitern durch eine positive Beurteilung den Weg in eine neue Stelle – in der Regel im Ausland – zu erleichtern. Wir hätten uns mehr Courage im RKI erhofft.

Es war schlimmer

Wir müssen uns auch eingestehen: Es war nicht nur „wie überall“, sondern es war schlimmer als an vielen anderen Einrichtungen. Schlimmer, weil das RKI als staatliche Einrichtung eine

besondere Nähe zum staatlichen Terrorregime hatte. Schlimmer, weil das RKI in dieser Zeit historisch bedingt enge Verbindungen zu dem damals demokratiefeindlichen Militär hatte. Schlimmer, weil die Nazis die Orientierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes auf die Gesundheit der Gesamtbevölkerung für ihre Zwecke missbrauchten.

Schlimmer, weil Mediziner nach Einschätzung der Arbeitsgruppe eine überproportional höhere Affinität zum Nationalsozialismus hatten als andere Berufsgruppen. Und das, obwohl sie den Eid des Hippokrates schworen. Die vorgestellten Projektergebnisse zeigen: Es gab eine eindeutige Richtlinie, die Versuche an Menschen ohne deren Einwilligung verbot. Die Quellen belegen, dass die Täter die Richtlinie kannten und ignorierten, oder von den verzweifelten Lagerinsassen, die keine Wahl hatten, die Zustimmung skrupellos erpressten oder erpressen ließen

Nach dem Krieg

Das Verhalten der Wissenschaftler aus dem RKI nach dem Krieg zeigt alle Facetten deutscher Vergangenheitsbewältigung. Das ist zu einem großen Teil vermutlich aus der Kontinuität der Eliten erklärbar, die nach dem Krieg weitermachten, als ob nichts gewesen wäre. Die meisten hatten ja mitgemacht oder zumindest nicht protestiert. Auch im RKI wurden einige ehemalige Parteimitgliedern weiter beschäftigt, mit dem Argument der besonderen personengebundenen Expertise. Einer, der 1955 aus der Haft entlassen wurde, konnte sogar erneut ins RKI eintreten (Hermann Gildemeister).

Nach dem Ende der NS-Zeit leugneten die Täter jegliche Verantwortung für die Taten. Sie kamen meist verhältnismäßig rasch aus dem Gefängnis. Selbst ein ursprünglich zu lebenslanger Haft verurteilter Täter aus dem RKI wurde von der Bundesdisziplinarkammer freigesprochen und behielt seine Pensionsberechtigung in voller Höhe (Gerhard Rose). Andere bekamen gute Stellen, auch bei öffentlich finanzierten Einrichtungen (Eugen Haagen), übrigens sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR. Besonders perfide: Ergebnisse aus Menschenversuchen wurden auch nach dem Krieg publiziert, mit mehr oder weniger deutlichen Hinweisen auf die Opfer. Es ist beschämend, dass in den Verlagen und in der Wissenschaftlichen Gemeinschaft niemand daran Anstoß genommen hat.

In Zukunft

Für die Initiierung und Finanzierung der Untersuchung möchte ich dem langjährigen Institutspräsidenten Reinhard Kurth und dem Vizepräsidenten Reinhard Burger nochmals danken. Damit wollten wir einen Beitrag leisten, um die damaligen Ereignisse ans Licht zu bringen. Die Schicksale der Opfer dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Sie sind festgehalten in wissenschaftlichen Publikationen und in der Monografie zu den Forschungsergebnisse. Außerdem wird es ein Objekt des Gedenkens und Erinnerns auf dem Gelände des Robert Koch-Instituts geben. Näheres zur Ausgestaltung und zum Standort steht noch nicht fest, aber die Planung hat begonnen.

Die wichtigste Lehre aus dieser Zeit: jeder Einzelne, innerhalb wie außerhalb des Instituts, kann und muss Rückgrat beweisen. Diskriminierung und emotionale Verrohung, Schutz von Tätern oder eine Unterscheidung in wertvolle und weniger wertvolle Menschen dürfen wir nie hinnehmen.

Stand: 01.10.2008

Das Robert Koch-Instituts im Nationalsozialismus: Stellungnahme zu den Forschungsergebnissen

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jörg Hacker, Präsident des Robert Koch-Instituts

(Auszüge)

„Die wichtigste Lehre aus dieser Zeit: jeder Einzelne, innerhalb wie außerhalb des Instituts, kann und muss Rückgrat beweisen.“

„Für das Übertreten humanistischer Grundsätze, für die Verletzung der Würde und der körperlichen Unversehrtheit gibt es zu keiner Zeit der Welt eine Rechtfertigung, auch wenn die Mehrheit ein solches Verhalten toleriert oder gar fordert.“

„Fälle von Zivilcourage, von Protestbekundungen gegen das staatliche, das institutionelle und das individuelle Vorgehen sind nicht bekannt.“

„Es waren nicht nur Einzelne, die abscheuliche Menschenversuche zum Beispiel mit Impfstoffen durchgeführt haben, vor allem an Patienten und KZ-Häftlingen.“

„Die vorgestellten Projektergebnisse zeigen: Es gab eine eindeutige Richtlinie, die Versuche an Menschen ohne deren Einwilligung verbot. Die Quellen belegen, dass die Täter die Richtlinie kannten und ignorierten, oder von den verzweifelten Lagerinsassen, die keine Wahl hatten, die Zustimmung skrupellos erpressten oder erpressen ließen.“

„Es waren nicht nur Einzelne, die schlechte Wissenschaft gemacht haben und alle moralischen Schranken eingerissen haben.“

„Andere haben einfach nur geschwiegen - weil sie sich nur für die Wissenschaft interessiert haben oder emotional verkümmert waren, weitere dürften Angst vor Nachteilen gehabt haben.“

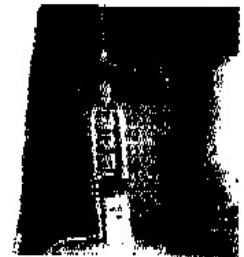
„Die wichtigste Lehre aus dieser Zeit: jeder Einzelne, innerhalb wie außerhalb des Instituts, kann und muss Rückgrat beweisen.“

Stand: 01.10.2008

Gebräuchlicher Impfstoffzusatz zerstört Hirnzellen

Wenn die Obduktion von zwei Dutzend einstmals sehr lebendiger Mäuse an der University of British Columbia (UBC) die Wahrheit berichtet, könnten die Regierungen der Welt bald von einer Welle von Gerichtsprozessen überrollt werden. Neue noch unveröffentlichte Studien, geleitet vom Neurowissenschaftler Chris Shaw aus Vancouver, deuten auf eine Verbindung zwischen Aluminiumhydroxid in Impfstoffen und Symptomen der Parkinson-Krankheit, der amyotrophen Lateralsklerose (ALS oder Lou Gehrig-Syndrom) und Alzheimer.

Shaw ist sehr überrascht, dass seine Untersuchungen nicht schon früher durchgeführt wurden. Seit 80 Jahren injizieren Ärzte ihren Patienten Aluminiumhydroxid — ein Zusatz, der eine immunologische Abwehrreaktion hervorruft.



„Das ist verdächtig. Entweder ist die Verbindung der Industrie bereits bekannt und wurde niemals publik gemacht, oder Health Canada hat die Industrie nie dazu angehalten, diese Studien durchzuführen. Ich bin nicht sicher, welche Variante furchterregender ist.“ Shaws Aufsatz zufolge werden ähnliche Zusätze in den Hepatitis-A- und B-Impfstoffen sowie im Pentacel-Cocktail verwendet, der gegen Diphtherie, Keuchhusten, Tetanus, Polio und eine Form von Meningitis eingesetzt wird.

Um ihre Theorie zu überprüfen, injizierten Shaw und sein Team aus vier Wissenschaftlern der UBC und der Louisiana State University Mäusen den Anthrax-Impfstoff, der für den ersten Golfkrieg entwickelt wurde. Da das Golfkriegssyndrom sehr stark der ALS ähnelt, erklärte Shaw, hatten die Neurowissenschaftler eine Chance, die wahrscheinliche Ursache zu isolieren. Alle eingesetzten Truppen wurden mit einer Beigabe von Aluminiumhydroxid geimpft.

Laut Shaw haben alle geimpften Truppenteile, die nicht im Golf eingesetzt wurden, ähnliche Symptome entwickelt. Nachdem man die Mäuse 20 Wochen lang untersucht hatte, entwickelten diese statistisch signifikante Symptome - wie Angst (38 Prozent), Gedächtnislücken (41 mal mehr Fehler als in der Kontrollgruppe) und allergische Hautreaktionen (20 Prozent).

Zellproben nach der „Opferung“ der Mäuse zeigten, daß Nervenzellen abgestorben waren. Innerhalb der Mäusehirne zerstörten sich in einem Bereich, der die Bewegungen koordiniert, 35 Prozent der Zellen von selbst.

„Niemand in meinem Labor will sich impfen lassen“, sagte Shaw. „Das machte uns völlig verrückt. Wir machten die Untersuchungen nicht, um irgendwelche Fehler an Impfstoffen festzustellen. Aber plötzlich, mein Gott — starben Neuronen ab!“

Es sei möglich, sagte er, dass es über 10.000 Studien gibt, die die Sicherheit von Aluminiumhydroxid bei Injektionen nachweisen. Aber er könne keine finden, die über die ersten Wochen nach der Verabreichung hinausgingen. Wenn es eine Studie gäbe, die ihn widerlegen könne, dann „sollte diese auf den Tisch gebracht werden“. „So macht man Wissenschaft.“

→ Gehirns ausgeschlossen. Auch sonst fanden sich bei der neuropathologischen Untersuchung des Gehirns keine Hinweise auf eine todesursächliche Erkrankung oder sonstige Einwirkung.

Auch die extrem ausführliche virologische Untersuchung ergab keinen Hinweis auf eine frische oder früher durchgemachte virusbedingte Infektion.

! Auch sonst ergaben sich bei der Obduktion wie feingeweblichen Untersuchung keine Hinweise auf Erkrankungen, die entweder das Lungenödem oder den Todeseintritt erklären könnten. Die histologische Untersuchung bestätigt ein akutes Schockgeschehen.

Aufgrund der zeitlichen Nähe des Todeseintritts zur 7-Fachimpfung war bereits primär ein Zusammenhang diskutiert worden. Dieser mögliche Zusammenhang wurde auch bereits sehr zeitnahe im Rahmen der Ethikkommission der für den Studienleiter Prof. Dr. [REDACTED] zuständigen [REDACTED] Ethikkommission zumindest mit der bezüglich des [REDACTED] beteiligten Firma [REDACTED] und dem Studienleiter geführt.

Hintergrund war, dass in den zuvorliegenden Jahren bereits 6 Säuglinge am Münchner Rechtsmedizinischen Institut obduziert worden waren, die im engsten zeitlichen Zusammenhang mit einer 6-Fachimpfung, vorwiegend mit Hexavac, teils mit Infanrix Hexa verstorben waren. [REDACTED] wurde daraus der Schluss gezogen, dass ein Zusammenhang hier aufgrund epidemiologischer Erwägungen bestehen muss, insbesondere, nachdem bei retrospektiver Untersuchung der Sektionsfälle der Jahre zuvor ein Zusammenhang zwischen einem unerwarteten Säuglingstod und einer kurz zuvor stattgehabten Impfung unterhalb der zu erwartenden Zufallswahrscheinlichkeit beobachtet wurde, was auch in der internationalen Literatur durch zwei Gesichtspunkte erklärt wird: Zum einen sind geimpfte Säuglinge grundsätzlich zeitgleich eingehend körperlich untersucht worden, zum anderen könnte durch Impfungen eine Stimulierung der gesamten Körpermechanismen in dem Sinne erfolgen, dass ein Ge-

schehen wie der sog. plötzliche Säuglingstod (SIDS) dadurch zumindest zeitnah unwahrscheinlicher wird.

Diese Ergebnisse wurden [REDACTED] publiziert, es erfolgte eine sehr intensive und zum Teil äußerst kontrovers geführte Diskussion, bei der dieser Zusammenhang insbesondere von der zuständigen STIKO (für das deutsche Impfwesen zuständige Impfkommision) vehement bestritten bis bekämpft wurde.

Zu diesem Zweck wurden zum Teil auch epidemiologische Untersuchungen durchgeführt und publiziert, nach deren Tenor ein Zusammenhang mit der Impfung weder belegbar noch ausschließbar ist, die aber aus unserer Sicht, und zwar zum Teil nachweisbar, auf unvollständigen Daten beruhen. Außerdem wurde wenige Tage nach Bekannt werden des Todesfalles [REDACTED] der bezüglich der tödlichen Impfwischenfälle in erster Linie in der Schusslinie stehende Impfstoff Infanrix Hexa von der Herstellerfirma vom Markt genommen, allerdings mit einer ganz anderen Begründung, nämlich einer unzureichenden Impfantwort der geimpften Kinder bezüglich Hepatitis B.

Zu sehen sind hier noch zusätzlich zwei Grundgegebenheiten:

Zum ersten wird zwar eine Diskussion über mögliche Impfwischenfälle seit vielen Jahrzehnten geführt, allerdings wurde von den zuständigen Fachrichtungen bisher auch noch nicht im Ansatz ein Testverfahren entwickelt, um einen Zusammenhang zwischen Impfung und Todeseintritt oder sonstigen Impfwischenfällen belegen oder widerlegen zu können.

Zum zweiten finden plötzliche Todesfälle im Zusammenhang mit einer Impfung regelmäßig bei Säuglingen im ersten Lebensjahr statt, bei denen grundsätzlich immer die theoretische Möglichkeit eines zeitgleichen sog. plötzlichen Säuglingstods einzurechnen ist. Insofern war Argument gegen den von uns behaupteten Zusammenhang zwischen dem Impfen und Todesfällen grundsätzlich immer, dass man in keinem Fall sicher ausschließen könne, dass nicht ein rein zufälliger Zusammenhang

zwischen Todeseintritt und Impfung gegeben war. (Argumente hiergegen wurden oben bereits angeführt.)

Bei der Ethikkommission [REDACTED] angehört, wurde vor kurzem ein Impfantrag bezüglich einer Studie mit 8-Fachimpfung (neben Infanrix Hexa und Prevenar noch ein Meningokokkenimpfstoff) gestellt. In diesem Zusammenhang erfolgte eine sehr intensive Diskussion mit dem Studienleiter bezüglich möglicher Impfwischenfälle, und es wurde zum einen klar ersichtlich, dass seitens der für die Impfung zuständigen Behörden wie der STIKO weiterhin jeder Zusammenhang zwischen Impfung und Todesfällen abgelehnt wird. Außerdem wurde argumentiert, dass in den letzten Jahren keine weiteren Todesfälle im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit Impfungen mehr bekannt geworden wären. Auch an unserem Institut, an dem diesbezüglich besondere Aufmerksamkeit zu unterstellen ist, ist seit dem Tod des [REDACTED] kein weiterer entsprechender Zwischenfall mehr bekannt geworden.

Besonderheit im Fall [REDACTED] ist das Lungenödem, das auch für uns erstmals sicher ausschließen lässt, dass der Säugling an einem sog. plötzlichen Säuglingstod verstorben sein könnte. Andere gut greifbare denkbare Todesursachen, in der Regel ein viraler Infekt, oder fremde Gewalteinwirkung, waren ebenfalls auszuschließen. Nachdem es sich bei einem Impfwischenfall um ein keinesfalls mit dem bloßen Auge greifbares immunologisches Phänomen handeln müsste, erfolgten intensive Diskussionen des Falles z.B. mit Immunologen. Als nicht unplausibel in den Raum gestellt wurde dabei die Möglichkeit, dass aufgrund einer Überforderung des Immunsystems durch zu viele Impfantigene auf einmal es zu einem sog. "Zytokinsturm" gekommen sein könnte, auch mit der Möglichkeit eines funktionellen Zusammenbruchs von Zellmembranen (was dann das Lungenödem erklären würde). Es war angeplant worden, mit aufwendigsten und teuren Untersuchungen, die am deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg hätten durchgeführt werden sollen, die entsprechenden Zytokine zu messen und bezüglich einer möglichen Todesursächlichkeit zu bewerten. Allerdings existieren in die-

sem Zusammenhang weder für einschlägig noch für anderweitig verstorbene Säuglinge irgendwelche Grundwerte. Insofern hätte die Messung einerseits der Asservate von [REDACTED], andererseits der Asservate von eindeutigen Kontrollfällen und drittens der Asservate von weiteren Vergleichsfällen erfolgen sollen. Nachdem aber seither kein weiterer Zwischenfall mehr bekannt geworden ist, bei dem wir Rückgriffe auf die Asservate hätten, konnte dies bisher nicht umgesetzt werden.

Eine alleinige Messung der Asservate von [REDACTED] könnte zwar durchgeführt werden, hätte allerdings selbst im Falle extrem überhöhter Werte nur Hinweiswert, als isoliert stehende Einzelmessung aber keinen Beweiswert.

Dies ist auch vor dem Hintergrund rechtlicher Erwägungen zu sehen: Sollte sich – aus theoretischer Betrachtung heraus – ein Zusammenhang des Todesfalls mit der vorangegangenen Impfung (an dem hier subjektiv auch mangels denkbarer Alternativen für die Ursache des Lungenödems kein wesentlicher Zweifel besteht) tatsächlich belegen lassen, kämen als Beschuldigte bezüglich eines eventuellen Fehlhaltens einerseits der impfende Kinderarzt, andererseits die Herstellerfirma in Frage. Bei dem impfenden Kinderarzt ist dies vor dem Hintergrund zu sehen, dass von Seiten der zuständigen Bundes-Kommission STIKO ein Zusammenhang zwischen Impfungen und Todesfällen stets verneint wurde und entsprechende Meinungsäußerungen zum Teil heftig bekämpft wurden, so dass niemals gesagt werden könnte, dass durch die Durchführung der Impfung der Kinderarzt von irgendwelche ärztlichen Standards oder sonstigen Vorgaben abgewichen wäre.

Bezüglich der Herstellerfirma ist naturgemäß hier nicht bekannt, inwieweit diese über weiterführende wissenschaftliche oder epidemiologische Erkenntnisse verfügt, welche eine Rücknahme der Zulassung des Impfstoffes zwingend erforderlich machen würden. Positive Hinweise in dieser Hinsicht gibt es aus unserer Kenntnis nicht, es ist auch nicht ersichtlich, wie sie gewonnen werden könnten. Insofern würde sich auch die

§ 7 Verbrechen gegen die Menschlichkeit

(1) Wer **im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs** gegen eine Zivilbevölkerung

1. **auch Irreführungsangriff !**

einen Menschen tötet,

2. in der **Absicht**, eine Bevölkerung ganz oder teilweise zu zerstören, diese oder Teile hiervon unter Lebensbedingungen stellt, die **geeignet sind**, deren **Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen**,

.....
.....

wird in den Fällen der Nummern **1 und 2 mit lebenslanger Freiheitsstrafe**, in den Fällen der Nummern 3 bis 7 mit Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren und in den Fällen der Nummern 8 bis 10 mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren bestraft.

(2) **In minder schweren Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren,**

§ 13 Verletzung der Aufsichtspflicht

(4) Die vorsätzliche Verletzung der Aufsichtspflicht wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren, **die fahrlässige Verletzung der Aufsichtspflicht wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft.**

§ 5 Unverjährbarkeit

Die **Verfolgung von Verbrechen nach diesem Gesetz** und die Vollstreckung der wegen ihnen verhängten Strafen **verjähren nicht.**

§ 20 Schutzimpfungen und andere Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe

(1) Die zuständige obere Bundesbehörde,

die obersten Landesgesundheitsbehörden
und die von ihnen beauftragten Stellen

sowie die Gesundheitsämter

informieren die Bevölkerung

über die Bedeutung von **Schutzimpfungen**

und anderen Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe übertragbarer Krankheiten.

Information bedeutet die Mitteilung von Fakten, von Tatsachen
und unterscheidet sich von Glaubensbekenntnissen

LANDRATSAMT ROSENHEIM

- Staatliches Gesundheitsamt -

Landratsamt Rosenheim, Postfach 100455, 83004 Rosenheim

Ihre Nachricht vom
Ihr Zeichen

Unser Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Sachbearbeiter(in)

Durchwahl:
08031/809
659-13

Zi.Nr.

Rosenheim,

VI

Dr. Heu./Sa.

11.10.2001

Öffentlich empfohlene Schutzimpfungen

Sehr geehrt

vielen Dank für Ihr Schreiben zum Thema Schutzimpfungen.

Leider ist es uns nicht möglich, Ihnen in Kürze eine Antwort zukommen zu lassen.

Wegen der überregionalen Bedeutung ist derzeit die Bayer. Staatsregierung mit der Angelegenheit befaßt. Wir bitten um Verständnis.

i.A.

Heuschneider
Dr. Heuschneider
1. St. Medizinaldirektorin

Dienstgebäude:
Rathausstr. 30
83022 Rosenheim

ÖPNV-Anbindung:
Stadtbefördr. Linie: 1,
Haltestelle
Max-Brahm-Platz/Rathaus

Öffnungszeiten:
Montag mit Freitag
8.00 - 12.00 Uhr

Telefon:
(08031) 30503
Telefax:
(08031) 14476

Konten der Kreiskasse Rosenheim:
Kreis- u. StadtsparKasse Rosenheim
Nr. 022 012 (BLZ 711 500 00)
Raiffeisenbank Rosenheim eG
Nr. 744 (BLZ 711 601 61)
Postgipamt München
Nr. 122 48-805 (BLZ 700 100 80)

3 10.01 Schutzimpfung startet jetzt an den Schulen

Gesundheitsamt: Gegen Masern, Mumps und Röteln rechtzeitig vorbeugen

Rosenheim (re) - Das Staatliche Gesundheitsamt führt vom 15. Oktober bis 23. November in der Stadt und im Landkreis eine freiwillige Schutzimpfung gegen Masern, Mumps und Röteln durch. Zusätzlich werden Impfsprechstunden persönlich im Staatlichen Gesundheitsamt Rosenheim, Rathausstraße 30, oder telefonisch unter der Rufnummer 0 80 31/ 80 95 58-55 angeboten. Die nächste Sprechstunde ist am Donnerstag, 11. Oktober, von 11 bis 19 Uhr.

Schutzimpfungen gehören zu den wichtigsten und wirksamsten vorbeugenden Maßnahmen der Medizin, heißt es aus dem Gesundheitsamt.

Aufgerufen zu den Impfungen sind alle Buben und Mädchen der fünften Jahrgangsstufe. Die Kinder erhalten die Informationsblätter in der Schule.

Die Masern galten früher allgemein als zwar äußerst ansteckende, aber harmlose Kinderkrankheit, die bis zur Einführung der Schutzimpfung praktisch jedes Kind durchmachen musste, sie gehen mit Fieber und Hautausschlag sowie Entzündungen der Bindehaut und der Luftwege einher. In der jüngsten Vergangenheit trat aber eine Komplikation der Masernkrankheit zunehmend häufiger auf: die Masern-Gehirnentzündung.

Mumps ist eine sehr ansteckende Viruserkrankung, die zu schwerer Schwellung der Speicheldrüsen, Fieber, Ohrenschmerzen und Kaubeschwerden führt. Wie bei Masern beobachtet man auch im Verlauf von Mumpferkrankungen eine steigende Zahl von Gehirnhautentzündungen.

Röteln sind eine meist leicht verlaufende Erkrankung, die typischerweise mit einem flüchtigen Hautausschlag und Lymphknotenschwellungen im Nackenbereich einhergeht. In seltenen Fällen tritt bei einer Rötelnkrankung eine Gehirnhautentzündung auf.

Der Impfplan: Montag, 15. Oktober, Schulen Aschau, Bernau, Prien, Dienstag, 16. Oktober, Schulen Oberes Innthal, Brannenburg, Neubauern, Mittwoch, 17. Oktober, Schulen Vogtareuth, Eiselring, Babersham, Wasserburg, Donnerstag, 18. Oktober, Gymnasium Raubling, Freitag, 19. Oktober, Schule Eggstätt, Forderschule Prien, Gymnasium Prien, Montag, 22. Oktober, Schule Rohrdorf, Montessori-Schule Rohrdorf, 23. Oktober, Schulen Kolbmoor-Breitensteinstraße und -Flurstraße, Mittwoch, 24. Oktober, Schule Reithenring, Realschule Wasserburg, Donnerstag, 25. Oktober, Schule Soyen, Förderschule Wasserburg, Gymnasium Wasserburg, Schule Griesstätt Freitag, 26. Oktober, Schulen Happing, Riedering, Stephanskirchen.

Dienstag, 5. November, Realschule für Mädchen Rosenheim, Karoliner-Gymnasium Rosenheim, Mittwoch, 7. November, Gymnasium Bad Aibling, Donnerstag, 8. November, Schulen Au, Bad Feilbach, Pang, Aising, Freitag, 9. November, Ignaz-Günther-Gymnasium Rosenheim, Montag, 12. November, Schulen Feldkirchen und Bruckmühl, Dienstag, 13. November, Förderschule Brannenburg, Realschule Brannenburg, Mittwoch, 14. November, Schulen Bad Aibling-St. Georg und Luitpold, Förderschule Bad Aibling, Donnerstag, 15. November, Schulen Ostermünchen, Großkarlshausen, Westerrdorf St. Peter, Freitag, 16. November, Schulen Bad Erdorf, Sochternau, Halfing, Armerang, Montag, 19. November, Hauptschule Mitte Rosenheim, Schule im HPZ Rosenheim, Dienstag, 20. November, Schule Furstätt, Förderschule Am Gries Rosenheim, Realschule für Mädchen Rosenheim, Mittwoch, 21. November, Schulen Edling, Pfaffing, Rott und Hochstätt, Donnerstag, 22. November, Schule Heufeld, Gymnasium Bad Aibling, Freitag, 23. November, Finkertwälder-Gymnasium Rosenheim, Realschule für Krabben Rosenheim.

Im Rahmen einer landesweiten MMR-Tempaktion in Bayern in Schulen im 3. Quartal 2007 in der 5. Klasse

„Keine Gesundheitsbehörde kann die Viren, die Mumps, Masern, Polio und andere Krankheiten auslösen, nachweisen“, erklärte Krafeld.

Der Biologe Dr. Stefan Lanka aus Stuttgart bestätigte die Aussagen seines Vortragspartners:

**Bayerisches Landesamt für
Gesundheit und Lebensmittelsicherheit**



Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
Veterinärstr. 2, 85754 Oberschleißheim

EINGEGANGEN 10.03.2006

Ihre Nachricht
Vom 05.03.06

Unser Aktenzeichen

Ansprechpartner/E-Mail:
PD Dr. Dr. Heinz Rinder
heinz.rinder@lgl.bayern.de

Durchwahl und Fax:
089/31550-214
089/31550-130

Datum
10.03.2006

Beweise für die Existenz von Viren

Sehr geehrter [REDACTED]

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 05.03.06 an das Gesundheitsamt Rosenheim,
die uns mit der Bitte um Stellungnahme weitergeleitet wurde.

Leider muss ich Ihnen mitteilen, dass der öffentliche Gesundheitsdienst einschließlich der Gesundheitsämter und des Landesamtes für eine Beweisführung für oder gegen die Existenz von Viren nicht zuständig ist. Leider kann ich Ihnen auch keine zuständige Behörde nennen.

Mit freundlichen Grüßen

PD Dr. Dr. Heinz Rinder
Leiter des Sachgebiets Infektiologie

cc: GA Rosenheim

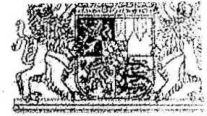
Dienststz:
LGL

Diese Dienststelle schreibt Ihnen:
LGL, Dienststelle Oberschleißheim

E-Mail und Internet:
poststelle@lgl.bayern.de

Seite 1 von 1
Bankverbindung:
Bayerische Landesbank
AG, München

Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit



Präsident

Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
Eggenreuther Weg 43, 91058 Erlangen

Ihre Nachricht
1,7.2006

Unser Aktenzeichen

Ansprechpartner/E-Mail:
Prof. V. Hingst
volker.hingst@lgl.bayern.de

Durchwahl und Fax:
09131/764-100
09131/764-102

Datum
02.08.2006

Vogelgrippe– bzw. Geflügelpestvirus
Ihre Anfrage vom 01.07.2006

4.8.06

Sehr geehrter Herr!

Ich bestätige Ihnen den Eingang Ihres als Petition bezeichneten Schreibens am
05.07.2006.

Ihren Ausführungen entnehme ich, dass Ihnen der einschlägige Schriftverkehr
zwischen mir und Herrn Birner, Deining vollständig bekannt ist. Ich darf Sie daher
bitten, die darin aufgezeigten Möglichkeiten wahrzunehmen, über öffentlich
zugängliche Bibliotheken (z.B. Stadtbibliothek Neumarkt, Weiherstr. 7, 92318
Neumarkt in der Oberpfalz per Fernleihe) die aufgezeigten Informationsträger zu
beschaffen, falls Sie von Ihrem Internet-Anschluss keinen Gebrauch machen
wollen.

Dies gilt beispielsweise für die nach Literaturangaben als erstmalige
Beschreibung einzustufende Publikation der Autoren **W. Smith, C. Andrewes
und P. Laidlaw: A virus obtained from influenza patients**, publiziert in der
angesehenen Zeitschrift **Lancet, Band 225 (1933) Seite 66 – 68**. Falls Sie neben
dieser Herrn Birner bereits mitgeteilten medizinhistorisch interessanten Arbeit
auch an neueren Forschungsergebnissen interessiert sind, möchte ich Ihnen mit
der beiliegenden Übersichtsarbeit den Zugang zu dieser Literatur erleichtern.

Die von Ihnen zitierte Aussage meines Mitarbeiters, Herrn Dr. Dr. Heinz Rinder
wurde so mitgeteilt und ist selbstverständlich zutreffend. Die Aufgabenfelder des
öffentlichen Gesundheitsdienstes wie auch des Landesamtes sind in
gesetzlichem und rechtlichem Rahmen festgelegt. Die Erfüllung dieser Aufgaben
vollzieht sich vor dem jeweiligen aktuellen Stand des einschlägigen Wissens unter
möglichst umgehender Wahrnehmung neuester Erkenntnisse der Wissenschaft
und ihrer Einrichtungen.

LGL
Eggenreuther Weg 43
91058 Erlangen

LGL, Dienststelle Erlangen
Eggenreuther Weg 43
91058 Erlangen

Telefon: 09131/764-0
Telefax: 09131/764-102

Telefon: 09131/764-0
Telefax: 09131/764-102

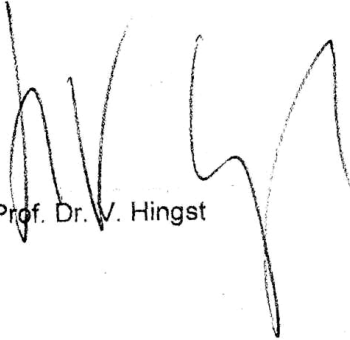
E-Mail und Internet
poststelle@lgl.bayern.de
www.lgl.bayern.de

Anfahrtskizze im Internet
Bus: 286 Max-Planck-Str.
Haltestelle: Eggenr. Weg

Seite 1 von 2
Bankverbindung
Bayerische Landesbank
Kto. 1279280
BLZ 700 500 00

Bezogen auf die infektiologische Bedeutung von Influenzaviren für die Ausbildung von Erkrankungen bei Tieren und Menschen, für die vom Grundsatz her unter den einschlägigen wissenschaftlichen Einrichtungen und Organisationen ein weltweiter Konsens besteht, ergibt sich für uns für eine nochmalige Beweisführung in der Sache oder Infragestellung dieses Konsens kein Handlungsbedarf.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke at the end.

Prof. Dr. V. Hingst

P.S.: Nach dem einleitenden Satz Ihres obigen Schreibens hätte ich mit Ihnen schon korrespondiert. Dies ist mir ebenso wenig erinnerlich wie „Anfragen ohne jede Antwort“.

VON

49 711 2220800

DR. STEFAN LÄNKE

03.OKT.02 10:37

S. 001

02-OKT-2002 07:44

GAHSAEVEN

02686400309

S. 001

ROBERT KOCH INSTITUT



Frauentelle

Robert Koch Institut | Postfach 65 0280 | 13303 Berlin

Impfen

23.01.2002

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Sehr geehrte:

Tel. 01888 754-2266
Fax 01888 754-2265

Ich möchte darauf hinweisen, dass Thesen, die die Existenz von Viren als
Krankheitserreger ablehnen, in der Wissenschaft keinerlei Anerkennung gefun-
den haben und daher vom Robert Koch Institut nicht diskutiert werden können.

Bekräftigungsschrift
Robert Koch-Institut
Nordufer 20
13303 Berlin

Mit freundlichen Grüßen

S. Glasmacher

Im Auftrag

Tel. 01888 754-0
Fax 01888 754-2328
www.rki.de

Susanne Glasmacher



ROBERT KOCH INSTITUT



Robert Koch-Institut | Postfach 65 02 80 | 13302 Berlin

Herrn
Karl Krafeld
Albrechtstr. 17
44137 Dortmund

Abteilung für
Infektions-
epidemiologie
FG 33

Besucheranschrift:
Seestr. 10
13353 Berlin

28.07.2005

Ihr Schreiben vom 17. Juli 2005.

Sehr geehrter Herr Krafeld,

mit Ihrem Schreiben bitten Sie um Mitteilung der wissenschaftlichen Grundlagen für die Impfempfehlung der Ständigen Impfkommission am Robert Koch-Institut bezüglich der Hepatitis-B-Schutzimpfung. Einschränkend formulieren Sie eine Reihe von Kriterien, denen die mitzuteilenden wissenschaftlichen Nachweise nach Ihrer Auffassung genügen sollen.

Aufgrund des Inhalts Ihres Schreibens sowie in der Vergangenheit geführter Schriftwechsel dürfen wir davon ausgehen, dass Ihnen die der Empfehlung zu Grunde liegenden wissenschaftlichen Positionen bereits bekannt sind. Die von Ihnen offenbar angestrebte Grundsatzdiskussion über die angewandten wissenschaftlichen Methoden auf diesem Wege zu führen, lehnen wir ab.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Priv. Doz. Dr. med. Walter Haas

Ihr Zeichen
17.07.05
Unser Zeichen
Abt. 3/5-01-Lanka/Krafeld/1321

Tel. 01888.754-3431
Fax 01888.754-3533

HaasW@rki.de

Besucheranschrift
Robert Koch-Institut
Nordufer 20
13353 Berlin

Tel. 01888.754-0
Fax 01888.754-2328
www.rki.de



Bei bakteriellen Erkrankungen hingegen, wie Diphtherie oder Tetanus, würden die einzigen beweisenden wissenschaftlichen

Arbeiten aus dem 19. Jahrhundert stammen.

Der Biologe Dr. Stefan Lanka aus Stuttgart bestätigte die Aussagen seines Vortragspartners:



Bundesministerium für Gesundheit, 11055 Berlin

Christoph Hannemann

[REDACTED]

[REDACTED] Berlin

REFERAT	321
BEARBEITET VON	Dr. Alexandra Clarici
HAUSANSCHRIFT	Friedrichstraße 108, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT	11055 Berlin
TEL	+49 (0)30 18 441-4589
FAX	+49 (0)30 18 441-4862
E-MAIL	alexandra.clarici@bmg.bund.de
INTERNET	www.bmg.bund.de

Berlin, 17. November 2008

AZ 321-96-Hannemann/08

Ihre Anfrage nach sauerstofffreien Zonen im Körper

Sehr geehrter Herr Hannemann,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 4. November, in dem Sie nach dem Vorkommen sauerstofffreier Zonen im menschlichen Körper fragen.

Tetanusbakterien und einige verwandte Keime gehören zu den anaerob wachsenden Bakterien, d.h. ihr Stoffwechsel findet nur unter sauerstoffarmen Bedingungen statt. Die Bakterienflora im menschlichen Darm besteht ebenfalls zum überwiegenden Teil aus anaerob wachsenden Keimen, die dort in ihrer natürlichen Umgebung jedoch keinen Schaden anrichten, sondern eine wichtige Funktion bei der Verdauung des Speisebreies einnehmen. Tetanusbakterien kommen als so genannte "Sporen", d.h. Ruheformen, weit verbreitet in der Umwelt vor und gelangen über Verletzungen mit Verschmutzung durch Erde oder Staub in den Körper.

Erst im Körper entwickeln sich aus diesen Sporen lebensfähige Bakterien.

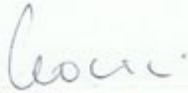
Sauerstofffreie Zonen als solche kommen im lebenden menschlichen Körper nicht vor. Als Folge einer Verletzung mit Gewebszerstörung kann jedoch im verletzten Bereich die Durchblutung stark gestört sein, so dass über das Blut nicht mehr ausreichend Sauerstoff in das Gewebe transportiert werden kann. Zusätzlich handelt es sich meist um tiefe, gedeckte Wunden, bei denen der Sauerstoffzutritt von außen ebenfalls erschwert ist. In diesem sauerstoffarmen Bereich können sich nun aus den Sporen lebensfähige Bakterien entwickeln und anschließend Toxine bilden. Die Toxinbildung ist wiederum verantwortlich für die Ausbildung der Krankheitssymptome.

Weitere Informationen können Sie erhalten unter:

- www.rki.de – Infektionskrankheiten A-Z – Tetanus
- Konsiliarlaboratorium für anaerobe Bakterien, Zentrum für Infektionsmedizin
Institut für Medizinische Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie der Universität
Leipzig

Ich hoffe, Ihre Frage ausreichend beantwortet zu haben und verbleibe
mit freundlichen Grüßen

I.A.



Dr. Alexandra Clarici



Robert Koch-Institut | Postfach 650261 | 13302 Berlin

Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Bibliotheken

Herrn
Christoph Hannemann

Berlin

Betreff: Ihr Schreiben vom 03.11.2008
Bezug: Medizinische Information

Datum
04.11. 2008

Az: 1008-9-1/1983

Sehr geehrter Herr Hannemann
vielen Dank für Ihr Schreiben.

Wir müssen jedoch um Verständnis bitten, dass wir solche Fragen nicht im Einzelfall beantworten können, sondern auf allgemein zugängliche Quellen wie Lehrbücher oder das Internet verweisen müssen.

Robert Koch-Institut
zentrale@rki.de
Tel. +49 (0)30 18754-0
Fax2328
IVBB-Rufnr. 754-0
www.rki.de

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Christina Gille

Bearbeitung von
Christina Gille
E-Mail: info@rki.de
Durchwahl2818
Fax2265
Liegenschaft: N

2. Presse vor Abgang zur Kenntnis
3. Wv
4. ZVReg zdA

Besucheranschriften
Nordufer 20 (N)
13353 Berlin
Seestraße 10 (S)
13353 Berlin
G.-Pape-Str. 62-66 (G)
12101 Berlin
Burgstr. 37 (W)
38855 Wernigerode

Das Robert Koch-Institut
ist ein Bundesinstitut
im Geschäftsbereich des
Bundesministeriums für
Gesundheit





Robert Koch-Institut | Postfach 650261 | 13302 Berlin

Geschäftszeichen: L1 - 1008-9-1 - 1983/2008

Herrn
Christoph Hannemann
[REDACTED]
[REDACTED] Berlin [REDACTED]

01.12.2008

Anlage: Auszug aus J. Black: Microbiology - Principles and Explorations, Wiley,
2002, S. 680 - 690

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
8.11.2008

Sehr geehrter Herr Hannemann,

Robert Koch-Institut
zentrale@rki.de
Tel. +49 (0)30 18754-0
Fax2328
IVBB-Rufnr. 754-0
www.rki.de

per Einschreiben v. 8.11.2008 wenden Sie sich gegen die Art und Weise der
Behandlung Ihrer Anfrage durch unser Haus. Dazu nehmen wir wie folgt
Stellung:

Berichterstattung/
Bearbeitung von
Dr. Helmut Fouquet
Oberregierungsrat
FouquetH@rki.de
Durchwahl2513
Fax2672
Liegenschaft: N

I.

Mit Fax-Schreiben v. 3.11.2008 baten Sie für einen Vortrag um Informationen
darüber, wo exakt sich im lebenden menschlichen Körper sauerstofffreie Zo-
nen befinden.

Darauf teilten wir Ihnen mit Schreiben v. 4.11.2008 mit, dass wir solche Fra-
gen nicht im Einzelfall beantworten können, sondern auf allgemein zugängli-
che Quellen wie Lehrbücher oder das Internet verweisen müssen.

Mit Ihrem jetzigen Einschreiben verfolgen Sie Ihr Begehren weiter. Sie vertie-
fen Ihre Fragestellung, indem Sie sich beispielhaft auf den Stoffwechsel des
Tetanusbakteriums beziehen. Rechtlich machen Sie eine Informationspflicht
gemäß § 20 Abs. 1 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) geltend und bitten um
Mitteilung der zuständigen oberen Bundesbehörde.

Besucheranschriften
Nordufer 20 (N)
13353 Berlin
Seestraße 10 (S)
13353 Berlin
G.-Pape-Str. 62-66 (G)
12101 Berlin
Burgstr. 37 (W)
38855 Wernigerode

II.

Das Robert Koch-
Institut ist ein
Bundesinstitut im
Geschäftsbereich des
Bundesministeriums
für Gesundheit



Nach unserer Auffassung wurde Ihre Anfrage v. 3.11.2008 korrekt beantwortet. Es ist nicht Aufgabe des Robert Koch-Instituts (RKI), Literaturrecherchen für Ihre Vortragstätigkeit durchzuführen.

Nichts anderes folgt aus § 20 Abs. 1 IfSG. Die Vorschrift verpflichtet die dort genannten Stellen, die Bevölkerung über die Bedeutung von Schutzimpfungen und andere Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe übertragbarer Krankheiten zu informieren. Sie verpflichtet hingegen nicht dazu, Einzelpersonen auf Anfrage medizinisches Grundlagenwissen zu vermitteln.

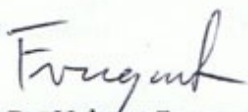
Die Information der Öffentlichkeit über die Bedeutung von Schutzimpfungen und andere Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe wird vom RKI durch seine Öffentlichkeitsarbeit, beispielsweise im Internet, mittels gedruckter Broschüren oder durch Beantwortung entsprechender Bürgeranfragen wahrgenommen.

III.

Anhand des in Ihrem neuen Schreiben aufgeworfenen Beispiels Tetanusbakterium lässt sich Ihre Ausgangsfrage wie folgt beantworten: Verletztes Gewebe bildet unter gewissen Umständen ein sauerstoffarmes Milieu, in dem sich das Bakterium vermehren kann. Dabei setzt es Tetanustoxin frei, das zum sog. „Wundstarrkrampf“ führt. Einen Auszug aus einem Lehrbuch der Mikrobiologie fügen wir zu Ihrer vertiefenden Kenntnisnahme bei.

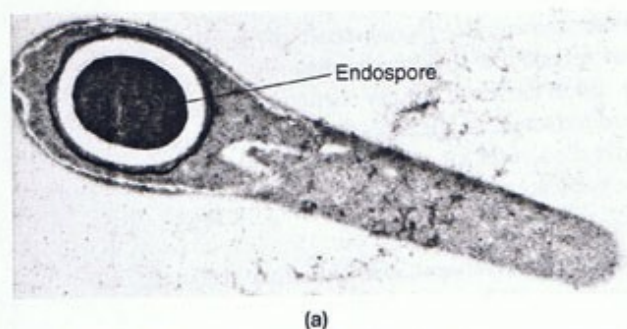
Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

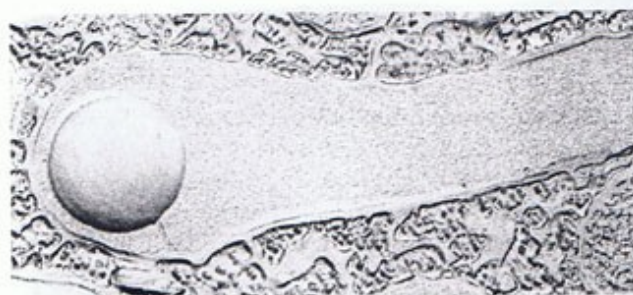


Dr. Helmut Fouquet

Ref. Grundsatzangelegenheiten und Recht



(a)



(b)

FIGURE 24.8 Tetanus spores. (a) A TEM of *Clostridium tetani* bacillus with large, dark terminal endospores (105,800X). (b) A freeze-etch TEM preparation, showing the rounded endospore inside a *Clostridium* bacillus (107,250X).

of the normal bowel microflora of horses and cattle and about 25 percent of humans. Therefore, handling bedpans, dirty diapers, or other objects contaminated with feces can transmit organisms to persons who have any breaks in their skin.

Since the development of tetanus vaccine in 1933, the incidence of tetanus in the United States has steadily dropped, with the annual number of cases remaining below 100 since 1975. The highest incidence is in older people, especially women. Vaccine was not available during their childhoods, and they did not receive it during military service, as men did. They remain susceptible to tetanus spores as they enjoy gardening in their retirement years. The elderly should be immunized for their protection.

The Disease To cause tetanus, spores must be deposited deep in tissues, where oxygen is unavailable. This occurs in deep cuts and puncture wounds. Stepping on a rusty nail has a reputation for leading to tetanus, but it is tetanus endospores, not rust, that cause the disease—a shiny new nail can be just as dangerous if the spores are present. Making puncture wounds bleed helps flush tetanus spores and other organisms from

them. Once inside the host, the noninvasive tetanus organisms stay at the wound site and release a powerful exotoxin; tetanus is a toxin-mediated disease. After 4 to 10 days' incubation, symptoms begin, with generalized muscle stiffness followed by spasms that affect every muscle. An arched back and clenched fists and jaws (hence the term *lockjaw*), are classic symptoms (Figure 24.9). Spasms can be violent enough to break bones. Eventually, respiratory muscles become paralyzed, heart function is disturbed, and, with rare exceptions, the patient dies. Survivors experience a period of sore muscles but suffer no further sequelae. Before vaccine was available, many soldiers died from tetanus. On battlefields strewn with horses and manure, contamination of wounds with tetanus spores was inevitable. War-related cases were virtually eliminated by vaccinating soldiers; only 12 cases occurred during World War II.

Treatment and Prevention Tetanus toxoid vaccine given prior to injuries protects against the toxin. Antitoxin and antibiotics are given to nonimmunized patients when injuries are treated. Because antitoxin must be administered to inactivate the toxin before the immune system has time to become



FIGURE 24.9 A soldier dying of tetanus. Tetanus was a common cause of death in the days of cavalry troops. The extreme contraction of all muscles, from those of the face to those of the toes, is a classic symptom of the disease.

Christoph Hannemann

-----Berlin

PER EINSCHREIBEN ZUGESTELLT

Robert Koch-Institut
Nordufer 20

13353 Berlin

Berlin, 08.12.2008

Ihr Schreiben vom 01.12.2008
Auszug aus J. Black: Microbiology – Principles and Explorations, Wiley 2002

Sehr geehrter Herr Fouquet,

In Ihrem Schreiben vom 01.12.2008 beziehen Sie sich darauf, dass der §20 Abs. 1 IfSG die dort genannten Stellen (zu denen das RKI offensichtlich auch gehört) verpflichtet, über die Bedeutung von Schutzimpfungen und anderen Maßnahmen zur spezifischen Prophylaxe übertragbarer Krankheiten zu informieren. Sie wären aber nicht dazu verpflichtet, Einzelpersonen auf Anfrage medizinisches Grundlagenwissen zu vermitteln.

Das ist eine sehr freie Interpretation von Ihnen. Die von Ihnen empfohlenen Impfungen und vor allem die Behauptung der Nützlichkeit dieser Impfungen fußen auf medizinischem Grundlagenwissen. Wie können Sie behaupten, dass medizinische Grundlagen nichts mit der Bedeutung von Schutzimpfungen zu tun hätte? Wenn die medizinisch-wissenschaftlichen Grundlagen nicht geklärt sind, ist die Bedeutung von Schutzimpfungen unklar. Wenn Sie nun also verpflichtet sind, über die Bedeutung von Schutzimpfungen zu informieren, dann schließt das im Besonderen die Grundlagen mit ein, auf denen sich die Bedeutung der Schutzimpfungen stützt.

Was diese medizinischen Grundlagen angeht, haben Sie mich verwirrt. In der Schule wurde gelehrt und in Lehrbüchern steht die Behauptung, dass Bakterien unter sauerstofflosen Bedingungen Toxine produzieren. Daraufhin wollte ich wissen, wo sich denn im lebenden menschlichen Körper sauerstofflose Bereiche finden lassen. Diese Frage schließt natürlich mit ein, dass die Antwort darauf beweisbar sein muss, und nicht nur eine bloße Behauptung sein darf.

Sie antworten mit der Aussage, dass Bakterien (in diesem Beispiel das Tetanusbakterium) bereits bei Sauerstoffarmut (nicht absolute Abwesenheit von Sauerstoff) Gifte produziere. Als „Beleg“ zur Vertiefung der Thematik übersandten sie mir die Kopien von drei Seiten auf dem im Betreff genannten Lehrbuch (S. 688-690).

In diesem Lehrbuch haben Sie mir einen Satz; den wohl entscheidenden Satz (Seite 689, dritter Absatz, erster Satz); leuchtgelb angemarkert. Im Gegensatz zu Ihrer Behauptung, Tetanus würde unter Sauerstoffarmut Gifte produzieren, ist in dem von Ihnen hervorgehobenen Satz aus dem Lehrbuch die Rede davon, dass kein Sauerstoff vorhanden sei: „where oxygen is unavailable“. (unavailable = fehlend, nicht erhältlich, nicht verfügbar) Bei Sauerstoffarmut ist Sauerstoff trotzdem noch verfügbar. Das Lehrbuch spricht also, so wie ich es schon aus der Schule kenne, von der absoluten Sauerstofflosigkeit.

Sie behaupten nun, dass Bakterien schon unter Sauerstoffarmut Toxine produzieren. Welche Aussage stimmt denn nun? Die Klärung solcher Grundlagen ist tragend für die Bedeutung von Schutzimpfungen. Ich bitte Sie daher, dass ich nicht noch einmal erleben muss, dass Sie meinen, für die Beantwortung dieser Frage nicht zuständig zu sein.

Produzieren Bakterien nun nur unter dem Fehlen von Sauerstoff Gifte, oder bereits schon bei Sauerstoffarmut, bei der aber immer noch Sauerstoff verfügbar (available) ist. Und wo sind die empirisch-wissenschaftlichen Publikationen zu finden, die das beweisen? In den Lehrbüchern stehen in der Regel nur die angeblichen Forschungsergebnisse ohne Benennung der Publikation, in der der wissenschaftliche Beweis zu finden ist. Eine Behauptung alleine reicht nicht aus, auch nicht, wenn sie in Tausend Büchern steht.

In den Lehrbüchern wird von sauerstofflosen Bereichen gesprochen, das RKI spricht lediglich von Sauerstoffarmut. Dieser Widerspruch muss empirisch-wissenschaftlich aufgelöst werden. Falsche Annahmen in diesem Bereich können sich negativ auf die Entwicklung von Impfstoffen und damit auf die Bedeutung von Schutzimpfungen auswirken.

Sagen Sie mir bitte, unter welchen Bedingungen denn nun Bakterien Gifte produzieren und benennen Sie mir die dazugehörige empirisch-wissenschaftliche Publikation, die Ihre Aussage belegt.

Mit freundlichem Gruß

Christoph Hannemann

PS. Ich behalte mir vor, diese Anfrage im Staatsbürger-Forum unter <http://www.staatsbuerger-online.de> der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

„Keine Gesundheitsbehörde kann die Viren, die Mumps, Masern, Polio und andere Krankheiten auslösen, nachweisen“, erklärte Krafeld.

Bei bakteriellen Erkrankungen hingegen, wie Diphtherie oder Tetanus, würden die einzigen beweisenden wissenschaftlichen Arbeiten aus dem 19. Jahrhundert stammen. Außerdem würden bei jeder Impfung Nervengifte in Form von Quecksilber oder Aluminium in den Körper gelangen.

Der Biologe Dr. Stefan Lanka aus Stuttgart bestätigte die Aussagen seines Vortragspartners:

Gebrauchsinformation und Fachinformation

**CHIRON
BEHRING****FLUAD® 2003–2004****FLUAD® 2003–2004**

Suspension in einer Emulsion zur Injektion in Fertigspritze
Influenza-Impfstoff Oberflächen-Antigene, inaktiviert, mit MF59C.1 als Adjuvans

Zusammensetzung

1 Dosis (0,5 ml Suspension) enthält:

– arzneilich wirksame Bestandteile:

MF59C.1 als Adjuvans und Influenza-Virus Oberflächen-Antigene (Hämagglutinin und Neuraminidase), vermehrt in embryonierten Hühnereiern, der Stämme:

A/New Caledonia/20/99 (H1N1)-
entsprechender Stamm

(A/New Caledonia/20/99 [VR-116])

15 Mikrogramm HA*

A/Moscow/10/99 (H3N2)-

entsprechender Stamm

(A/Panama/2007/99 RESVIR 17)

15 Mikrogramm HA*

B/Hong Kong/330/2001-

entsprechender Stamm

(B/Shangdong/7/97) 15 Mikrogramm HA*

* Hämagglutinin

– Adjuvans: MF59C.1: 9,75 mg Squalen;
1,175 mg Polysorbit 80; 1,175 mg Sorbitan-
trioleat; 0,86 mg Natriumcitrat; 0,04 mg Zitronen-
säure und Wasser für Injektionszwecke.

– sonstige Bestandteile:

Natriumchlorid, Kaliumchlorid, Kalium-Di-
hydrogenphosphat, Dinatriumphosphat-Di-
hydrat, Magnesiumchlorid-Hexahydrat, Kal-
ziumchlorid-Dihydrat, Wasser für Injektions-
zwecke, Rückstände von Cetyltrimethylam-
moniumbromid (CTAB), Formaldehyd, Su-
crose und Spuren von Kanamycin- und Neo-
mycinsulfat.

Dieser Impfstoff entspricht den WHO- (nördl.
Hemisphäre) und EU-Empfehlungen für die
Saison 2003–2004.

**Darreichungsform und Packungs-
größen**

Suspension in einer Emulsion zur Injektion in
Fertigspritze

- 1 Fertigspritze (mit Kanüle) zu 0,5 ml
- 10 Fertigspritzen (mit Kanülen) zu je 0,5 ml

Stoff- oder Indikationsgruppe

Impfstoffe

**Name und Anschrift des pharma-
zeutischen Unternehmers und
Herstellers**

CHIRON S. r. l.
Via Fiorentina 1
53100 SIENA
Italien

Mitvertrieb:

CHIRON BEHRING GmbH & Co
Emil-von-Behring-Str. 76
D-36041 MARBLAG

Anwendungsgebiete

Aktive Immunisierung gegen Virusgrippe für
ältere Menschen (65 Jahre oder älter), be-
sonders für Personen mit einem erhöhten
Risiko für Influenza-assoziierte Komplikatio-

nen (z. B. Personen mit chronischen Krank-
heiten wie Diabetes, Herz-/Kreislauf-Erkrank-
ungen oder Erkrankungen der Atemwege).

Unter Berücksichtigung des oben genann-
ten Alters wird die Impfung weiterhin emp-
fohlen für:

- Personen mit berufsbedingt erhöhter An-
steckungsgefahr oder solche, die selbst
die Infektion auf andere Personen übertra-
gen können
- größere Personengruppen bei Ausbrüchen von
Epidemien, bzw. Pandemien (Massener-
krankungen in begrenzten bzw. länder-
übergreifenden Gebieten).

Gegenanzeigen

Bei bekannter Überempfindlichkeit gegen
einen oder mehrere der arzneilich wirksa-
men Bestandteile oder einen der sonstigen
Bestandteile des Impfstoffs, wie z. B. Hüh-
nereier/Hühnereiweiß, Kanamycin oder Neo-
mycinsulfat darf FLUAD 2003–2004 nicht an-
gewendet werden.

Bei Patienten mit fieberhaften Erkrankungen
oder akuten Infektionen soll die Impfung ver-
schoben werden.

Schwangerschaft und Stillzeit

Nicht zutreffend.

**Vorsichtsmaßnahmen für die
Anwendung**

Wenden Sie sich an Ihren Arzt, um das Vor-
handensein bekannter Allergien abzuklären.

Befragen Sie Ihren Arzt ob bei Ihnen Ge-
sundheitsprobleme nach der Verabreichung
von Impfstoffen auftreten können.

FLUAD 2003–2004 darf nicht intravasal oder
subkutan injiziert werden!

Bei unbeabsichtigter intravasaler Gabe (in
ein Blutgefäß) können Reaktionen bis zum
Schock auftreten. Geeignete Sofortmaßnah-
men zur Schockbekämpfung sind zu ergrei-
fen.

Bei der Verabreichung von Impfstoffen sollte
stets Vorsorge zur Therapie eines anaphy-
laktischen Schocks getroffen werden, trotz
der Seltenheit solcher Ereignisse.

Während einer immunsuppressiven Thera-
pie (die körpereigene Abwehr beeinträchti-
gende Behandlung), wie auch bei angebore-
ner oder erworbener Immundefizienz (Im-
munmangel) kann der Impferfolg einge-
schränkt sein.

FLUAD 2003–2004 darf nicht mit anderen
parenteral zu verabreichenden (injizierbaren)
Arzneimitteln gemischt werden.

**Wechselwirkungen mit anderen
Mitteln**

Während einer immunsuppressiven Thera-
pie (die körpereigene Abwehr beeinträchti-
gende Behandlung) kann der Impferfolg ein-
geschränkt oder in Frage gestellt sein.

Nach Impfung gegen Virusgrippe können
EUSA-Tests zum serologischen Nachweis
von Antikörpern gegen HIV1, Hepatitis C
und insbesondere zum Nachweis von Anti-
körpern gegen HTLV1 falsch positiv ausfal-
len.

Mit der Western Blot Technik können die
falsch positiven Resultate widerlegt werden.
Die vorübergehend falsch positiven Ergeb-
nisse können durch die IgM-Immunität
bedingt sein.

Der Impfstoff (FLUAD 2003–2004) kann
gleichzeitig mit anderen Impfstoffen verab-
reicht werden. Die Impfung sollte an anderer
Stelle erfolgen. Bei simultaner Gabe können
Nebenwirkungen verstärkt werden.

**Dosierungsanleitung,
Art und Dauer der Anwendung****Dosierung**

1 x 0,5 ml.

Art der Anwendung**a) Zeitpunkt der Impfung**

Die Schutzimpfung gegen Virusgrippe soll
möglichst vor Beginn der Erkältungssai-
son (Spätsommer bis Winterbeginn) erfol-
gen.

Entsprechend der epidemiologischen Si-
tuation (zeitliche und örtliche Ausbreitung
der Grippeviren) sind jedoch Impfungen
auch zu anderen Zeiten sinnvoll.

Der Impfschutz soll jedes Jahr mit einer
Dosis des jeweils aktuellen Impfstoffes
aufgefrischt werden.

b) Durchführung der Impfung

Vor Gebrauch muß die milchig-weiße
Impfstoffsuspension auf Raumtemperatur
erwärmt und leicht geschüttelt werden.

Die Impfung erfolgt intramuskulär (in den
Muskeln), in die Oberarmmuskulatur
(M. Deltoides) (siehe auch Kapitel „Vor-
sichtsmaßnahmen für die Anwendung“).

Nebenwirkungen

Wenn Sie Nebenwirkungen bei sich beob-
achten, insbesondere auch solche, die nicht
in dieser Packungsbeilage aufgeführt sind,
teilen Sie diese bitte Ihrem Arzt oder Apothe-
ker mit.

Die folgenden Reaktionen werden am häu-
figsten beobachtet:

Lokalreaktionen:

Rötung, Schwellung, Schmerzen an der In-
jektionsstelle, Hautblutungen, Verhärtungen.

Systemische Reaktionen (den Gesamtlorga-
nismus betreffend):

Fieber, Unwohlsein, Schüttelfrost, Müdigkeit,
Kopfschmerzen, Schweißausbrüche, Mus-
kel- und Gelenkschmerzen.

Diese Symptome klingen im allgemeinen in-
nerhalb von 1–2 Tagen ohne Therapie ab.

Im Vergleich zu nicht-adjuvantierten Grip-
peimpfstoffen, wurden leichte Impfreaktio-
nen bei FLUAD 2003–2004 häufiger beob-
achtet.

Folgende Ereignisse werden sehr selten be-
obachtet:

Neuralgien (brennende Reizungen und
Mißempfindungen der Nerven), Parästhe-
sien (Empfindungsstörungen), Krämpfe, vor-
übergehende Thrombozytopenien (Blutplätt-
chenmangel) mit vereinzelten Blutungen
oder Hämatomen (Blutergüssen).

Fachinformation

CHIRON VACCINES
BEHRING

Td-pur®

1. Bezeichnung des Arzneimittels

Td-pur®

Konservierungsmittelfreier Tetanus-Diphtherie-Adsorbat-Impfstoff für Erwachsene und Heranwachsende (ab Beginn des 6. Lebensjahres)

2. Verschreibungstatus/ Apothekenpflicht

Verschreibungspflichtig

3. Zusammensetzung des Arzneimittels

3.1 Stoff- oder Indikationsgruppe

Impfstoffe

3.2 Bestandteile nach der Art und arzneilich wirksame Bestandteile nach Art und Menge

1 Impfdosis (0,5 ml Suspension) enthält:

– arzneilich wirksame Bestandteile

Tetanus-Toxoid, adsorbiert mind. 20 I.E.
Diphtherie-Toxoid, adsorbiert mind. 2 I.E.

– andere Bestandteile

Aluminiumhydroxid (Adjuvans), Formaldehyd < 0,001 mg, Salze, Wasser für Injektionszwecke

4. Anwendungsgebiete

- Aktive Immunisierung gegen Tetanus und Diphtherie bei Personen ab Beginn des 6. Lebensjahres
- Tetanus-Prophylaxe im Verletzungsfall ab Beginn des 6. Lebensjahres mit gleichzeitiger Immunisierung gegen Diphtherie

5. Gegenanzeigen

- Personen mit akuten behandlungsbedürftigen Erkrankungen sollten frühestens 2 Wochen nach Genesung geimpft werden (Ausnahme: postexpositionelle Impfung).
- Impfungen mit Td-pur sollten grundsätzlich unterlassen werden, wenn nach einer früheren Diphtherie- und/oder Tetanusimpfung vorübergehende Thrombozytopenien oder neurologische Komplikationen aufgetreten sind.
- Eine mit Komplikationen verlaufene Impfung ist bis zur Klärung der Ursache eine Kontraindikation gegen eine nochmalige Impfung mit dem gleichen Impfstoff.
- Bei Auffrischimpfungen im Verletzungsfall gibt es nur wenige absolute Kontraindikationen (bekannte, schwere allergische Reaktionen auf Bestandteile des Impfstoffes, insbesondere Nebenreaktionen, die sich nicht auf die Impfstelle beschränken). In diesen Fällen ist bei Unverträglichkeit auf eine frühere Diphtherie-Impfung nur Tetanus-Impfstoff, bei Unverträglichkeit auf die Tetanus- oder Diphtherie-Tetanus-Impfung nur Tetanus-Immunglobulin anzuwenden, und zwar zweimal 250 I.E. im Abstand von 4 Wochen.

Siehe auch Kapitel 14

Schwangerschaft und Stillzeit

Schwangere sollten vorzugsweise im 2. oder 3. Trimenon gegen Diphtherie geimpft werden, sofern kein ausreichender Impfschutz

vorhanden ist. Dies gilt insbesondere vor Reisen in Endemieländer und bei Verdacht auf Exposition.

Stillzeit ist keine Kontraindikation.

6. Nebenwirkungen

Beobachtet werden:

- Lokalreaktionen (wie vorübergehende Rötung, Schwellung und Schmerzen), gelegentlich mit Anschwellen der regionalen Lymphknoten). In Einzelfällen kann es zur Ausbildung eines Granuloms kommen, ausnahmsweise auch mit Neigung zur Serombildung.

Selten:

- Grippeähnliche Allgemeinsymptome (wie Kopfschmerzen, Kreislaufreaktionen, Schweißausbrüche, Schüttelfrost, Fieber, Dyspnoe, Muskel- und Gelenksbeschwerden, gastrointestinale Beschwerden), allergische Reaktionen, kurzzeitiges Exanthem.

Einzelfälle:

- nach Impfungen gegen Diphtherie und Tetanus wurde berichtet über: Erkrankungen des zentralen oder peripheren Nervensystems, wie aufsteigende Lähmungen bis hin zur Atemlähmung (Guillain-Barré-Syndrom) und Entzündungen peripherer Nervengeflechte (Plexusneuritis); vorübergehende Thrombozytopenien, allergische Erkrankungen der Niere, verbunden mit vorübergehender Proteinurie.

Nebenreaktionen treten bevorzugt bei hyperimmunisierten Personen auf.

7. Wechselwirkungen mit anderen Mitteln

Während einer immunsuppressiven Therapie kann der Impferfolg eingeschränkt oder in Frage gestellt sein (vergleiche Kapitel 10).

Zeitabstände zu anderen Impfungen

Zeitabstände zu anderen Impfungen sind nicht erforderlich.

8. Warnhinweise

Entfallen

9. Wichtigste Inkompatibilitäten

Der Impfstoff darf nicht mit anderen Arzneimitteln in einer Spritze vermischt werden. Die ggf. im Verletzungsfall gleichzeitig notwendige Gabe von Tetanus-Immunglobulin sollte kontralateral verabreicht werden.

10. Dosierung mit Einzel- und Tagesgaben

Personen ab Beginn des 6. Lebensjahres erhalten die gleiche Dosis.

Grundimmunisierung (für Nichtgeimpfte oder Personen mit fehlendem Impfnachweis)

Insgesamt 3 Impfungen mit je 1 Dosis (0,5 ml):

- zu Beginn (ab Beginn des 6. Lebensjahres) 0,5 ml
- 4 bis 6 Wochen 0,5 ml
- 6 bis 12 Monate nach der 2. Impfung 0,5 ml

Auffrischimpfungen

Routinemäßig:

- 1 x 0,5 ml ab Beginn des 6. Lebensjahres und
 - 1 x 0,5 ml im 11. bis 15. Lebensjahr.
- Danach je 1 x 0,5 ml in Abständen von 10 Jahren.

Bei bestehender Diphtherie-Indikation und ausreichendem Tetanusimpfschutz sollte monovalent gegen Diphtherie geimpft werden.

Nach vollständiger Grundimmunisierung sollte im **Expositionsfall** eine Auffrischimpfung mit dem altersgemäßen Diphtherie-Adsorbat-Impfstoff bzw. entsprechenden Kombinationsimpfstoffen vorgenommen werden, wenn die letzte Impfung länger als 5 Jahre zurückliegt.

Immunisierung bei Verletzung (siehe auch Tabelle Seite 2)

a) Personen mit vollständiger Prophylaxe gegen Tetanus, bei denen die letzten Impfungen zurückliegen:

- bis 5 Jahre:
keine solarierte Impfung erforderlich

- 5 bis 10 Jahre:
0,5 ml Td-pur

- über 10 Jahre:
simultan 0,5 ml Td-pur + 250 I.E. Tetanus-Immunglobulin

Bei sauberen, geringfügigen Wunden kann gemäß Empfehlungen der STIKO (Ständige Impfkommission am Robert-Koch-Institut) 3/97 die Tetanus-Immunglobulingabe entfallen.

b) Bei Impfung von Personen mit bekanntem Immundefekt oder unter immunsuppressiver Therapie kann der Impferfolg in Frage gestellt sein. Im Verletzungsfall ist bei diesen Personen die gleichzeitige Gabe von Tetanus-Immunglobulin erforderlich.

11. Art und Dauer der Anwendung

Vor Gebrauch ist der Impfstoff zu schütteln!

Die Applikation erfolgt tief intramuskulär. Bei gegebener Indikation (z. B. hämorrhagischer Diathese) kann Td-pur auch subkutan verabreicht werden.

Der Impfstoff darf nicht intravasal injiziert werden (siehe Kap. 12).

12. Notfallmaßnahmen, Symptome und Gegenmittel

Bei unbeabsichtigter intravasaler Applikation können Reaktionen bis zum Schock auftreten. Geeignete Sofortmaßnahmen zur Schockbekämpfung sind zu ergreifen.

13. Pharmakologische und toxikologische Eigenschaften, Pharmakokinetik und Bioverfügbarkeit, soweit diese Angaben für die therapeutische Verwendung erforderlich sind

Pharmakologische Eigenschaften

Td-pur ist eine weißliche, trübe Suspension und enthält gereinigtes Tetanus- und Diphtherie-Toxoid und Aluminiumhydroxid zur Verstärkung der immunisierenden Wirkung.

Der Biologe Dr. Stefan Lanka aus Stuttgart bestätigte die Aussagen seines Vortragspartners: „Für die Isolierung tödlicher Viren gibt es keinerlei Beweise.“ Auch der HI-Virus wäre nie isoliert worden und damit nicht nachweisbar. Zwar gäbe es Fotos des Virus, doch seien diese reiner Betrug. Lanka wollte dieses mit Aufnahmen isolierter Viren beweisen, die ausschließlich gleichmäßige Teilchen zeigten. Beim Foto des HI-Virus sei diese Gleichmäßigkeit allerdings nicht gegeben.



Robert Koch-Institut | Postfach 65 02 80 | 13302 Berlin

96049 Bamberg

**Abteilung für
Infektions-
epidemiologie
Geschäftsstelle
der STIKO**

Besucheranschrift:
Seestr. 10
13353 Berlin

22.04.04

FSME-Impfung in Bayern

Sehr geehrter [REDACTED]

der Vorsitzende der Ständigen Impfkommission (STIKO) hat das Robert Koch-Institut gebeten, die Beantwortung Ihrer o. g. Anfrage bezüglich einer Risiko-Nutzen-Analyse zur FSME-Impfung, insbesondere für Bayern, zu übernehmen.

Dazu teilen wir Ihnen mit, dass das Infektionsschutzgesetz keine Vorgaben oder Einschränkungen für die Erstellung der Empfehlungen durch die STIKO enthält.

Praktisch macht sie zur Voraussetzung einer Empfehlung, dass ein Impfstoff zur Verfügung steht, dessen Wirksamkeit und Unbedenklichkeit im arzneimittelrechtlichen Zulassungsverfahren festgestellt sind. Zuständig für dieses Verfahren ist, wie wir Ihnen bereits früher mitgeteilt haben, das Paul-Ehrlich-Institut.

Die STIKO empfiehlt die Impfung gegen FSME nur für solche Personengruppen, die potentiell einem relevanten Expositions- bzw. Erkrankungsrisiko ausgesetzt sind. Hervorgehoben wird in den Empfehlungen die individuelle Gefährdung durch eine mögliche Zeckenexposition in einem Risikogebiet als Voraussetzung für die Impfindikation.

Darüber hinausgehende und in vorangegangenen Schriftwechseln wohl missverständlich so oder ähnlich bezeichnete „Nutzen-Risiko-Analysen“ bestehen nicht.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Dr. med. Gernot Rasch

Ihr Zeichen

30.03.04
Unser Zeichen

Abt.3/2-6503/601

Tel. 01888.754- 3539
Fax 01888.754- 3533

RaschG@rki.de

Besucheranschrift
Robert Koch-Institut
Nordufer 20
13353 Berlin

Tel. 01888.754-0
Fax 01888.754-23 28
www.rki.de



21. JAN. 2004 12:49

BMGS LEITUNGSABTEIL.

RUDOLF KRAUS MDB

S.

01/02

NR. 3538

S. 1



Bundesministerium
für Gesundheit
und Soziale Sicherung

310

Mitglied des Deutschen Bundestags
Herrn Rudolf Kraus
11011 Berlin

13191

Ulla Schmidt

Bundesministerin

Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Am Propsthof 78a, 53121 Bonn

POSTANSCHRIFT 53108 Bonn

TEL +49 (0)1888 441-1000

FAX +49 (0)1888 441-4900

E-MAIL poststelle@bmgs.bund.de

Bonn, 5. Januar 2004

Sehr geehrter Herr Kollege,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 13. November 2003, in dem Sie bitten, zu der Bürgeranfrage des Herrn [REDACTED] aus Neumarkt betreffend HIV/AIDS Stellung zu nehmen.

Bei der o. g. Anfrage handelt es sich um eines der Schreiben mit ständig wiederkehrendem Argumentationsmuster, die die Existenz des HIV-Virus anzweifeln. Sie werden von verschiedenen Personen sowohl an viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages als auch an das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung sowie an nachgeordnete Institute gerichtet.

Selbstverständlich gilt das Humane Immundefizienz-Virus (HIV) - im internationalen wissenschaftlichen Konsens - als wissenschaftlich nachgewiesen. Die Kriterien hierfür werden nicht durch einen Verwaltungsakt festgelegt, sondern beruhen auf einer wissenschaftlichen Diskussion und Bewertung. Hierbei kann es vorkommen, dass einige Wissenschaftler mehr oder minder fundierte abweichende Meinungen vertreten. Dies ist Teil der Freiheit von Lehre und Forschung und der freien Meinungsäußerung.

Die vorgebrachten Behauptungen bezüglich der Zuverlässigkeit der HIV-Nachweise sind falsch. Eine fahrlässige oder gar absichtliche Gefährdung von Menschen durch die Zulassung von HIV-Diagnostika liegt nicht vor. Die HIV-Suchtests sind ganz bestimmten Zulassungskriterien unterworfen. Ihre Einhaltung und Überprüfung hat dazu geführt, dass die

Seite 2 von 2

HIV-Diagnostik heute einen enorm hohen Sicherheitsstandard erreicht hat. Dazu kommen regelmäßige Reevaluierungen seitens des Paul-Ehrlich-Instituts, bei denen Tests, die nicht mehr die notwendige Sensibilität aufweisen, vom Markt genommen werden. Mit den heute zur Verfügung stehenden HIV-Antikörpertests konnte das Risiko einer HIV-Infektion im Blutspendewesen auf unter 1 : 1.000.000 gesenkt werden, wobei die Infektionen, die weiterhin auftreten, mit hoher Wahrscheinlichkeit darauf zurückzuführen sind, dass der Spender zum Zeitpunkt der Spende sich im „diagnostischen Fenster“ befand, d.h. der Test aufgrund des frühen Zeitpunkts nach der Infektion noch nicht ansprechen konnte.

Für die medikamentöse Behandlung einer HIV-Infektion wurden die therapeutischen Ziele und Optionen national und international seit den Anfängen der HIV-Epidemie immer weiter entwickelt und aktualisiert entsprechend dem wissenschaftlich-technischen Erkenntnisstand. Für diese Therapie, die zu einer deutlichen Steigerung der Lebensqualität für die Betroffenen und ein Hinauszögern des Ausbruchs von AIDS führt, werden heute Kombinationen aus antiretroviralen Medikamenten (u.a. AZT, Zidovudin und Proteasehemmern) eingesetzt, die eine reguläre Zulassung haben und entsprechend überprüft sind.

Mit freundlichen Grüßen





Robert Koch-Institut

Bundesinstitut für Infektionskrankheiten
und nicht übertragbare Krankheiten
- Leitung -



Robert Koch-Institut, Postfach 65 02 80, D-13302 Berlin

Tel.: (030) 4547-4
Fax: (030) 4547-2328
E-Mail: zentrale@rki.de

Herrn
Karl Krafeld
Albrechtstraße 17

44137 Dortmund

Besucheranschriften

- ☐ Nordufer 20, D-13353 Berlin
- ☐ General-Pape-Str. 62-66, D-12101 Berlin
- ☐ Stresemannstr. 90-102, D-10963 Berlin
- ☐ Wollankstr. 15, D-13187 Berlin
- ☐ Burgstr. 37, D-38855 Wernigerode

Fax: 030/4547-2672

Ihre Zeichen und Nachricht vom

Ihr Schreiben vom 08.01.99

Gesch.-Z.: Bitte bei Antworten angeben

L 2/Eng

Telefon

030/4547-2513

Datum

17.03.99

Betr.: Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Herrn Dr. Ulrich Marcus

Sehr geehrter Herr Krafeld,

Ihre Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Herrn Dr. Marcus wurde geprüft. Eine Verletzung von Dienstpflichten konnte dabei nicht festgestellt werden, da weder von einer Falschaussage noch von einer bewußten Irreführung durch Herrn Dr. Marcus auszugehen ist. Die von Herrn Dr. Marcus behauptete fotografische Aufnahme des HIV-Virus ist wissenschaftlich belegt und publiziert. Die Stellungnahme des Dortmunder Aids-Koordinators Bühmann wurde, so wie sie von Ihnen dargestellt wird, aus dem Zusammenhang gerissen. Die Aussage des Herrn Bühmann, daß es wegen zu geringer Konzentration kein Foto des HI-Virus gebe, bezieht sich auf einen direkten, nicht durch vorherige Zellkultur ermöglichten elektronenmikroskopischen Nachweis des Virus in einer Blut-/Plasmaprobe. Elektronenmikroskopische Aufnahmen von HIV im lymphatischen Gewebe sind vielfach veröffentlicht (siehe dazu u. a.: „Accessory Cells in HIV and Other Retroviral Infections“, herausgegeben von P. Racz, C. D. Dijkstra, J. C. Gluckman im Karger Verlag 1991, ISBN 3-8055-5323-4. Ein Widerspruch zwischen der Aussage von Herrn Dr. Marcus und Herrn Bühmann ist nicht ersichtlich. Die Dienstaufsichtsbeschwerde wird somit zurückgewiesen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Reinhard Kurth

Donnerstag, 8. November 2001 **STAND AUF DER TITELSEITE DES LOKALTEILES
VOM OVB-ROSENHEIM**

Kampagne gegen Impfen „kriminell“

Abgeordnete Graf warnt vor Verein

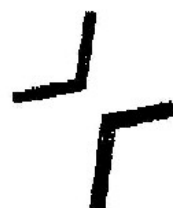
Berlin/Rosenheim (re) – Die schockierende Anti-Impfkampagne des Vereins „Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte“ (wir berichteten) ruft jetzt auch die Politik auf den Plan: „So viel Unsinn auf einem Haufen habe ich selten gesehen“, erklärte gestern die Rosenheimer Bundestagsabgeordnete Angelika Graf (SPD).

„Kriminell wird die Sache, wenn unter pseudowissenschaftlichem Deckmantel vor besorgten Eltern unbewiesene und unbeweisbare Behauptungen aufgestellt werden“, so Graf weiter. Sie habe die zuständige Staatsanwaltschaft in Stuttgart dazu aufgefordert, den Verein und seine Hintermänner zu überprüfen.

Erkundigungen bei Sektenexperten hätten ergeben, dass der Verein „Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte“ Teil einer

Szene ist, die aus esoterischen Zirkeln besteht. Besonders durch das Internet gewinne diese Szene zunehmend an Einfluss – vor allem auf psychisch und gesundheitlich Gefährdete. Nicht zweifelsfrei ausgeschlossen werden könne, dass es Querverbindungen zu Sekten, insbesondere zur Scientology-Organisation gibt.

Der Verein hatte unter anderem Rosenheimer Ärzte scharf attackiert und dazu aufgefordert, gegen Ausführende und Beteiligte des Impfens Strafanzeige zu stellen. Für Graf ist dies ein „unglaublicher Angriff auf alle Ärzte und Behörden, die sich um die Gesundheit der gesamten Bevölkerung sorgen“. Gerade vor dem Hintergrund der Anthrax-Anschläge in den USA könnte solcher Unsinn allzu leicht auf fruchtbaren Boden fallen.“



EVANGELISCHE
KIRCHE
IM RHEINLAND

Anschrift Postfach 10 72 53 - 40468 Düsseldorf

Herrn
H.B. Ashauer-Jerzimeck
Lüneburger Weg 3

40468 Düsseldorf

Referat Sekten- und
Weltanschauungsfragen
Pfarrer Andrew Schäfer

Rochusstr. 44
40479 Düsseldorf

Tele: (0211) 36 10 - 246
Fax: (0211) 36 10 - 223

SCH/BR
5. August 2002

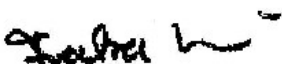
Ihr Schreiben vom 30/05/02; „Verein Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte e.V.“

Sehr geehrter Herr Ashauer-Jerzimeck,

in der o.g. Angelegenheit kann ich Ihnen lediglich mitteilen, dass unserem Referat der in Rede stehende Verein nicht bekannt ist und dass wir vor diesem Hintergrund nicht in der Lage sind, eine Bewertung des Vereins aus weltanschaulicher Sicht vorzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Andrew Schäfer (nach Diktat verreist)


i.A.: Franka Brühmann

★ DIE WELT Seite 5

26.9.2007

AUSLAND KOMPAKT

WHO

Warnung vor biologischen und chemischen Anschlägen

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat nach den Worten ihres Exekutivdirektors David Nabarro die Staaten des Westens gewarnt, vor Anschlägen mit biologischen und chemischen Waffen auf der Hut zu sein. Das Risiko dürfe nicht unterschätzt werden. Die WHO sei bemüht, sicherzustellen, dass die Regierungen die aktuellsten Informationen über die Art der Erreger erhielten, die möglicherweise verwendet werden würden, und wie eine Masseninfektion verhindert werden könne. rtr

Kronen Zeitung Oberösterreich

Dienstag, 20. November 2001



Anthrax-Opfer falsch behandelt?

Washington. - Die vier Todesopfer der Anthrax-Attacken in den USA haben laut Experten möglicherweise das falsche Antibiotikum bekommen. Alle vier waren mit dem Medikament Levofloxacin behandelt worden. Später setzten die Behörden Cipro ein. Seitdem ist kein Infizierter mehr gestorben.



Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Persönliche Referent

Postanschrift: Staatskanzlei NRW · 40190 Düsseldorf

Herrn
Karl Krafeld
Albrechtstraße 17

44137 Dortmund

Dienstgebäude und Lieferanschrift:
Stadtor 1, 40219 Düsseldorf

Telefon (0211) 837-01
Durchwahl (0211) 837-1218
Telefax (0211) 837-1488
e-mail: klaus.brueckner@nk.nrw.de

Datum 07.11.01

Sehr geehrter Herr Krafeld,

Frau Annegret Krauskopf hat als Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen Ihre Hinweise unter dem von Ihnen gewählten Betreff „Milzbrandpanik“ an die Landesregierung weiter gegeben.

Ich bitte um Ihr Verständnis, dass ich die Angelegenheit wegen der spezifischen Fragestellungen und im Hinblick darauf, dass dort eine Reihe weiterer Beiträge zum selben Thema vorliegen, an das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit als zuständiges Fachressort abgegeben habe. Ich gehe davon aus, dass Sie von dort in Kürze eine Antwort erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Klaus Brückner

stehen. Es fällt schwer, Verständnis dafür aufzubringen, dass die zuständigen Behörden sich an der Anthraxpanik und später an der Pockenpanik beteiligen und keine naturwissenschaftlichen Beweise zugänglich machen können, die diese Angst und die staatlichen Maßnahmen rechtfertigen.

Der Richter hatte zu dieser Berufungsverhandlung als Sachverständigen Dr. Gerth, Gabersee (Hochschulmedizin, Psychiatrie), geladen, ohne dass ich als Angeklagter irgendwann über den Auftrag informiert worden bin. Dieses psychiatrische/psychologische Sachverständigenwissen wollte ich in das Verfahren einbringen.

Nachdem Dr. Gerth sich ausgiebig über mich ausgelassen hat und zu dem Schluss kam, dass bei mir nicht von einer eingeschränkten Schuldfähigkeit auszugehen ist, die auch nur zu vermuten es keinen Hinweis gab, stellte ich an den Sachverständigen die Frage, ob zum Handlungszeitpunkt, also zum Zeitpunkt der Anthraxanschläge im Okt. 2001, in Deutschland von einer kollektiven Paranoia oder Schizophrenie auszugehen sei, da einerseits bei Vielen das Wissen vorhanden war, dass Bakterien nur unter Sauerstoffabschluss Gifte produzieren können und auf der Haut und in der Lunge ein sauerstofffreier Bereich nicht möglich ist und andererseits die Angst vor Briefen mit Anthraxsporen gefestigt wurde, anstatt die bakteriologischen Kenntnisse auf dem heutigen Stand der Wissenschaft darzulegen.

Der sachverständige Psychiater sagte, dass er diese Frage nicht verstehen würde. Gleiches sagte Richter Dr. Weidmann. Dr. Gerth führte Einiges zu der nicht im Raum stehenden Frage aus, ob ich als paranoid anzusehen sei. Als er geendet hatte, wies ich ihn darauf hin, dass meine Frage nicht beantwortet wäre und pflückte die Frage auseinander und fragte den Arzt und Sachverständigen, ob Anthraxbakterien auf der Haut, unter Sauerstoffversorgung, Gifte produzieren können und dadurch eine Krankheit verursachen könnten. Inhaltlich trug der Sachverständige Dr. Gerth vor Gericht vor:

Ihm sei bekannt, dass Anthraxbakterien nur unter Sauerstoffabschluss Gifte produzieren können.

Ihm sei nicht bekannt, aufgrund welcher Hypothesen oder Tatsachen die Möglichkeit behauptet würde, dass auf der Haut sauerstofffreie Zonen entstehen können.

Auf meine Nachfrage hin, warum er, auf dem Hintergrund seines Wissens als Psychiater, dass Angst einen negativen Einfluss auf die Gesundheit haben kann und sein Wissen im Okt. 2001, dass die Angst vor Anthraxbakterien auf dem heutigen Stand der Wissenschaft nicht zu begründen ist, geschwiegen hat und die Verängstigten in der Angst gelassen hat, anstatt darauf hinzuwirken, dass die nicht zu begründende Angst beseitigt wird, antwortete der Sachverständige Dr. Gerth:

„Weil ich nicht so viel Zeit habe wie Sie.“

Mit dieser Sachverständigenaussage vor Gericht hatte Dr. Gerth die Erklärung dafür gegeben, warum die von der Staatskanzlei NRW genannte „Kürze“ über vier Jahre andauert.

Dr. Gerth hatte hiermit auch vor Gericht bewiesen, dass die „zuständigen staatlichen Stellen“, insbesondere die Ärzte in diesen Stellen, im Okt. 2001 wesentlich die vor Anthraxanschlägen unbegründete Angst sicherten, wesentlich den Erfolg des Anthraxterrorismus, die Angst, sicherten.

Über das Wissen, das Dr. Gerth hier als Sachverständiger vor Gericht darlegte, dass die Angst vor Anthraxanschlägen auf dem heutigen Stand der Wissenschaft nicht zu rechtfertigen war und ist, verfügten alle Empfänger des Blattes vom 23.10.2001, verfügten alle Rosenheimer Ärzte und verfügten selbstverständlich auch die dieses Verfahren gegen mich betreibenden Rosenheimer Ärzte Dr. Weber und Dr. Klecker.

Die Rosenheimer Ärzte hatten das Blatt erhalten, zu einer Zeit, im Okt. 2001, als sie wussten, dass die Angst vor Anthraxanschlägen nicht zu rechtfertigen war. Gleichzeitig wussten sie aber auch, dass dann, wenn das bekannt wird, gleichzeitig die gesamte Rechtfertigung ihrer Impfpraxis zusammenbrechen würde, aus der sie wirtschaftliche Vorteile zogen.

ROBERT KOCH INSTITUT



Robert Koch-Institut | Postfach 650280 | 13302 Berlin

Herrn
Karl Krafeld
Albrechtstraße 17
44137 Dortmund

16.11.2001

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

L1 - 1008-25-1

Tel. 01888. 754- 2513

Fax 01888. 754- 2672

Unterrichtung durch die WHO zu Pocken- und Milzbrandernregern
Ihr Telefax v. 17.10.2001

Sehr geehrter Herr Krafeld,

auf Ihre Anfrage teilen wir Ihnen mit, dass alle verifizierten Informationen der WHO zu den genannten Erregern von dieser auch allgemein zugänglich im Internet veröffentlicht werden. Wir stellen anheim, sich dort tagesaktuell zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Dr. Helmut Fouquet

Besucheranschrift
Robert Koch-Institut
Nordufer 20
13353 Berlin

Tel. 01888. 754-0

Fax 01888. 754-2328

www.rki.de





Téléphone Central/Exchange: (+41 22) 791.21.11
Direct: (+41 22) 791.4997
E-mail: riccardo.wittekk@iba.unil.ch

In reply please refer to: S2/180/4
Prière de rappeler la référence:

Your reference:
Votre référence:

Dr Stefan Lanka
Ludwig-Pfaustr.1b
70176 Stuttgart
Allemagne

3 December 2001

Dear Dr Lanka,

Thank you for your letter and your interest in smallpox. The demonstration by electron microscopy of orthopoxvirus virions in clinical samples of smallpox patients, and the use of electron microscopy for the diagnosis of smallpox can be found in the following references:

Nagler, FPO and Rake, G (1948) The use of the electron microscope for the diagnosis of variola, vaccinia and varicella. J. Bacteriol., 55: 45-51.
Van Rooyen, CE and Scott, GD (1948) Smallpox diagnosis with special reference to electron microscopy. Canad. J. Publ. Hlth., 39: 467-477.

The development of negative staining by Brenner and Horne in 1959 made electron microscopy more feasible as a regular diagnostic procedure. This was demonstrated by Cruickshank, JG, Bedson, HS and Watson, DG (1966) Electron microscopy in the rapid diagnosis of smallpox. Lancet, 2: 527-530.

In 1971, electron microscopy became an integral part of the diagnostic procedures used by the WHO Collaborating Centres in Atlanta and Moscow.

At the time these reports were published, procedures for the biochemical characterization of variola virus particles, which allowed to distinguish them from other members of the orthopoxviruses were not yet available. These virions were therefore characterized on the basis of biological criteria, such as pock morphology on the chorioallantoic membrane of developing chick embryos, and ceiling temperature. By these criteria, the viruses causing smallpox were shown to have characteristic properties, which distinguished them from other orthopoxviruses.

Before smallpox was eradicated, many clinical specimens were collected and stored in different laboratories. These collections were later transferred to either one of the two WHO Collaborating Centres in Atlanta or Koltosvo, where they are still safely stored. As restriction enzyme analysis and later direct DNA sequencing became available as a means of characterizing viral genomes, several isolates were analyzed by these new techniques.

The results of these studies showed that the viruses isolated from smallpox patients were all very closely related and different from other orthopoxviruses, confirming their classification as a separate species, as initially proposed on the basis of biological criteria.

Yours sincerely,

Dr Guénaél Rodier
Director
Department of Communicable Disease
Surveillance and Response

9. Petition 13/5866 betr. Gesundheitswesen; Notfall-Plan für eine Vogelgrippepandemie

1. Gegenstand der Petition

Die Petition ist Teil einer Reihe von Petitionen zur Thematik des Impfens. In diesem Zusammenhang standen auch die Petitionen Nr. 12/8519, Nr. 13/73, Nr. 13/184. Inhalt dieser Petition ist die Beschwerde des Petenten gegen die Stadt und insbesondere gegen den Pandemiebeauftragten und Leiter des Gesundheitsamtes Dr. T. Sch. wegen einer „Handlung wider besseren Wissens zum vorsätzlichen Schaden der Bevölkerung mittels Förderung von unbegründeter Panik“ sowie „Anstiftung zur Einwilligung zu nicht gerechtfertigter gefährlicher Körperverletzung unter anderem in Zusammenhang mit der ohne rechtfertigende naturwissenschaftliche Beweise durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) propagierten Vogelgrippepanik“.

Der Petent führt weiterhin Beschwerde wegen der Beteiligung an der Vergeudung von 670.000 Euro öffentlicher Mittel aufgrund der Anschaffung von 7.200 Therapieeinheiten des antiviralen Arzneimittels „Tamiflu“ durch die Stadt S.

Der Petent begründet die Beschwerde mit den Veröffentlichungen zur Influenzapandemieplanung der Stadt S. im Amtsblatt Nr. 38 vom 22. September 2005 sowie auf ein Telefonat mit Herrn Dr. Sch. am 22. September 2005.

Im Amtsblatt werde auf die Notwendigkeit einer Grippeimpfung für die Bürger im Hinblick auf eine Pandemie hingewiesen. Des Weiteren beteilige sich die Stadt S. an der Verteilung antiviraler Medikamente durch Apotheken, die durch das Land Baden-Württemberg beschafft wurden.

Der Petent führt demgegenüber an, dass die Existenz von Vogelgrippeviren und Influenzaviren nicht naturwissenschaftlich bewiesen sei.

II. Sachliche und rechtliche Prüfung

II.1. Stellungnahme des Herrn Dr. Sch.

Das Ministerium für Arbeit und Soziales hat eine Stellungnahme des Pandemiebeauftragten und Leiter des Gesundheitsamtes der Stadt S., Herrn Dr. Sch., eingeholt.

In dieser Stellungnahme führt Herr Dr. Sch. an, dass er in der Petition offenbar willentlich falsch zitiert werde und Tatsachen behauptet werden, die er zu keinem Zeitpunkt geäußert habe. In einem Telefonat mit dem Petenten am 22. September 2005 habe er die Planungen der Stadt S. im Hinblick auf das Eintreten einer Influenzapandemie, nicht einer Vogelgrippepandemie, erläutert, die im Rahmen der nationalen Influenzapandemieplanung unternommen werden.

Der Petent sei ihm als stellvertretender Vorsitzender des Vereins für Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte e. V. bekannt. Hierbei handele es sich um eine Vereinigung von Impfgegnern, die wissenschaftliche Erkenntnisse zu Krankheitserregern negieren.

Die Existenz von Bakterien und Viren werde abgestritten, da angeblich bisher keine diesbezüglichen naturwissenschaftlichen Beweise, insbesondere keine Fotografien von Krankheitserregern, existieren würden.

Herr Dr. Sch. verwahrt sich auf das Entschiedenste gegen die gegenüber seiner Person beleidigende Qualität der Petition, insbesondere gegen die Ausführungen auf Seite 14, in der er als Leiter des Gesundheitsamtes in die Tradition der Gesundheitsämter des Dritten Reiches gestellt werde. Die Stadt S. habe gegen diese beleidigende Äußerung Strafantrag gestellt.

II.2. Bewertung des Ministeriums für Arbeit und Soziales

Unter einer Influenzapandemie versteht man das weltweite Auftreten eines neuen Influenzavirus (Grippevirus), gegen den in der Bevölkerung noch keine Immunität besteht. Ein neuer Influenzapandemievirus kann durch Überspringen der Artenbarriere z. B. vom derzeit in Asien grassierenden Vogelgrippevirus auf den Menschen und dann weitere Mensch-zu-Mensch-Übertragung hervorgerufen werden.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat 1999 ihre Mitgliedstaaten aufgefordert, nationale Pläne zur Vorbereitung auf das Eintreten einer Influenzapandemie zu erarbeiten. Durch Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) vom 21./22. Juni 2001 wurde das Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung (BMGS) aufgefordert, in Abstimmung mit den Ländern einen nationalen Influenzapandemieplan für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der WHO-Empfehlung zu erarbeiten. Dieser wurde im Frühjahr 2005 veröffentlicht und befindet sich derzeit in Baden-Württemberg in der Umsetzung.

Die Maßnahmen der Stadt S. stellen die in eigener Verantwortung vorgenommenen Umsetzungsmaßnahmen dieses Plans auf kommunaler Ebene dar.

Dabei geht es um die Vorsorgemaßnahmen für eine Influenzapandemie und nicht gegen die vom Petenten angeführte Vogelgrippe, bei der es sich um eine Erkrankung des Tieres handelt.

Die Existenz des Influenzavirus und des Vogelgrippevirus als Krankheitserreger wird von allen internationalen und nationalen Gesundheitsbehörden wie zum Beispiel der Weltgesundheitsorganisation in Genf, dem Robert-Koch-Institut in Berlin und dem Paul-Löffler-Institut für Tiergesundheit auf der Insel Riems anerkannt und er wurde laborchemisch nachgewiesen. In den weiteren Ausführungen der Petition wird auch auf die Begriffsbestimmungen in § 2 IfSG Bezug genommen. Insbesondere in Bezug auf „Krankheitserreger“ nach § 2 Nr. 1 IfSG stellt der Petent die Rechtfertigungsgrundlagen für Impfempfehlungen bei durch Viren verursachten Krankheiten in Frage. Hierzu wird verwiesen auf die Petitionen 12/8519, 13/73 sowie 13/462, in denen jeweils ausführlich zu dieser Thematik Stellung genommen wurde.

Betont werden muss erneut, dass für den Nachweis des Zusammenhanges von Erreger und Erkrankung sowie

der Wirksamkeit von Schutzimpfungen keineswegs zwingend modernste wissenschaftliche Methoden erforderlich sind, sondern der Nachweis durchaus auch mit bereits seit langer Zeit bestehenden und gebräuchlichen Methoden erfolgen kann, die auch heute noch in der medizinischen Wissenschaft anerkannt sind.

Die Schutzimpfung gegen Influenza ist nach dem Stand der Wissenschaft die wirksamste Maßnahme zur Prävention der Erkrankung. Einen solchen Impfstoff gibt es derzeit nicht. Er kann erst nach Identifizierung des Virus im Pandemiefall produziert werden.

Im Rahmen der Influenzapandemieplanung sind Pflichtimpfungen der Bevölkerung bzw. eine Verordnung zur Einnahme antiviraler Arzneimittel nicht vorgesehen.

Antivirale Arzneimittel sind gemäß den Empfehlungen des nationalen Influenzapandemieplans in der ersten Phase einer Influenzapandemie von Bedeutung, bis ein Impfstoff zur Verfügung steht. Therapeutisch verordnet, verkürzen sie die Dauer der Erkrankung und vermindern Komplikationen.

Die Stadt S. beschafft in eigener Finanzverantwortung 7200 Therapieeinheiten des antiviralen Arzneimittels „Tamiflu“. Diese Beschaffung steht nicht in Zusammenhang mit der Bevorratung des Landes Baden-Württemberg.

Das antivirale Arzneimittel „Tamiflu“ der Fa. Hoffmann-La Roche ist vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte für den Einsatz zur Prophylaxe und zur Therapie der Influenza A und B zugelassen.

Insofern ist die Beschwerde über die Vergeudung öffentlicher Mittel durch die Stadt S. nicht gerechtfertigt.

III. Ergebnis

Die Influenzapandemieplanung der Stadt S. und des Pandemiebeauftragten Dr. Sch. stellt nach den o. g. Ausführungen keine Handlung wider besseren Wissens zum vorsätzlichen Schaden der Bevölkerung dar, sondern gründet sich auf die Empfehlungen des nationalen Influenzapandemieplans von Bund und Ländern.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.



Robert Koch-Institut | Postfach 650261 | 13302 Berlin

Geschäftszeichen: Pressestelle, Öffentlichkeitsarbeit

Frau

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Ihr Schreiben vom 29.07.2008

Datum
10.09.2008

Sehr geehrte Frau

[REDACTED]

Ihre Nachricht vom
29.07.2008

in Ihrem Schreiben stellen Sie dar, dass Sie auf unserer Internet-Seite, auf die Sie vom Landratsamt Ostalbkreis hingewiesen wurden, keine Publikationen über eine bestimmte Art des Nachweises – Sie sprechen von einem „empirisch-wissenschaftlichen Direktnachweis“ – benannt finden.

Robert Koch-Institut
zentrale@rki.de
Tel. +49 (0)30 18754-0
Fax-2328
IVBB-Rufnr. 754-0
www.rki.de

Dazu möchten wir darauf hinweisen, dass sich unser Internet-Angebot, wie auch unsere Tätigkeit im übrigen, am allgemein anerkannten wissenschaftlichen Erkenntnisstand orientiert. Dieser beruht auf der Anwendung und Zusammenschau verschiedener wissenschaftlicher Methoden vor allem aus den Fachdisziplinen Medizin und Mikrobiologie. Die vereinzelt propagierte Beschränkung auf einzelne Nachweisverfahren würde nicht diesem in allen Industrienationen akzeptierten wissenschaftlichen Standard entsprechen.

Berichterstattung/
Bearbeitung von
Susanne Glasmacher
GlasmacherS@rki.de
Durchwahl-2286
Fax-2265
Liegenschaft: N

Zudem erschließen sich uns die genauen Anforderungen, denen der von Ihnen angeführte „empirisch-wissenschaftliche Direktnachweis“ genügen soll, weder aus Ihrem Schreiben noch anderweitig. So gilt die von Ihnen ausgeschlossene PCR allgemein als direktes Nachweisverfahren, weil sie auf den Erreger selbst gerichtet ist und nicht auf die Abwehrreaktion des infizierten Individuums.

Besucheranschriften
Nordufer 20 (N)
13353 Berlin
Seestraße 10 (S)
13353 Berlin
General-
Pape-Str. 62,-64/66 (P)
12101 Berlin
Burgstr. 37 (W)
38855 Wernigerode

Wir hoffen, mit diesem Schreiben wenigstens ein Stück weit zur Klärung beitragen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Susanne Glasmacher

Susanne Glasmacher

Das Robert Koch-Institut
ist ein Bundesinstitut
im Geschäftsbereich des
Bundesministeriums für
Gesundheit



40. Petition 13/184 betr. Beschwerde über die Landesgesundheitsbehörde, Schutzimpfungen

Die Petition ist Teil einer „Serienbrief“-Kampagne von Impfgegnern, mit der die Gesundheitsbehörden von Bund und Ländern seit mehreren Monaten überzogen werden. In diesem Zusammenhang standen auch die im o.g. Anschreiben aufgeführten Petitionen Nr.12/8519 und Nr.13/73. Alle diese Schreiben bringen mit leicht variablem, aber weitgehend identischem Inhalt dasselbe Anliegen vor.

Die aktuelle Petition zielt darauf ab, dass in Baden-Württemberg „nur solche Impfungen gemacht werden, die dem hohen Anspruch des Gesetzes standhalten können und nicht auf Grund des statistisch sicheren Impfschadensrisiko als Körperverletzung bewertet werden müssen“. Die Petentin behauptet dabei, „dass die Gesundheitsbehörden in Baden-Württemberg wissen, dass diese Grundanforderungen nicht erfüllt sind“.

Im Gegensatz zu den anderen beiden Petitionen bezieht sich die Petentin nicht auf eine konkrete Erkrankung, gibt aber als Begründung für ihr Anliegen ebenfalls § 1 Abs. 2 Infektionsschutzgesetz (IfSG) an, wonach „Schutzimpfungen dem jeweiligen Stand der Wissenschaft und Technik entsprechen müssen“.

Auf die Ausführungen zu den beiden Petitionen Nr.12/8519 und 13/73 in den Landtagsdrucksachen 13/301, lfd. Nr. 49 und 13/301, lfd. Nr. 42, wird verwiesen.

In Baden-Württemberg werden öffentlich ausschließlich Impfungen empfohlen, deren Wirksamkeit auf Grund der Gesamtbewertung der vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnis und damit der Dokumentation des jeweiligen Standes der Wissenschaft durch die beim Robert Koch-Institut eingerichtete Ständige Impfkommission (STIKO) erwiesen ist und deren Risiko-Nutzen-Analyse zugunsten des Nutzens spricht. Die Petition ist unbegründet.

Beschlussempfehlung:

Auf Grund der gegebenen Sach- und Rechtslage kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Das Robert Koch-Instituts im Nationalsozialismus: Stellungnahme zu den Forschungsergebnissen

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jörg Hacker, Präsident des Robert Koch-Instituts

(Auszüge)

„Die wichtigste Lehre aus dieser Zeit: jeder Einzelne, innerhalb wie außerhalb des Instituts, kann und muss Rückgrat beweisen.“

„Für das Übertreten humanistischer Grundsätze, für die Verletzung der Würde und der körperlichen Unversehrtheit gibt es zu keiner Zeit der Welt eine Rechtfertigung, auch wenn die Mehrheit ein solches Verhalten toleriert oder gar fordert.“

„Fälle von Zivilcourage, von Protestbekundungen gegen das staatliche, das institutionelle und das individuelle Vorgehen sind nicht bekannt.“

„Es waren nicht nur Einzelne, die **abscheuliche Menschenversuche zum Beispiel mit Impfstoffen durchgeführt haben**, vor allem an Patienten und KZ-Häftlingen.“

„Die vorgestellten Projektergebnisse zeigen: **Es gab eine eindeutige Richtlinie, die Versuche an Menschen ohne deren Einwilligung verbot. Die Quellen belegen, dass die Täter die Richtlinie kannten und ignorierten, oder von den verzweifelten Lagerinsassen, die keine Wahl hatten, die Zustimmung skrupellos erpressten oder erpressen ließen.**“

„Es waren nicht nur Einzelne, die schlechte Wissenschaft gemacht haben und alle moralischen Schranken eingerissen haben.“

„Andere haben einfach nur geschwiegen - weil sie sich nur für die Wissenschaft interessiert haben oder emotional verkümmert waren, weitere dürften Angst vor Nachteilen gehabt haben.“

„Die wichtigste Lehre aus dieser Zeit: jeder Einzelne, innerhalb wie außerhalb des Instituts, kann und muss Rückgrat beweisen.“

Stand: 01.10.2008



Robert Koch-Institut | Postfach 65 02 80 | 13302 Berlin

96049 Bamberg

**Abteilung für
Infektions-
epidemiologie
Geschäftsstelle
der STIKO**

Besucheranschrift:
Seestr. 10
13353 Berlin

22.04.04

FSME-Impfung in Bayern

Sehr geehrter [REDACTED]

der Vorsitzende der Ständigen Impfkommission (STIKO) hat das Robert Koch-Institut gebeten, die Beantwortung Ihrer o. g. Anfrage bezüglich einer Risiko-Nutzen-Analyse zur FSME-Impfung, insbesondere für Bayern, zu übernehmen.

Dazu teilen wir Ihnen mit, dass das Infektionsschutzgesetz keine Vorgaben oder Einschränkungen für die Erstellung der Empfehlungen durch die STIKO enthält.

Praktisch macht sie zur Voraussetzung einer Empfehlung, dass ein Impfstoff zur Verfügung steht, dessen Wirksamkeit und Unbedenklichkeit im arzneimittelrechtlichen Zulassungsverfahren festgestellt sind. Zuständig für dieses Verfahren ist, wie wir Ihnen bereits früher mitgeteilt haben, das Paul-Ehrlich-Institut.

Die STIKO empfiehlt die Impfung gegen FSME nur für solche Personengruppen, die potentiell einem relevanten Expositions- bzw. Erkrankungsrisiko ausgesetzt sind. Hervorgehoben wird in den Empfehlungen die individuelle Gefährdung durch eine mögliche Zeckenexposition in einem Risikogebiet als Voraussetzung für die Impfindikation.

Darüber hinausgehende und in vorangegangenen Schriftwechseln wohl missverständlich so oder ähnlich bezeichnete „Nutzen-Risiko-Analysen“ bestehen nicht.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Dr. med. Gernot Rasch

Ihr Zeichen

30.03.04
Unser Zeichen

Abt.3/2-6503/601

Tel. 01888.754- 3539
Fax 01888.754- 3533

RaschG@rki.de

Besucheranschrift
Robert Koch-Institut
Nordufer 20
13353 Berlin

Tel. 01888.754-0
Fax 01888.754-23 28
www.rki.de



21. JAN. 2004 12:49

BMGS LEITUNGSABTEIL.

RUDOLF KRAUS MDB

S.

01/02

NR. 3538

S. 1



Bundesministerium
für Gesundheit
und Soziale Sicherung

310

Mitglied des Deutschen Bundestags
Herrn Rudolf Kraus
11011 Berlin

13191

Ulla Schmidt

Bundesministerin

Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Am Propsthof 78a, 53121 Bonn

POSTANSCHRIFT 53108 Bonn

TEL +49 (0)1888 441-1000

FAX +49 (0)1888 441-4900

E-MAIL poststelle@bmgs.bund.de

Bonn, 5. Januar 2004

Sehr geehrter Herr Kollege,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 13. November 2003, in dem Sie bitten, zu der Bürgeranfrage des Herrn [REDACTED] aus Neumarkt betreffend HIV/AIDS Stellung zu nehmen.

Bei der o. g. Anfrage handelt es sich um eines der Schreiben mit ständig wiederkehrendem Argumentationsmuster, die die Existenz des HIV-Virus anzweifeln. Sie werden von verschiedenen Personen sowohl an viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages als auch an das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung sowie an nachgeordnete Institute gerichtet.

Selbstverständlich gilt das Humane Immundefizienz-Virus (HIV) - im internationalen wissenschaftlichen Konsens - als wissenschaftlich nachgewiesen. Die Kriterien hierfür werden nicht durch einen Verwaltungsakt festgelegt, sondern beruhen auf einer wissenschaftlichen Diskussion und Bewertung. Hierbei kann es vorkommen, dass einige Wissenschaftler mehr oder minder fundierte abweichende Meinungen vertreten. Dies ist Teil der Freiheit von Lehre und Forschung und der freien Meinungsäußerung.

Die vorgebrachten Behauptungen bezüglich der Zuverlässigkeit der HIV-Nachweise sind falsch. Eine fahrlässige oder gar absichtliche Gefährdung von Menschen durch die Zulassung von HIV-Diagnostika liegt nicht vor. Die HIV-Suchtests sind ganz bestimmten Zulassungskriterien unterworfen. Ihre Einhaltung und Überprüfung hat dazu geführt, dass die

Seite 2 von 2

HIV-Diagnostik heute einen enorm hohen Sicherheitsstandard erreicht hat. Dazu kommen regelmäßige Reevaluierungen seitens des Paul-Ehrlich-Instituts, bei denen Tests, die nicht mehr die notwendige Sensitivität aufweisen, vom Markt genommen werden. Mit den heute zur Verfügung stehenden HIV-Antikörpertests konnte das Risiko einer HIV-Infektion im Blutspendewesen auf unter 1 : 1.000.000 gesenkt werden, wobei die Infektionen, die weiterhin auftreten, mit hoher Wahrscheinlichkeit darauf zurückzuführen sind, dass der Spender zum Zeitpunkt der Spende sich im „diagnostischen Fenster“ befand, d.h. der Test aufgrund des frühen Zeitpunkts nach der Infektion noch nicht ansprechen konnte.

Für die medikamentöse Behandlung einer HIV-Infektion wurden die therapeutischen Ziele und Optionen national und international seit den Anfängen der HIV-Epidemie immer weiter entwickelt und aktualisiert entsprechend dem wissenschaftlich-technischen Erkenntnisstand. Für diese Therapie, die zu einer deutlichen Steigerung der Lebensqualität für die Betroffenen und ein Hinauszögern des Ausbruchs von AIDS führt, werden heute Kombinationen aus antiretroviralen Medikamenten (u.a. AZT, Zidovudin und Proteasehemmern) eingesetzt, die eine reguläre Zulassung haben und entsprechend überprüft sind.

Mit freundlichen Grüßen



Referenten bezeichnen Impfen als schädlich

Vortrag über Impf- und Infektionstheorie

Rosenheim (vs) – Ein Vortrag mit dem Titel „Impfen?“ fand am Donnerstag im Begegnungssaal der Arbeiterwohlfahrt statt. Die Referenten, Dr. Stefan Lanka und Karl Krafeld, legten ihre erstaunlichen Ergebnisse über Infektions- und Impftheorie und deren Zusammenhänge dar.

„Schluss mit lustig“ – mit dieser im Laufe des Vortrags oft wiederholten Forderung begann der Gesellschaftswissenschaftler Karl Krafeld aus Dortmund seine Ausführungen. Die Zuhörer wurden mit Aussagen konfrontiert, die auf die absolute Nutzlosigkeit, ja sogar totale Schädlichkeit von Impfungen hinwiesen. „Keine Gesundheitsbehörde kann die Viren, die Mumps, Masern, Polio und andere Krankheiten auslösen, nachweisen“, erklärte Krafeld.

Bei bakteriellen Erkrankungen hingegen, wie Diphtherie oder Tetanus, würden die einzigen beweisenden wissenschaftlichen

Arbeiten aus dem 19. Jahrhundert stammen. Außerdem würden bei jeder Impfung Nervengifte in Form von Quecksilber oder Aluminium in den Körper gelangen.

Der Biologe Dr. Stefan Lanka aus Stuttgart bestätigte die Aussagen seines Vortragspartners: „Für die Isolierung tödlicher Viren gibt es keinerlei Beweise.“ Auch der HI-Virus wäre nie isoliert worden und damit nicht nachweisbar. Zwar gäbe es Fotos des Virus, doch seien diese reiner Betrug. Lanka wollte dieses mit Aufnahmen isolierter Viren beweisen, die ausschließlich gleichmäßige Teilchen zeigten. Beim Foto des HI-Virus sei diese Gleichmäßigkeit allerdings nicht gegeben.

„Niemals ist ein Krankheitsbild durch isolierte Bakterien oder Viren noch einmal ausgelöst worden“, so Lanka. Bewiesen sei dieser Umstand schon 1892 von Max von Pettenkofer, der mit Cholera-Bakterien versetzte Flüssigkeit trank, um zu zeigen, dass diese

Krankheit keinesfalls ansteckend sei.

Die Referenten legten den Zuhörern nahe, sich selbst von dem Betrug rund ums Impfen zu überzeugen. „Man muss einfach jenen, die das Impfen empfehlen, die Frage stellen, wo es denn einen zeitgemäßen wissenschaftlichen Beweis für den Virus gibt“, erklärte Lanka. Man solle bei Impfungen auch nach dem Beipackzettel fragen und sich die Zusammensetzung des Stoffes ansehen. Oft wären die Inhaltsstoffe aber gesetzlich geschützte Geheimnisse.

Karl Krafeld brachte es so auf den Punkt: „Jede Impfung bedeutet eine gesundheitliche Schädigung. Jeder Impfstoff müsste eigentlich vom Markt genommen werden.“

Wer mehr über die Theorien von Krafeld und Lanka wissen will, kann diese auch in deren Buch „Impfen – Völkermord im dritten Jahrtausend?“ nachlesen, das im Piroloverlag erschienen ist.

ÜBERBAYERISCHES
VOLKSBLATT LOKALES

Dienstag, 25. September 2001

Referenten bezeichnen Impfen als schädlich

Vortrag über Impf- und Infektionstheorie

Karl Krafeld brachte es so auf den Punkt: „Jede Impfung bedeutet eine gesundheitliche Schädigung. Jeder Impfstoff müsste eigentlich vom Markt genommen werden.“

IfSG

§ 1 Zweck des Gesetzes

(1) Zweck des Gesetzes ist es, übertragbaren Krankheiten beim Menschen vorzubeugen, Infektionen frühzeitig zu erkennen und ihre Weiterverbreitung zu verhindern.

(2) Die hierfür **notwendige** Mitwirkung und Zusammenarbeit

von Behörden des Bundes, der Länder und der Kommunen, Ärzten, Tierärzten, Krankenhäusern, wissenschaftlichen Einrichtungen sowie sonstigen Beteiligten

soll

entsprechend dem **jeweiligen Stand**

der medizinischen und epidemiologischen

Wissenschaft und Technik

gestaltet und unterstützt werden.

2. Die Eigenverantwortung der Träger und Leiter von Gemeinschaftseinrichtungen, Lebensmittelbetrieben, Gesundheitseinrichtungen sowie des Einzelnen bei der Prävention übertragbarer Krankheiten soll verdeutlicht und gefördert werden.

IfSG

§ 2 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Gesetzes ist

11.

Impfschaden

die gesundheitliche und wirtschaftliche Folge einer

über das übliche Ausmaß einer Impfreaktion

hinausgehenden

gesundheitlichen Schädigung

durch **die Schutzimpfung;**

ein Impfschaden liegt auch vor, wenn mit vermehrungsfähigen Erregern geimpft wurde und eine andere als die geimpfte Person geschädigt wurde,

13-JUL-03 20:53

Matthias Paulik / Schöneck

+49 6187 992595

SEITE: 1

**Bundesministerium
für Gesundheit
und Soziale Sicherung**

Bundeshauptstadt Bonn, Ministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, 53108 Bonn

REFERAT 319
BEARBEITET VON Werner Kuhlmann
HAUSANSCHRIFT Am Propsthof 78a, 53121 Bonn
POSTANSCHRIFT 53108 Bonn
LIEFERANSCHRIFT Am Propsthof 78a, 53121 Bonn
TEL +49 (0)1888 441-3235
FAX +49 (0)1888 441-4983
E-MAIL werner.kuhlmann@bmgs.bund.de
INTERNET <http://www.bmgs.bund.de>

Bonn, 17. Juni 2003

AZ 319-08

Betreff: Impfungen

Bezug: Ihr Schreiben vom 27. Mai 2003

Sehr geehrte |

vielen Dank für Ihr Schreiben, in dem Sie dazu auffordern, u.a. die Behauptungen der Herrn Dr. Buchwald, Dr. Lanka u.a. durch Vorlage von wissenschaftlichen Beweisen zu widerlegen.

Ich teile Ihre Auffassung, dass diese Behauptungen Leser bzw. Zuhörer verunsichern, da diese Ansichten die nachgewiesenen wirksamen Impfpräventionsmaßnahmen in Frage stellen.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung erreichen - ausgehend von den Aktivitäten des Herrn Dr. Lanka - derzeit eine ganze Reihe derartiger, überwiegend gleich lautender Anfragen zu den unterschiedlichsten bakteriellen und viralen Erkrankungen, deren Weiterverbreitung maßgeblich durch aktive Immunisierung in der Bundesrepublik und europaweit zurückgedrängt werden konnte.

Da das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung in Folge mangelnder fachlicher Diskursfähigkeit der oben Genannten mit sachlichen Argumenten keine Überzeugungsarbeit leisten konnte, werden entsprechende Anfragen vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und den Bundesinstituten nicht mehr beantwortet, es sei denn, es werden neue Sachverhalte dargelegt.

Seite 2 von 4

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir den Hinweis, dass es nicht zu den Aufgaben des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung gehört, dafür Sorge zu tragen, weltweit zugängliche wissenschaftliche Literatur (z.B. Virologisches Standardwerk Fields: Griffin, D.E., Bellini, W.J. Measles Virus in: Virology, Third Edition, edited by Fields B.N., Knipe, D.M., Howley, P.M. Vol. 1, 1287-1312, 1996, oder das deutschsprachige Lehrbuch „Virusdiagnostik“, Hrsg. T. Porstmann, erschienen bei Blackwell, 1996) zur Verfügung zu stellen und vereinzelt Personen von den naturwissenschaftlichen medizinischen Ergebnissen der Forschung in den vergangenen Jahrzehnten zu überzeugen.

Jedoch möchte ich noch ein paar Anmerkungen zum Thema „Impfen“ machen:

In Deutschland gibt es heute keine Pflichtimpfungen mehr. Alle Impfungen sind freiwillig. Und so gehört der Entschluss für oder gegen Impfungen zum Schutz der Kinder vor Infektionskrankheiten zu den frühen Entscheidungen, die Eltern treffen müssen. Ihrem Schreiben entnehme ich, dass Sie Zweifel haben an der Notwendigkeit von Impfungen und auch in Sorge sind hinsichtlich des Risikos von Impfschädigungen.

Zunächst sollten Sie hinsichtlich Ihrer Bedenken ein Gespräch mit Ihrem Kinderarzt führen. Der behandelnde Arzt ist verpflichtet, vor der Impfentscheidung ein Aufklärungsgespräch mit den Eltern zu führen. Die Aufklärungspflicht über Impfrisiken muss stets so umfassend sein, dass den Eltern das Wissen vermittelt wird, das für eine wirksame Einwilligung in die Behandlung benötigt wird. Die Einwilligung ist Rechtfertigungsgrund für die durch die Behandlung tatbestandmäßig vorliegende Körperverletzung.

Zum Inhalt der ärztlichen Informationspflichten bei Impfungen hat der 3. Senat des BGH in einem grundlegenden Urteil (BGHZ 126, 386) festgestellt, dass hier schon sehr niedrige Zwischenfallsquoten ausreichen, eine Warnpflicht zu begründen. Denn im Vergleich zur Eingriffsaufklärung besteht bei der Sicherheitsaufklärung weniger Anlass zu der ärztlichen Sorge, der Patient erleide Nachteile durch Hinweise über Gebühr. Der Arzt muss alles in seinen Kräften stehende tun, seinen Patienten vor Schaden zu bewahren. Versäumnisse bei der Sicherheitsaufklärung sind solche der Gefahreicherung; sie sind Behandlungsfehler.

Die Art und Weise, wie der Patient/Erziehungsberechtigte aufzuklären ist, steht nach der ständigen Rechtsprechung des BGH regelmäßig im pflichtgemäßen Beurteilungsermessen des behandelnden Arztes. Die Aufklärung ist grundsätzlich auch anhand eines Merkblattes möglich. Der Patient/Erziehungsberechtigte muss dann in jedem Fall die Möglichkeit haben, weitere Informationen in einem persönlichen Gespräch mit dem Arzt erhalten zu können (vgl.

BGH VI/48/99)

§ 2 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Gesetzes ist

9.

Schutzimpfung

die Gabe eines Impfstoffes **mit dem Ziel**,

vor einer **übertragbaren Krankheit**

zu schützen,

2.

Infektion

die Aufnahme eines **Krankheitserregers**

und seine nachfolgende Entwicklung oder Vermehrung im menschlichen Organismus,

3.

übertragbare Krankheit

eine durch **Krankheitserreger** oder **deren toxische Produkte**, die
unmittelbar oder mittelbar auf den Menschen übertragen werden,

verursachte Krankheit,

1.

Krankheitserreger

ein vermehrungsfähiges **Agens (Virus, Bakterium, Pilz, Parasit)**

oder ein sonstiges biologisches transmissibles Agens,

das bei Menschen eine

Infektion oder übertragbare Krankheiten

verursachen kann,



Epidemiologisches Bulletin

25. Juli 2008 / Nr. 30

AKTUELLE DATEN UND INFORMATIONEN ZU INFektionsKRANKHEITEN UND PUBLIC HEALTH

Mitteilung der Ständigen Impfkommission am Robert Koch-Institut: **Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) am Robert Koch-Institut/Stand: Juli 2008**

Die neu gefassten Impfeempfehlungen der STIKO wurden auf der 57. und 58. Sitzung verabschiedet und gelten nach Eingang der Stellungnahmen ab Juli 2008 als bestätigt. Sie ersetzen die im *Epidemiologischen Bulletin* des RKI (*Epid. Bull.*) 30/2007 veröffentlichten Impfeempfehlungen der STIKO/Stand: Juli 2007. Begründungen und Erläuterungen zu den Änderungen der STIKO-Empfehlungen ab Juli 2008 werden in Kürze im *Epidemiologischen Bulletin* 31/2008 und auf den Internetseiten des RKI (www.rki.de) verfügbar sein.

Änderungen gegenüber 2007 sind farblich im Text und am Rand gekennzeichnet.

Vorbemerkungen

Impfungen gehören zu den wirksamsten und wichtigsten präventiven Maßnahmen auf dem Gebiet der Medizin. Moderne Impfstoffe sind gut verträglich; bleibende unerwünschte gravierende Arzneimittelwirkungen werden nur in ganz seltenen Fällen beobachtet. Unmittelbares Ziel der Impfung ist es, den Geimpften vor einer Krankheit zu schützen. Bei Erreichen hoher Durchimpfungsgrade ist es möglich, einzelne Krankheitserreger regional zu eliminieren und schließlich weltweit auszurotten. Die Eliminierung der Masern und der Poliomyelitis ist erklärtes und erreichbares, für die Poliomyelitis in Europa ein (im Juni 2002) bereits erreichtes Ziel nationaler und internationaler Gesundheitspolitik.

In der Bundesrepublik Deutschland besteht keine Impfpflicht. Impfungen von besonderer Bedeutung für die Gesundheit der Bevölkerung und andere Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe sollen von den obersten Gesundheitsbehörden der Länder auf der Grundlage der STIKO-Empfehlungen entsprechend § 20 Abs. 3 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) „öffentlich empfohlen“ werden. Versorgung bei Impfschäden durch „öffentlich empfohlene“ Impfungen leisten die Bundesländer.

Für einen ausreichenden Impfschutz der von ihm betreuten Personen zu sorgen, ist eine wichtige Aufgabe des Arztes. Dies bedeutet, die Grundimmunisierung bei Säuglingen und Kleinkindern frühzeitig zu beginnen, ohne Verzögerungen durchzuführen und zeitgerecht abzuschließen. Nach der Grundimmunisierung ist bis zum Lebensende ggf. durch regelmäßige Auffrischimpfungen sicherzustellen, dass der notwendige Impfschutz erhalten bleibt und – wenn indiziert – ein Impfschutz gegen weitere Infektionskrankheiten aufgebaut wird. Arztbesuche von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen sollten dazu genutzt werden, die Impfdokumentation zu überprüfen und im gegebenen Fall den Impfschutz zu vervollständigen.

Die **Impfleistung des Arztes** umfasst neben der Impfung:

- ▶ Informationen über den Nutzen der Impfung und die zu verhütende Krankheit,
- ▶ Hinweise auf mögliche Nebenwirkungen und Komplikationen,
- ▶ Erhebung der Anamnese und der Impfanamnese einschließlich der Befragung über das Vorliegen möglicher Kontraindikationen,
- ▶ Feststellen der aktuellen Befindlichkeit zum Ausschluss akuter Erkrankungen,
- ▶ Empfehlungen über Verhaltensmaßnahmen im Anschluss an die Impfung,
- ▶ Aufklärung über Beginn und Dauer der Schutzwirkung,
- ▶ Hinweise zu Auffrischimpfungen,
- ▶ Dokumentation der Impfung im Impfausweis bzw. Ausstellen einer Impfbescheinigung.

Diese Woche 30/2008

Empfehlungen der
Ständigen Impfkommission
(STIKO) am RKI

Stand: Juli 2008



Spezielle Hinweise zur Durchführung von Schutzimpfungen

Impfungen bei gehäuftem Auftreten oder Ausbrüchen von Meningokokken-Erkrankungen

- ▶ Unter einem „**Ausbruch von Meningokokken-Erkrankungen**“ versteht man zwei oder mehr Erkrankungen der gleichen Serogruppe binnen 4 Wochen in einer Kindeinrichtung, Schulklasse, Spielgruppe, einer Gemeinschaftseinrichtung mit haushaltsähnlichem Charakter (Wohnheim, Internat, Kasernenstube u. a.);
- ▶ unter „**regional gehäuftem Auftreten**“ versteht man drei oder mehr Erkrankungen der gleichen Serogruppe binnen 3 Monaten
 - in einem begrenzten Alterssegment der Bevölkerung (z. B. Jugendliche) eines Ortes oder
 - in einer Region mit einer resultierenden Inzidenz von $\geq 10/100.000$ der jeweiligen Bevölkerung.

In Ergänzung zur Antibiotikaprophylaxe für enge Kontaktpersonen (s. Tab. 2, S. 244, sowie Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie – DGPI – oder des Nationalen Referenzzentrums Meningokokken sowie Ratgeber des RKI) können die zuständigen Gesundheitsbehörden zusätzlich eine Impfprophylaxe empfehlen, sofern das gehäufte Auftreten oder der Ausbruch durch einen impfpräventablen Stamm hervorgerufen wurde. Begründet ist die Impfprophylaxe dadurch, dass die Möglichkeit des Auftretens weiterer Erkrankungen bis zu einigen Monaten nach Beginn der ersten Erkrankungen besteht.

- ▶ Einbeziehen kann man bei einem Ausbruch in Analogie zur Antibiotikaprophylaxe die engen Kontaktpersonen in den Haushalten der Erkrankten sowie deren Intimpartner und die engen Kontaktpersonen in Kindeinrichtung, Schulklasse, Spielgruppe sowie in Gemeinschaftseinrichtungen mit haushaltsähnlichem Charakter.
- ▶ Bei regional gehäuftem Auftreten ist die Entscheidung der zuständigen Gesundheitsbehörden in Abwägung von epidemiologischen und zeitlichen Zusammenhängen der Erkrankungen, ihrer Altersverteilung, dem Grad der öffentlichen Besorgnis und der Machbarkeit der Maßnahmen zu treffen.

Zur Impfung können die mit der den Ausbruch verursachenden Meningokokken-Serogruppe korrespondierenden zugelassenen Polysaccharid- oder konjugierten Impfstoffe (1 Impfung) eingesetzt werden, für Kinder unter 2 Jahren kommen gegen MenC-Erkrankungen nur konjugierte Impfstoffe in Frage.

Bei jedem Verdacht auf eine Meningokokken-Meningitis sollte deshalb umgehend Material zur Erregerisolierung an ein geeignetes Labor gesendet werden. Das Gesundheitsamt sollte auf die möglichst schnelle Übersendung der isolierten Meningokokken an das NRZ dringen, um deren Feintypisierung zu gewährleisten und bei einer Häufung eine Impfprävention empfehlen zu können.

Impfung gegen FSME für Kinder

FSME-Erkrankungen bei Kindern verlaufen im Allgemeinen leichter als bei Erwachsenen, vorwiegend unter dem Bild einer Meningitis, seltener unter dem Bild einer Enzephalitis. Nur in Einzelfällen ist über neurologische Restschäden berichtet worden. Da Fieberreaktionen von $>38^\circ\text{C}$ bei 1- bis 2-jährigen geimpften Kindern in 15 % beobachtet wurden (gegenüber 5 % bei 3- bis 11-jährigen Kindern), wird vor der Impfung von Kindern unter 3 Jahren gemeinsam mit den Eltern eine besonders sorgfältige Indikationsstellung empfohlen. Im Übrigen gelten für den Kinder-Impfstoff wie für den Erwachsenen-Impfstoff die in Tabelle 2, S. 241, dargelegten Grundsätze einer Indikationsimpfung einschließlich der in der Tabelle enthaltenen Hinweise zu Risikogebieten und zur Saisonalität der Erkrankung.

Aufklärungspflicht vor Schutzimpfungen

Die Aufklärung ist ein wichtiger Teil der Impfleistung des Arztes (s. Vorbemerkung). Vor Durchführung einer Schutzimpfung hat der Arzt die Pflicht, den Impfling oder den anwesenden Elternteil bzw. Sorgeberechtigten über die zu verhütende Krankheit und die Impfung aufzuklären, damit sie über die Durchführung der Impfung entscheiden können. Die Aufklärung sollte umfassen: Informationen über die zu verhütende Krankheit und den Nutzen der Impfung, die Kontraindikationen, Durchführung der Impfung, den Beginn und die Dauer des Impfschutzes, das Verhalten nach der Impfung, mögliche unerwünschte Arzneimittelwirkungen und Impfkomplicationen (s. *Epid. Bull.* 25/2007; www.rki.de > Infektionsschutz > Epidemiologisches Bulletin > Archiv > 2007/25) sowie die Notwendigkeit und die Termine von Folge- und Auffrischimpfungen.

Für öffentliche Impftermine wird eine vorherige Aufklärung in schriftlicher Form empfohlen. Eine Gelegenheit zu weitergehenden Informationen durch ein Gespräch mit dem Arzt muss aber gegeben sein. Aufklärungsmerkblätter für Impfungen durch die niedergelassenen Ärzte sind z. B. verfügbar beim Deutschen Grünen Kreuz, Schuhmarkt 4, 35037 Marburg, und beim proCompliance Verlag GmbH, Weinstraße 70, 91058 Erlangen. Außerdem stehen Aufklärungsmerkblätter über die Homepage des „Forum impfende Ärzte“ (www.forum-impfen.de) mit Passwort unentgeltlich zur Verfügung.

Die Merkblätter enthalten auch einen zur jeweiligen Impfung adäquaten Fragebogen zum Gesundheitszustand des Impflings und zu vorausgegangenen Schutzimpfungen. Ergeben sich bei der Beantwortung Unklarheiten, ist in jedem Fall ein Gespräch mit dem Impfling oder den Eltern bzw. Sorgeberechtigten erforderlich. Die Merkblätter enthalten eine Einwilligungserklärung. Bei Minderjährigen ist regelmäßig die Einwilligung der Eltern bzw. Sorgeberechtigten einzuholen. Jugendliche können selbst einwilligen, wenn sie die erforderliche Einsichts- und Entscheidungsfähigkeit besitzen; das ist in der Regel mit 16 Jahren der Fall. Bei Einzelimpfungen ist die mündliche Form der Aufklärung ausreichend. Es bedarf zur Einwilligung auch keiner

An den Leiter
des Gesundheitsamtes
Herr Dr. Sperber
Neumarkt
Fax: 470320

Dr. Erich Weber
Nibelungenstr. 3
92318 Neumarkt

Neumarkt, 14.11.2004

Bitte Nachfrage wie vereinbart weiterleiten: Wirksamkeit von Impfstoffen, speziell MMR und Anfrage zur Zulassung der Windpocken-Impfung

Sehr geehrter Herr Dr. Sperber,

wie auf dem Vortrag zu den Neumarkter Präventionstagen besprochen, sende ich Ihnen eine Anfrage an das Paul-Ehrlich-Institut, auf die ich bis heute keine Antwort bekommen habe.

Nachdem in den Vorträgen die Schutzwirkung von Impfungen behauptet wurde, müssten Ihnen entsprechende Unterlagen durch das PEI zugänglich gemacht werden können. Dies wurde jedoch in den vergangenen Jahren von vielen Seiten her ohne Erfolg versucht. Details zu den Anfragen können Sie nachlesen unter <http://www.klein-klein-aktion.de>.

Da Sie zur Grippeimpfung meine Nachfrage an Dr. Uphoff nicht kannten, sende ich Ihnen diese ebenfalls als Anlage mit. In einem langen Briefwechsel hat sich herausgestellt, dass Dr. Uphoff, der damalige Leiter der AGI Influenza in der STIKO keinen Wirksamkeitsnachweis hatte und auch nicht willens war, einen solchen zu erbringen. Er wusste offensichtlich um die Aussichtslosigkeit dieses Unterfangens. Trotzdem wird die Grippeimpfung, auch in Neumarkt weiter beworben. Dies ist gegen das Infektionsschutzgesetz, das einen Wirksamkeitsnachweis fordert.

Ich bitte Sie um eine Rückmeldung, sobald Sie irgendeine Antwort des PEI bekommen. Ich gehe auch davon aus, dass Sie mit weiteren Werbeaktionen vorsichtig sind, solange die Wirksamkeit nicht klar bewiesen ist (wie Sie dies ja bei der Windpockenimpfung Ihren eigenen Angaben zufolge heute schon tun). Es darf nicht sein, dass in der Presse die Bevölkerung zum Impfen auf Kosten der Allgemeinheit aufgerufen wird, obwohl außer Schäden nichts bewiesen ist.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Erich Weber (per PC-Fax)

Anlagen:

2 Seiten mit Briefen an das PEI, Frau Dr. Stöcker

1 Seite mit der Aussage von Dr. Uphoff zum fehlenden Wirksamkeitsnachweis der Grippeimpfung

Landratsamt Neumarkt i. d. OPf. - Gesundheitsamt -



Landratsamt Neumarkt i. d. OPf. - Postfach 1405 - 92304 Neumarkt

Herrn
Dr. Erich Weber
Nibelungenstr. 3

92318 Neumarkt

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom: hob
Unser Zeichen: 60/Dr. Sp./nb.
Sachbearbeiter: Dr. Sperber
Zimmer-Nr.:

Telefon: 09181/470-514
Telefax: 09181/470-500
eMail:

Datum: 10. Januar 2005


Anfrage an das Paul-Ehrlich-Institut

Sehr geehrter Herr Dr. Weber,

wie vereinbart, habe ich am 19. November 2004 Ihre Anfrage an das Paul-Ehrlich-Institut weitergeleitet.

Bis jetzt habe ich noch keine Antwort bekommen.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. med. Heinz Sperber
Medizinaldirektor

Hausanschrift:
92318 Neumarkt, Nürnberger Straße 1
Telefon: (09181) 470-0
Telefax: (09181) 470 320
eMail: landratsamt@landkreis.neumarkt.de

Besuchszeiten:
Mo., Di. 8.00 - 18.00 Uhr
Mi., Fr. 8.00 - 12.00 Uhr
Do. 8.00 - 18.00 Uhr

Konten:
261 000 Sparkasse Neumarkt
114 000 Raiffeisenbank Neumarkt
4827-853 Postscheckamt Nürnberg

BLZ
750 520 80
750 895 83
750 100 85

Stadtbushaltestellen:

Linien 561/562

Bitte vereinbaren Sie Termine auch während der Öffnungszeiten!

RISCHES VOLKSBLATT

NHEIM · BAD AIBLING

1001

OVB 29/30.9.01

„Impfungen - Segen für die Menschheit“

Vortrag von Impfgegnern sorgt für Empörung

Rosenheim/Landkreis (la) – Für Verwirrung unter vielen Patienten und Empörung in der hiesigen Ärzteschaft sorgte ein Vortrag von zwei Referenten des Vereins „Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte“. Sie nahmen auf Einladung von „Frauen fordern Frieden e.V. Rosenheim“ zum Thema „Impfen“ Stellung. Dabei bezeichneten sie Impfen generell als „schädlich“ und forderten, dass „jeder Impfstoff eigentlich vom Markt genommen“ werden müsste.

Seitdem meldeten sich zahlreiche Patienten bei ihren behandelnden Ärzten und forderten Aufklärung. Sie seien völlig verunsichert. Viele wollten sich, so der Vorsitzende des Ärztlichen Kreisverbandes Rosenheim, Dr. med. Simon Weber, beispielsweise auch nicht mehr gegen Grippe impfen lassen.

Mit Chefarzt Dr. Peter Peller vom Klinikum Rosenheim ist sich Dr. Weber einig: „Impfungen sind eine der wichtigsten medizinischen Segnungen der

Menschheit.“ Sie hätten bei den meisten Infektionskrankheiten Tod und unsägliches Leid von den Menschen genommen.

„Noch vor 50 Jahren“, so Dr. Peller, „erkrankten Millionen von Menschen an Pocken.“ Der „Todesengel der Kinder“ – die Diphtherie – sei verschwunden. Es gebe keine Kinderlähmung mehr, die Tausenden von Kindern Tod und unerträgliche Behinderungen gebracht habe. Peller: „Wir stehen Dank der Impfungen vor der Ausrottung der Masern, des Mumps und der Röteln.“ Die heutigen Impfstoffe seien hoch wirksam, sicher und ohne wesentliche Nebenwirkungen. Jahrzehntelange exakte wissenschaftliche Forschung habe dies alles bewirkt.

Wie Dr. Weber vom Ärztlichen Kreisverband erläuterte, sei durch Impfungen um das Jahr 1900 weltweit der entscheidende medizinische Fortschritt eingetreten. Allein durch die Impfungen gegen Diphtherie sei die Kindersterblichkeit ge-

waltig zurückgegangen. Noch um das Jahr 1870 sei in Deutschland über ein Drittel aller Kinder im Alter bis zu zwölf Jahren an Diphtherie gestorben. 1930 sei diese Zahl – es gab noch keine Antibiotika – durch Impf-Aktionen auf knapp zehn Prozent gesunken.

Die in dem Anti-Impf-Vortrag von Rosenheim angeführten Argumente der Referenten Karl Krafeld aus Dortmund und Dr. Stefan Lanka aus Stuttgart seien wissenschaftlich nicht anerkannt, erklärte Dr. Weber.

Ferner habe sich der Ärztliche Kreisverband mit der Satzung des Vereins „Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte“ befasst und festgestellt, dass einige Passagen vermutlich sogar eine Verunglimpfung der staatlichen Organe darstellten. Der Ärztliche Kreisverband werde sich deshalb umgehend an die bayerische Staatsregierung wenden, und darum bitten, diesen Verein näher unter die Lupe zu nehmen.

Karl Krafeld, Albrechtstr. 17, 44137 Dortmund

An die
Ärztinnen und Ärzte
im Ärztlichen Kreisverband
Rosenheim

Dortmund, 23.10.2001

**Btr.: Nichtinnahme der Verlogenheit und Verleumdung durch die Rosenheimer
Ärztinnen und Ärzte vertreten durch Dr. med. Simon Weber, Vorsitzender des
Ärztlichen Kreisverbandes Rosenheim.**

Sehr geehrte Damen und Herren

in der Anlage sende ich Ihnen eine Ablichtung der Schadensersatzforderung infolge der öffentlichen Rufschädigung die Herr Dr. Weber in Funktion als Vorsitzender des Ärztlichen Kreisverbandes Rosenheim im Auftrage der Ärztinnen und Ärzte in Rosenheim öffentlich am 29./30.9.01 in dem Oberbayerisches Volksblatt gegen uns absichtlich tätigte.

Herr Dr. Weber zieht hiermit jede Ärztin, jeden Arzt in Rosenheim ins Abseits des berechtigten Vertrauens der Patienten. Einem Arzt, der seine ärztliche Praxis, hier seine Impfpraxis nicht mit dem Zugänglichmachen von den geforderten wissenschaftlichen Beweisen sondern mit einer plump dreisten Lüge (über unsere Satzung, die er nicht kennt) und mit Verleumdungen absichtlich zu sichem sucht, kann und darf kein Patient Vertrauen entgegen bringen.

Herr Dr. Weber zieht jede Rosenheimer Ärztin, jeden Arzt in Rosenheim mit seinem Vorgehen absichtlich in dieselbe Situation: Die Rosenheimer Patienten können ihren Ärzten nicht trauen. Dieses Verhalten des Dr. Weber gegenüber seinen Kolleginnen und Kollegen ist ungeheuerlich. „Wer einmal lügt, dem darf man nicht unüberprüft glauben.“

**Es ist Angelegenheit jedes einzelnen Arztes, inwieweit dieses den Ruf und das
berechtigte Vertrauen der Rosenheimer Ärzteschaft schädigende Verhalten des Herrn
Dr. Weber hingenommen wird.**

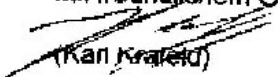
Wir beabsichtigen, am 21. Nov. 01 in Rosenheim eine weitere Veranstaltung zu „Impfen“ durchzuführen. Da werden wir auch öffentlich darlegen, wie die Rosenheimer Ärzteschaft, wie einzelne Ärzte mit diesem Verhalten ihres Vorsitzenden umgegangen sind.

Zur Sachlage der Beweislage, daß den Gesundheitsbehörden in deutschsprachigen Europa bekannt ist, daß es sämtlichen Impfungen gegen behauptete virale Infektionskrankheiten an der Erfüllung der wissenschaftlichen Grundvoraussetzung, dem Nachweis des behaupteten Virus auf dem heutigen Stand der Wissenschaft und Technik, mangelt und als wissenschaftlicher Beweis für die behaupteten bakteriellen Infektionskrankheiten lediglich Bezug auf Arbeiten des 19. Jh. genommen wird, verweise ich auf das Internet:
www.klein-klein-aktion.de www.bung.at/impfnet

Ich weise darauf hin, daß Dr. Weber die von mir geforderte Erklärung, daß er die Angelegenheit sorgfältig prüfen wird, bis zum 22.Okt. 01 **nicht abgegeben hat.**

Mit freundlichem Gruß

Anlagen


(Karl Krafeld)

Rechtsanwalt Roland Kuhnigk

zugelassen beim

Landgericht Traunstein

Oberlandesgericht München

Bayerischen Obersten Landesgericht

Rechtsanwalt Roland Kuhnigk, Sedanstr. 3, 83043 Bad Aibling

Herrn Karl Krafeld

Herrn Dr. Stefan Lanka

Albrechtstr. 17

44137 Dortmund

83043 Bad Aibling, den 20.11.2001/jb

Sedanstr. 3

Telefon 0 80 61 / 60 90

Telefax 0 80 61 / 33 53

Bankverbindungen:

Volksbank Bad Aibling Kto.-Nr. 50 44 91, BLZ 711 900 00

Postbank München Kto.-Nr. 160 95-805, BLZ 700 100 80

Forum Rosenheimer Hausärzte / J. Karl Krafeld und Dr. Stefan Lanka

Sehr geehrter Herr Krafeld,
sehr geehrter Herr Dr. Lanka,

Herr Dr. Nikolaus Klecker hat mich für das Forum Rosenheimer Hausärzte beauftragt, eine Stellungnahme zu Ihrem Rundschreiben vom 23.10.2001 an die Angehörigen des ärztlichen Kreisverbandes Rosenheim abzugeben.

Das FROH besteht aus engagierten Rosenheimer Hausärzten, edie sich regelmäßig zum Erfahrungsaustausch treffen, darunter auch Herr Dr. Simon Weber.

Die angeschriebenen 9 Mitglieder des FROH legen Wert auf die Feststellung der uneingeschränkten Solidarität mit Herrn Dr. Weber. Die von Ihnen erhobenen Beschuldigungen gegen Herrn Dr. Weber werden mit Nachdruck zurückgewiesen. Die Thesen, die Sie in den Schreiben und diversen Flugblättern vertreten, können keinerlei Anspruch auf sorgfältige Prüfung erheben. Die Behauptungen in einem von Ihnen verbreiteten Flugblatt, das Impfen gegen Infektionskrankheiten sei vergleichbar mit Völkermord, wie er sich in Auschwitz ereignete, ist dem Straftatbestand der Volksverhetzung zumindest bedenklich nahe. Gleiches gilt für ein Pamphlet, in dem Sie den Rosenheimer Ärzten unterstellen, sie würden „mittels verleumderischer Verlogenheit ihre Impfpraxis“ sichern ..., „damit die Kinder und Erwachsenen in Rosenheim verblöden.“

Sie behaupten, es gäbe keinen Nachweis für virusbedingte Infektionskrankheiten. Als wissenschaftlicher Beweis für bakterielle Infektionskrankheiten werde lediglich Bezug genommen auf Arbeiten des 19. Jahrhunderts. Dies kann man nicht mehr als seriöse Grundlage für eine sachliche Auseinandersetzung über das Thema akzeptieren. Die Impfungen gegen Infektionskrankheiten, insbesondere Diphtherie, Typhus, Tetanus, Hepatitis B, Pocken und viele mehr, haben zahllose Menschenleben gerettet und sind auch in der heutigen Zeit eine unabdingbare Voraussetzung für die Erhaltung der Volksgesundheit.

Allenfalls könnte man als Zyniker die Auffassung vertreten, aufgrund der ärztlichen Behandlung durch Schutzimpfungen vergrößere sich das Problem der Überbevölkerung.

Wenn man jede wissenschaftliche Erkenntnis in Abrede stellen will, so könnte man auch die Tatsache der Mondlandung bezweifeln, weil sie nicht auf unmittelbarer eigener Erfahrung beruht (mit Ausnahme der Herren Armstrong, Aldrin und – dieser bereits unter Vorbehalt: - Collins).

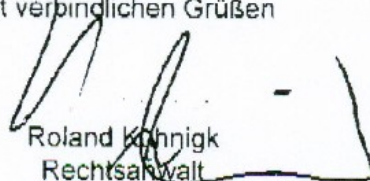
Die Rosenheimer Hausärzte haben besseres zu tun, insbesondere auch jetzt und in Zukunft die Durchführung von Schutzimpfungen, als sich mit dem von Ihnen verbreiteten Unfug zu befassen.

Deshalb mögen Sie auch zur Kenntnis nehmen, daß die in diesem Schreiben gewählten Formulierungen nicht den hier vertretenen Ärzten zuzurechnen sind, sondern in eigener Verantwortung so gewählt wurden.

Abschließend sei angemerkt, dass die Ärzte gesetzlich verpflichtet sind zur Durchführung von Schutzimpfungen insbes. durch das Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen, in dem die meldepflichtigen Infektionskrankheiten in § 6 und die Krankheitserreger (47 an der Zahl) in § 8 aufgeführt sind.

Ihre veröffentlichten haltlosen Ansichten untergraben die Bemühungen aller Personen, die verantwortungsvoll im Sinne dieses Gesetzes zum Wohl erkrankter Personen und zum Schutz vor Ansteckungsgefahren handeln.

Mit verbindlichen Grüßen



Roland König
Rechtsanwalt

B e g l a u b i g t e A b s c h r i f t



Amtsgericht

Rosenheim

Aktenzeichen: 4 Cs 110 Js 35422/01 sn
(Bitte stets angeben)Telefon-Nr.: 08031/8074-0
Telefax-Nr.: 08031/8074200Amtsgericht Rosenheim,
Bismarckstrasse 1, 83022 RosenheimHerrn
Karl Krafeld
Albrechtstraße 17

44137 Dortmund

Rechtskräftig seit

Rosenheim,-----
Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

- geb. 02.06.1949 in Salzbergen - Geburtsname: Krafeld - Beruf:
Verkäufer - Staatsangehörigkeit: deutsch - Familienstand: ledig -

S t r a f b e f e h l

Die Staatsanwaltschaft legt Ihnen folgenden Sachverhalt zur
Last:

→ nicht Flugblatt, sondern Anschreiben an die Ärzte

Im Flugblatt vom 23.10.2001 mit der Überschrift "Höchst aktuell! Wo sind die Terroristen?" führten Sie aus:

! "Wer jetzt noch leichtfertig, ohne wissenschaftliche Beweise Infektionskrankheiten behauptet, erweist sich als Wegbereiter und Trittbrettfahrer des angsterzeugenden Terrors. Wo und wer sind die wirklichen Terroristen gegen das Volk?" "Wir stellen nur dar, was die Rosenheimer Ärzte wissentlich tun, am 21.11.2001 in Rosenheim: Sie implantieren absichtlich, medizinisch-wissenschaftlich vollkommen unbegründet Nervengifte in die Körper, damit die Kinder und Erwachsenen in Rosenheim verblöden. Dr. Weber bewies, daß die Ärzte genau wissen, was sie tun."

Diese ehrenkränkende Äußerung bezieht sich auf die "Rosenheimer Ärzte". Der Arzt Dr. Klecker, der dieses Flugblatt neben weiteren Rosenheimer Ärzten erhalten hat, stellte form- und fristgerecht am 11.01.2002 Strafantrag.

- 2 -

Sie werden daher beschuldigt,

die Ehre eines anderen durch Kundgabe von Mißachtung oder Nichtachtung verletzt zu haben,

strafbar als

Beleidigung

gemäß §§ 185, 194 StGB.

Beweismittel:

Zeugen:

Dr. Klecker,

Bl. 46

Urkunden:

Auskunft aus dem Bundeszentralregister
Flugblatt vom 23.10.2001

Gegen Sie wird eine Einzelgeldstrafe in Höhe von 70 Tagessätzen verhängt. Der Tagessatz wird auf 15,-- EUR festgesetzt. Die Geldstrafe beträgt somit insgesamt 1.050,-- EUR.

An die Stelle einer uneinbringlichen Geldstrafe tritt Freiheitsstrafe.

Einem Tagessatz entspricht ein Tag Freiheitsstrafe.

Sie haben die Kosten des Verfahrens und Ihre notwendigen Auslagen zu tragen.

Dieser Strafbefehl wird rechtskräftig und vollstreckbar, soweit Sie nicht innerhalb von zwei Wochen nach der Zustellung bei dem vorstehend bezeichneten Amtsgericht schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle Einspruch erheben.

Die schriftliche Erklärung muß in deutscher Sprache erfolgen.

Datum 03.05.2002

Beglaubigt: 08. Mai 2002

Teubner
Richter am Amtsgericht

Richter(in) am Amtsgericht

Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

AMTSGERICHT ROSENHEIM

83022 Rosenheim, den 18.09.2002
Bismarckstraße 1
Tel.: 08031/8074-460
Tel.Fax: 08031/8074-450

Geschäftsnummer: 2a Cs 110 Js 35422/01

Parteiverkehr: 8-12 Uhr

Herrn
Karl Krafeld
Albrechtstr. 17

44137 Dortmund

LADUNG

Bringen Sie diese Ladung
zum Termin bitte mit!

Strafsache gegen Krafeld Karl;

wegen Nötigung;

Sehr geehrter Herr Krafeld,

aufgrund Ihres Einspruchs werden Sie zur Hauptverhandlung geladen auf

Montag, 09.12.2002 um 15.30 Uhr (ZiNr. 110 AG Rosenheim)

Sie können sich durch einen Verteidiger mit schriftlicher Vollmacht vertreten lassen.

Sind bei Beginn der Verhandlung weder Sie noch ein Verteidiger mit schriftlicher Vollmacht erschienen und ist das Ausbleiben nicht genügend entschuldigt, so muß Ihr Einspruch ohne Verhandlung zur Sache verworfen werden.

Das Gericht hat zudem Ihr persönliches Erscheinen angeordnet. Wenn Sie bei Beginn der Hauptverhandlung nicht erschienen sind und das Ausbleiben nicht genügend entschuldigt ist, kann Ihre Vorführung oder Verhaftung angeordnet werden.

Zu der Verhandlung werden die in der Anlage aufgeführten Beweismittel hinzugezogen. Sie können die Ladung weiterer Zeugen und Sachverständiger oder die Herbeischaffung anderer Beweismittel unter Angabe der Tatsachen, über die Beweis erhoben werden soll, bei dem Gericht beantragen. Zeugen und Sachverständige, deren Vernehmung Sie wünschen, können Sie auch zur Hauptverhandlung mitbringen; Sie müssen aber Ihre Namen und Anschriften unverzüglich dem Gericht mitteilen.

Sollten Sie nachweislich nicht in der Lage sein, die Reisekosten aus eigenen Mitteln zu bestreiten, so können Sie einen Antrag auf Entschädigung an das oben bezeichnete Gericht, in Einzelfällen an das für Ihren Aufenthaltsort zuständige Gericht stellen.

Hochachtungsvoll

Oberholzner, Justizobersekretärin
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Ausfertigung

Amtsgericht Rosenheim

2a Cs 110 Js 35422/01
11

Rechtskräftig seit

Rosenheim,

Urkundsbeamter der
Geschäftsstelle**IM NAMEN DES VOLKES****URTEIL**

des Amtsgerichts Rosenheim

in der Strafsache gegen

KrafeldKarl, geb. Krafeld, geboren am 02.06.1949
in Salzbergen, lediger Verkäufer, derzeit
arbeitslos Albrechtstr. 17, 44137
Dortmund, deutscher Staatsangehöriger;wegen **Nötigung**aufgrund der Hauptverhandlung vom 09.12.2002,
an der teilgenommen haben:

1. Richter Polzer
als Richter
2. Staatsanwalt Dr. Freudling
als Vertreter der Staatsanwaltschaft,
3. Justizangestellte Lindinger
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle.

- 2 -

I.

Der Angeklagte Krafeld Karl ist schuldig einer Beleidigung.

II.

Er wird deshalb zu einer

Geldstrafe von 140 Tagessätzen zu je 15,-- Euro

verurteilt.

III.

Der Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens.

Angewendete Vorschriften:

§ 185 StGB

G r ü n d e :

I.

Der 52-jährige Angeklagte war bis Sommer 2001 als Verkäufer tätig. Seither ist er arbeitslos und widmet sich ganz einem Verein, dessen Zielsetzung die Bekämpfung des Impfens ist. Er ist dessen Vorsitzender.

Bis Sommer 2001 hatte der Angeklagte ein monatliches Nettoeinkommen von ca. 1 000,-- DM. Seither lebt er von Erspartem. Er hat keine Arbeitslosenhilfe beantragt.

Der Angeklagte ist ledig und hat keine Kinder.

eine Person, die den irrtümlichen Anschein erwecken wollte, sie sei ein dummer, gutgläubiger Naivling, der alles unüberprüft macht, was ihm von oben vorgegeben wird ohne zu wissen was man tut und ohne zu hinterfragen, in totaler Unterwerfung unter Herrschaft, gleich durch wen die Herrschaft ausgeübt wird.

Das erinnert gefährlich an diejenigen in Deutschland, die vor über 60 Jahren Juden aus ihren Wohnungen geholt haben, ohne zu hinterfragen, zu welchen Zweck die Juden aus ihren Wohnungen geholt werden sollten. Die Grundeinstellung, die hier beim Richter und bei Dr. Klecker vor Öffentlichkeit deutlich wurde, erinnert erschreckend an die Grundeinstellung der Deutschen die unhinterfragt bei allem mitmachen, was Herrschaft von ihnen abverlangte, und dadurch erst den Holocaust ermöglichten.

Vor Gericht hatte der Strafantragsteller Dr. Klecker ausgesagt, dass er als Zuhörer an unserer Veranstaltung am 21.11.2001 in Rosenheim teilgenommen hat. Hier hat Dr. Lanka aufgezeigt, welche Giftstoffe in Impfstoffen enthalten sind, und welche biologische Wirkung bzw. biochemische Wirkung diese Giftstoffe haben. Dr. Lanka hat die absurden Experimente von Robert Koch aufgezeigt, die zu der Behauptung führten, dass Anthraxbakterien Krankheiten verursachen können. Dr. Lanka hat aufgezeigt, wie auf dem heutigen Stand der Wissenschaft und Technik die Existenz eines Virus nachgewiesen wird. Ich habe die Dokumente aus der Ärzteschaft und aus den Behörden vorgelegt, die das Wissen beweisen, dass kein als Krankheitserreger behauptetes Virus nachgewiesen worden ist. Ich habe Auszüge aus dem am 1.1.2001 in Kraft getretenen Infektionsschutzgesetz vorgelegt und darauf hingewiesen, dass das Gesetz den erfolgten Nachweis der Viren auf dem heutigen Stand der Wissenschaft und Technik abverlangt.

Sechs Wochen nach diesem Vortrag, in denen Dr. Klecker hinreichend Zeit hatte unsere Aussagen auf diesem Vortrag, insbesondere zu den Anthraxexperimenten von Robert Koch und zu den Viren, mit seiner Fachkompetenz als promovierter Hochschulmediziner zu überprüfen, stellte Dr. Klecker mit Datum vom 11.1.2002 Strafanzeige gegen

gegenwärtigen Impfpraxis konkretisiert, hilf- und schutzlos ausliefern, nicht verunglimpfen.

Durch die konsequente Beweisfrage, wie dieses klein-klein jetzt im Hinblick auf Impfen seit sechs Jahren erfolgt, muss das menschenrechtswidrige Verhalten dieser Behörden und damit auch der WHO offen gelegt und transparent werden, zu dem Zwecke, dass sich die staatlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und den Landesverfassungen bedingungslos – wenn es sein muss, und es muss sein, gegen den WHO-Terrorismus gewendet – unterwerfen.

Der Richter und Dr. Klecker bewiesen beide am 13.9.2006 vor Öffentlichkeit, dass es hier ausschließlich um eine bedingungslose Unterwerfung, ohne oder gegen jegliches Wissen, ohne oder gegen jegliche Vernunft, unter den Kräften ging, die das Impfen fördern und abverlangen.

In der zweiten mir als Straftat der Beleidigung vorgeworfenen Aussage hatte ich im Kerngehalt geschrieben, dass wir auf der Veranstaltung am 21.11.2001 in Rosenheim beweisen werden, dass die Ärzte „medizinisch-wissenschaftlich vollkommen unbegründet Nervengifte implantieren.“

Auf dieser Grundlage, der gegen mich erhobenen Anklage, stellte ich an den Zeugen Dr. Klecker die Frage, ob die Impfstoffe Nervengifte wie Quecksilber, Aluminiumhydroxid usw. enthalten, und wie das Mengenverhältnis der Impfsatzstoffe zu den sog. arzneilich wirksamen Bestandteilen ist.

Hier griff der Vorsitzende Richter Dr. Weidmann ein und sagte zum Zeugen Dr. Klecker, dass er diese Frage nicht zu beantworten brauche, da es sich hier um eine Sachverständigenfrage handelt.

Dr. Klecker erklärte hieraufhin, dass er diese Frage nicht beantworten könne, da er kein Experte sei.

Der Betreiber des gegen mich gerichteten Strafantrages, Dr. Klecker, bewies sich hiermit, in voller Übereinstimmung mit dem Richter, als

mich, vordringlich wegen Verunglimpfung der staatlichen Organe und nachrangig wegen Beleidigung, und fügte den umfangreichen Unterlagen auch das Blatt vom 23.10.2001 bei, ohne hierbei zu benennen, dass er dieses Blatt im Rahmen eines ca. 20seitigen Anschreiben erhalten hat, das als Reaktion auf die auch in seinem Namen in der Zeitung erfolgte öffentliche Verleumdung erstellt wurde. Im gesamten Anschreiben vom 23.10.2001, ging es darum, dass es unsererseits nicht hinnehmbar ist, wenn die Ärzte, anstatt Beweise über die von ihnen behauptete erfolgte Verifikation der Infektionstheorie vorzulegen, öffentlich in der Zeitung eine Verleumdung gegen uns richten.

Die Verleumdung bestand darin, dass die Ärzte als Tatsache behauptet hatten, sie hätten sich mit unserer Satzung befasset und da etwas festgestellt um auf diese Lüge aufbauend eine ehrverletzende Vermutung über den Inhalt der Satzung verbreiten zu können. Vor Gericht behauptete Dr. Weber, er habe gegenüber der Zeitung nie behauptet, dass ihm die Satzung vorgelegen habe. Diese Behauptung habe der Redakteur erfunden und danach habe die Zeitung eine Richtigstellung verweigert. Dr. Weber behauptete vor Gericht, die Bayerische Ärztekammer hätte ihm abgeraten, auf mein an ihn als Vorsitzenden des Ärztlichen Kreisverbands in Rosenheim mit Datum vom 12.10.2001 gerichtetes Anschreiben, mit dem ich auf die Verleumdung reagierte, zu antworten. Da Dr. Weber mir bis zum 22.10.2001 nicht mitgeteilt hat, dass er die Angelegenheit ernsthaft prüft, sandte ich Kopien des Schreiben an Dr. Weber, mit Datum vom 23.10.2001 an ca. 60 Rosenheimer Ärzte, zur Klärung der Frage, ob diese Verleumdung tatsächlich in deren Auftrag und Namen erfolgt ist und legte aus dem aktuellen Anlass der Anthraxanschläge das Blatt bei, das Grundlage dieses Strafverfahrens ist.

Auf S. 40f der schriftlichen Urteilsbegründung behauptet Richter Dr. Weidmann, dass hinsichtlich der Tatsachenbehauptung, derzufolge sich die Ärzte mit der Satzung befasset haben, „nur von einer Vermutung die Rede ist, die noch näherer Prüfung bedürfe.“ Die Zeitung hatte als Aussage der Ärzte verbreitet: „Ferner habe sich der Ärztliche Kreisverband mit der Satzung des Vereins „Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte“ befasset und festgestellt, ...“. Richter Dr.

**Ausfertigung****IM NAMEN DES VOLKES!****URTEIL**

der 7. Strafkammer bei dem Landgericht Traunstein
in der **STRAFSACHE** gegen

Krafeld Karl

geboren am 02.06.1949 in Salzbergen
Staatsangehörigkeit: deutsch
lediger Angestellter
wohnhaft:
Albrechtstraße 17, 44137 Dortmund

Eingegangen

12. Okt. 2006

RA Netzer

wegen
Beleidigung

hier
Berufung des Angeklagten gegen das Urteil des Amtsgerichts
Rosenheim vom 09.12.2002

aufgrund der Hauptverhandlung vom 13. September 2006,
an der teilgenommen haben

VRiLG Dr. Weidmann als Vorsitzender
Thaler Wolfgang und Langenwalter Eva als Schöffen
Staatsanwalt als Gruppenleiter Miller als Beamter der
Staatsanwaltschaft
Gehmacher, Justizangestellte als Urkundsbeamtin der Ge-
schäftsstelle

Rechtsanwalt Roland Netzer, Traunstein als Verteidiger



Der Angeklagte ist ohne Vorstrafe.

Eine Geldstrafe bis zu 90 Tagessätzen erscheint nicht in einem künftigen Führungszeugnis.

Nach Abwägung aller für und gegen den Angeklagten sprechender Umstände erachtete das Gericht deshalb eine


Geldstrafe von 90 Tagessätzen

als tat- und schuldangemessen.

Die Höhe des Tagessatzes war entsprechend den neueren wirtschaftlichen Verhältnissen des Angeklagten auf 20,-- Euro festzusetzen. Insoweit hat das Gericht eine "Mischkalkulation" unter Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse der letzten 6 Monate vorgenommen und zugleich das Verschlechterungsverbot gemäß § 331 StPO berücksichtigt.

F.

Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 464, 465, 473 Abs. 1 und Abs. 4 StPO: Der Angeklagte hat zwar keinen Erfolg hinsichtlich des Schuldspruchs, aber einen Teilerfolg bei der Strafhöhe erzielt, der mit 1/6 zu werten war. Dementsprechend erfolgte die Kostenverteilung.


Dr. Weidmann
Vorsitzender Richter
am Landgericht

ge/hu



Für den Gleichlaut der Ausfertigung
mit der Urschrift
Traunstein, den 06.10.06
Landgericht Traunstein
Bayerl.
als Urkundsbearbeiter der Geschäftsstelle



JVHSekr. Rolf Berkhoff



Amtsgericht Dortmund - Gerichtsstr. 27 - 29 - 44135 Dortmund
 Sprechstunde: Mi. + Fr. 8:00 bis 9:00 Uhr - Zimmer 7.403 - Tel. 0231 / 926 27403
 Dienstkonto: Postbank Dortmund - Konto-Nr.: 213320-469 - BLZ: 440 100 46
 Telefon privat: 0172 4959416 - E-Mail: rolf.berkhoff@ag-dortmund.nrw.de

Abs.:

Vollziehungsbeamter der Justiz Rolf Berkhoff
 Amtsgericht Dortmund
 Gerichtsstr. 27 - 29 - 44135 Dortmund

Herrn - Frau - Firma

Karl Rinkelt
Seebrechtsstr. 47

44137 Dortmund

1.10.2007

Dortmund, 4. SEP. 2007

Mein Zeichen:

JL - Nr.: 1455

(bei Antworten + Zahlungen bitte angeben)

Betreff:

Kassenzeichen:

Aktenzeichen: 110URS 35422/07

Sehr geehrte(r) Frau / Herr *Karl Rinkelt*

Im Auftrag der *StA Trautwein*

habe ich bei Ihnen wegen

5047,71€	Gerichtskosten / Geldstrafe
21,10 €	Kosten für diesen Auftrag
5068,81€	zu vollstrecken

Dem Vollstreckungsauftrag ist eine Zahlungsaufforderung und eine Mahnung durch die Vollstreckungsbehörde vorausgegangen. Die darin genannten Zahlungsfristen haben Sie nicht eingehalten. Nimm ich Sie auf, den Gesamtbetrag umgehend bar an mich zu zahlen oder auf mein Dienstkonto zu überweisen.

Falls Sie diese Aufforderung wiederum unbeachtet lassen, müssen weitere Maßnahmen gegen Sie eingeleitet werden. So kann ich, aufgrund gesetzlicher Bestimmungen, die Befugnis erlangen, zur Durchführung der Pfändung Türen und Behältnisse - selbst in Ihrer Abwesenheit - öffnen zu lassen (§ § 758, 759 a ZPO).

Diese für Sie unangenehmen Folgen, verbunden mit weiteren Kosten, können Sie vermeiden, wenn Sie meiner Zahlungsaufforderung nachkommen.

Sollte die Forderung bereits gezahlt sein, so sind die entstandenen Kosten in Höhe von 21,10 € auf mein Dienstkonto zu überweisen.

Mit freundlichen Grüßen



Frist: Sofort /

B e g l a u b i g t e A b s c h r i f t



Amtsgericht

Rosenheim

Aktenzeichen: *La* Cs 530 Js 41590/02 sn
(Bitte stets angeben)Telefon-Nr.: 08031/8074-0
Telefax-Nr.: 08031/8074200Amtsgericht Rosenheim,
Bismarckstrasse 1. 83022 RosenheimHerrn
Dr. Stefan Thomas Josef Lanka
Ludwig-Pfau-Straße 1b

70176 Stuttgart

Rechtskräftig seit

Rosenheim,
-----Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

- geb. 27.09.1963 in Langenargen - Geburtsname: Lanka - Staatsangehörigkeit: deutsch - Familienstand: ledig -

S t r a f b e f e h l

Die Staatsanwaltschaft legt Ihnen folgenden Sachverhalt zur Last:

Am 09.12.2002 verfolgten Sie beim Amtsgericht Rosenheim als Zuhörer die Hauptverhandlung gegen Karl Krafeld in dem Strafverfahren wegen Beleidigung, Aktenzeichen: 2 a Cs 110 Js 35422/01. Da Sie mit der Verurteilung des Angeklagten nicht einverstanden waren, bezeichneten Sie den Staatsanwalt Dr. Freudling und den Richter am Amtsgericht Polzer nach Abschluß der Sitzung noch im Sitzungssaal gegen 16.00 Uhr in Anwesenheit weiterer Zuhörer und Prozeßbeteiligter jeweils als "scientologische Babyficker". Da Sie sich anschließend weigerten, sich auszuweisen, wurde Ihnen seitens des Staatsanwalts die vorläufige Festnahme erklärt. Nach der Festnahme bezeichneten Sie den Staatsanwalt Dr. Freudling in der Wachtmeisterei des Amtsgerichts Rosenheim als "feuchten Nazifurz".

Durch Ihre Äußerungen wollten Sie die Mißachtung des Staatsanwalts und des Richters zum Ausdruck bringen.

Seitens der Geschädigten und ihrer Dienstvorgesetzten wurde form- und fristgerecht Strafantrag gegen Sie gestellt.

- 2 -

Sie werden daher beschuldigt,

in zwei Fällen die Mißachtung eines anderen kundgetan zu haben, wobei Sie in einem Fall zwei andere beleidigten,

strafbar als

zwei sachlich zusammentreffende Vergehen der Beleidigung, in einem Fall in Tateinheit mit einem weiteren Vergehen der Beleidigung

gemäß §§ 185, 194 I und III, 52, 53 StGB.

Beweismittel:

Zeugen:

Dr. Martin Freudling, zu laden über das Amtsgericht Altötting

Urkunden:

Auskunft aus dem Bundeszentralregister (ohne Eintrag)

Gegen Sie wird eine Gesamtgeldstrafe in Höhe von 90 Tagessätzen verhängt (Einzelgeldstrafen in Höhe von jeweils 60 Tagessätzen). Der Tagessatz wird auf 30,-- EUR festgesetzt. Die Geldstrafe beträgt somit insgesamt 2.700,-- EUR.

Ihre Einkünfte wurden gemäß § 40 III StGB geschätzt.

Von der Verfolgung wurde gemäß § 154 a I StPO abgesehen, soweit Ihnen ein weiteres Vergehen der Beleidigung durch Verteilung eines Flugblattes vom 16.12.2002, welches wiederum eine Beleidigung zum Nachteil des Staatsanwalts Dr. Freudling enthält, zur Last lag.

An die Stelle einer uneinbringlichen Geldstrafe tritt Freiheitsstrafe.

Einem Tagessatz entspricht ein Tag Freiheitsstrafe.

Sie haben die Kosten des Verfahrens und Ihre notwendigen Auslagen zu tragen.

Dieser Strafbefehl wird rechtskräftig und vollstreckbar, soweit Sie nicht innerhalb von zwei Wochen nach der Zustellung bei dem vorstehend bezeichneten Amtsgericht schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle Einspruch erheben.

Die schriftliche Erklärung muß in deutscher Sprache erfolgen.

Datum

29. 8. 03

Beglaubigt:

16. Sep. 2003

gez. Teubner

Richter ~~(in)~~ am Amtsgericht

Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Ausfertigung

Amtsgericht Rosenheim

4b Cs 530 Js 41546/02
Si.

Rechtskräftig seit

.....
Rosenheim,.....
Urkundsbeamter der
Geschäftsstelle**IM NAMEN DES VOLKES****URTEIL**

des Amtsgerichts Rosenheim

in der Strafsache gegen

Lanka

Dr. Stefan Thomas Josef, geb. Lanka,
geboren am 27.09.1963 in Langenargen,
verheiratet,
Dipl.-Molekular-Biologe, z.Zt. arbeitslos,
Ludwig-Pfau-Str. 1 b, 70176 Stuttgart,
deutscher Staatsangehöriger;

wegen Beleidigung

aufgrund der Hauptverhandlung vom 15.06.2005,
an der teilgenommen haben:

1. Richter am Amtsgericht Schäfer
als Strafrichter
2. StAGrL Dr. Hager
als Vertreter der Staatsanwaltschaft,
3. Justizangestellte Gosau
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle.

1.

Der Angeklagte Dr. Stefan Lanka ist schuldig zweier sachlich
zusammentreffender Vergehen der Beleidigung gemäß §§ 185,

handelt, die durch das Adjektiv "scientologisch" nur unzureichend abgemildert wird, und dass durch die öffentliche Beleidigung nicht nur die Person des Richters verletzt wurde sondern auch die Würde der Justiz insgesamt in Frage gestellt wurde. Nach Abwägung aller für und gegen den Angeklagten sprechenden Gesichtspunkte erschien eine Strafe von 60 Tagessätzen tat- und schuldangemessen.

Berüglich der Beleidigung "feuchter Nazifurz" war zu berücksichtigen, dass sie den damaligen Staatsanwalt gleichsam noch in die Nationalsozialistische Ecke drängt. Allerdings hat der Angeklagte diese Beleidigung nicht mehr vor der gesamten Öffentlichkeit vorgenommen sondern in der Wachtmeisterei. Deshalb erschien auch für diese Beleidigung eine Geldstrafe von 60 Tagessätzen tat- und schuldangemessen.

Aus beiden Geldstrafen war gemäß §§ 53, 54 StGB eine Gesamtgeldstrafe zu bilden. Bei erneuter Abwägung aller für und gegen den Angeklagten sprechenden Umstände, insbesondere nochmaliger Abwägung der besonderen persönlichen Motivation des Angeklagten, dem es nach Überzeugung des Gericht nicht um den Ausdruck persönlicher Abneigung gegenüber den Opfern ging, sondern der beleidigte, um weiterhin ein öffentliches Forum für sein medizinisches Anliegen zu haben, erschien eine Gesamtgeldstrafe von 90 Tagessätzen tat- und schuldangemessen. Aufgrund des derzeitigen Einkommens des Angeklagten von 311,00 Euro ergab sich die Tagessatzhöhe zu 10,00 Euro (§ 40 Abs. 2 StGB).

VI.

Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 464, 465 StPO.

Schäfer

Richter am Amtsgericht



Für den Gleichlaut der Ausfertigung
mit der Urschrift
Rosenheim den 07. Juli 2005

St. 07
Sidić, Justizangestellte
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



Landgericht Traunstein

Geschäftsnummer: 7 Ns 530 Js 41590/02

IM NAMEN DES VOLKES!

URTEIL

der 7. Strafkammer bei dem Landgericht Traunstein
in der **STRAFSACHE** gegen

Dr. Lanka Stefan Thomas Josef

geboren am 27.09.1963 in Langenargen
Staatsangehörigkeit: deutsch
verheirateter Dipl.-Molekular-Biologe, z.Zt. arbeitslos
wohnhaft:
Ludwig-Pfau-Straße 1 b, 70176 Stuttgart

wegen
Beleidigung

hier
Berufung des Angeklagten gegen das Urteil des Amtsgerichts
Rosenheim vom 15.06.2005

aufgrund der Hauptverhandlung vom 5. April 2006,

an der teilgenommen haben

VRiLG Dr. Zenkel als Vorsitzender
Eder Norbert u. Parzinger Felix als Schöffen
Staatsanwalt als Gruppenleiter Dr. Hager als Beamter der
Staatsanwaltschaft
Seifert, Justizangestellte als Urkundsbeamtin der Geschäfts-
stelle

Rechtsanwältin Isabell Ott, Surberg als Verteidigerin

7

VI.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 473 Abs. 1 StPO. Die Kosten eines erfolglos eingelegten Rechtsmittels treffen den, der es eingelegt hat.



Dr. Zenkel
Vorsitzender Richter
am Landgericht

ge



Für den Inhalt der Ausfertigung
mit der Unterschrift

10.01.05
Traunstein, den
Landgericht Traunstein

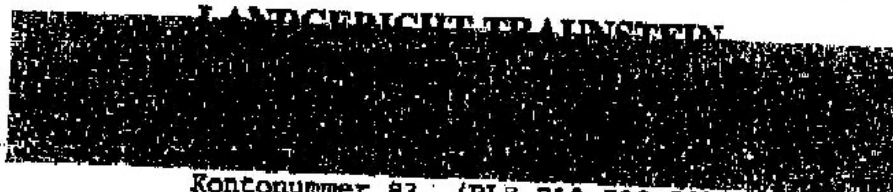
 Gehringer
Als Urkundsbanner der Geschäftsstelle

22/02/2006 10:58

07112220680

DR LANKA

S. 01/05



Kontonummer 83 (BLZ 710 520 50)

Aktenzeichen: 7 Nr 530 Js 41590/02
(Bitte stets angeben!)

Traunstein, 21.02.2006

Herrn
Dr. Stefan Lanka
Ludwig-Pfaustraße 1 b
70176 Stuttgart

Strafverfahren gegen Sie

Sehr geehrter Herr Dr. Lanka!

Anbei übersende ich Ihnen die dienstliche Stellungnahme des
Vorsitzenden Richters am Landgericht Dr. Zenkel.

Zur Stellungnahme wird Ihnen eine Frist bis 23.02.2006 eingeräumt.

Mit freundlichen Grüßen

Sattelberger
Richterin
am Landgericht

gefertigt:

Söldner
Justizobersekretärin

Besuchszeiten:

Montag bis Freitag: 8.00 bis 12.00 Uhr oder nach Vereinbarung

22/02/2006 18:50

07112220608

DR LANKA

S. 02/05

50

7 Ns 530 Js 41590/02

Traunstein, 20.02.2006

Berufungsverfahren gegen Dr. Stefan Thomas Josef Lanka
wegen Beleidigung

1. Mit Schreiben vom 15.02.2006 beantragt der Angeklagte meine Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit (vgl. insb. BI. 503).
2. Hierzu gebe ich folgende dienstliche Stellungnahme ab: Es ist zutreffend, dass ich das Ermittlungsverfahren gegen Herrn Krafeld geführt und auch einen Strafbefehlsantrag an das Amtsgericht Rosenheim gerichtet habe. An den weiteren Verfahren gegen Herrn Krafeld war ich nicht beteiligt, auch nicht an Verfahren gegen Herrn Dr. Lanka.
3. Herrn Koll. Dr. Weidmann

m.d.B. um weitere Veranlassung.



Dr. Zenkel
VRSG

**Staatsanwaltschaft****Traunstein****Zweigstelle Rosenheim****Aktenzeichen: 440 Js 6150/02**

(Bitte stets angeben)

Telefon-Nr.: 08031/8074-0
Telefax-Nr.: 08031/8074-500
Durchwahl-Nr.: 08031/8074542
Sachbearbeiter: Herr StA Schober

Staatsanwaltschaft Traunstein, Zweigstelle Rosenheim
Königstrasse 7, 83022 Rosenheim

Rosenheim, 06.03.2002/bum

Herrn
Karl **Krafeld**
Albrechtstraße 17
44137 Dortmund

Strafanzeige vom 11.11.2001

gegen Dr. Simon Weber
wegen Beleidigung

Sehr geehrter Herr Krafeld,

von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens habe ich mit
Verfügung vom 27.02.2002 gemäß § 152 Abs. 2 Strafprozeßordnung
abgesehen.

Gründe:

Der Anzeigeerstatter begehrt die strafrechtliche Verfolgung des
Beschuldigten wegen übler Nachrede, § 186 StGB.

Nach Aktenlage ist kein strafbares Verhalten des angezeigten
Dr. Weber gegeben. Der Anzeigeerstatter ist 1. Vorsitzender des
Vereins "Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte e.V.", der
der derzeitigen Impfpraxis offensichtlich ablehnend gegenüber
steht. Der Beschuldigte Dr. med. Simon Weber ist Vorsitzender
des ärztlichen Kreisverbandes Rosenheim, der in einem Interview
gegenüber dem Oberbayerischen Volksblatt sich zu den Aussagen
des Vereins Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte e.V. geäu-
sert hat.

! Diese Äußerungen werden in der Ausgabe des OVB vom 29./
30.09.2001 unter anderem wie folgt wiedergegeben:

Ferner habe sich der ärztliche Kreisverband mit der Satzung des
Vereins "Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte e.V." befaßt
und festgestellt, daß einige Passagen vermutlich sogar eine

- 2 -

Verunglimpfung der staatlichen Organe darstellten. Der ärztliche Kreisverband werde sich deshalb umgehend an die Bayerische Staatsregierung wenden und darum bitten, diesen Verein näher unter die Lupe zu nehmen.

Die Äußerungen des Vorsitzenden des ärztlichen Kreisverbandes Rosenheim sind gemäß § 193 StGB durch die Wahrnehmung berechtigter Interessen gerechtfertigt. Es handelt sich um eine öffentliche Äußerung eines Vorsitzenden eines ärztlichen Berufsverbandes zu einer Angelegenheit von allgemeinem Interesse.

Aus diesem Grund ist das Grundrecht der freien Meinungsäußerung bei der Beurteilung der Zulässigkeit der beanstandeten Äußerungen von besonderer Bedeutung. Bei der gebotenen Abwägung zwischen dem Schutz der Ehre der Verantwortlichen des Vereins "Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte e.V." einerseits und dem Recht des Dr. Weber auf freie Meinungsäußerung andererseits kommt letzterem hier das größere Gewicht zu.

Im Rahmen der öffentlichen Auseinandersetzung kann es dem Vertreter der ärztlichen Standesvertretung nicht untersagt werden, auch Vermutungen zu äußern, solange die Auseinandersetzung im Kern an der Sache orientiert bleibt. Die entsprechenden Äußerungen sind durch das Grundrecht der freien Meinungsäußerung gedeckt.

Von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens war deshalb abzusehen.

Etwas zivilrechtliche Ansprüche werden durch diese Entscheidung nicht berührt.

Hochachtungsvoll

gez. Schober
Staatsanwalt

Diese Mitteilung wurde elektronisch erstellt und enthält deshalb keine Unterschrift, wofür um Verständnis gebeten wird.

**Staatsanwaltschaft****Traunstein**

Aktenzeichen: 201 I AR 29/02

(Bitte stets angeben)

Staatsanwaltschaft Traunstein
Postfach 1480, 83276 TraunsteinHerrn
Karl Krafeld
Albrechtstr. 17

44137 Dortmund

Strafanzeige vom 05.12.2001
gegen Angelika Graf
wegen übler NachredeTelefon-Nr.: 0861/56-0
Telefax-Nr.: 0861/56-700
Durchwahl-Nr.: 0861/56653
Sachbearbeiter: Herr StAGrL Hammerding

Traunstein, 29.01.2002/mo

*GST München
Nymphenburger Str. 76
80335 München
Fax 089/5597425*

Sehr geehrter Herr Krafeld,

von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens habe ich mit
Verfügung vom 28.01.2002 gemäß § 152 Abs. 2 Strafprozeßordnung
abgesehen.

Gründe:

Nach Aktenlage ist kein strafbares Verhalten der angezeigten Angelika Graf gegeben. Der Anzeigeerstatte ist erster Vorsitzender des Vereins "Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte e.V.", der der derzeitigen Impfpraxis ablehnend gegenübersteht. Angelika Graf ist Bundestagsabgeordnete und hat sich gegenüber dem Oberbayerischen Volksblatt zu den Aussagen des Vereins Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte e.V. geäußert. Diese Äußerungen werden in der Ausgabe des OVB vom 08.11.2001 u.a. wie folgt wiedergegeben:

"Soviel Unsinn auf einem Haufen habe ich selten gesehen", erklärte gestern die Rosenheimer Bundestagsabgeordnete Angelika Graf (SPD).

"Kriminell wird die Sache, wenn unter pseudowissenschaftlichem Deckmantel vor besorgten Eltern unbewiesene und unbeweisbare Behauptungen aufgestellt werden", so Graf weiter. Sie habe die zuständige Staatsanwaltschaft in Stuttgart dazu aufgefordert, den Verein und seine Hintermänner zu überprüfen.

- 2 -

Erkundigungen bei Sektenexperten hätten ergeben, daß der Verein "Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte" Teil einer Szene ist, die aus esoterischen Zirkeln besteht. Besonders durch das Internet gewinne diese Szene zunehmend an Einfluß - vor allem auf psychisch und gesundheitlich Gefährdete. Nicht zweifelsfrei ausgeschlossen werden könne, daß es Querverbindungen zu Sekten, insbesondere zur Scientology-Organisation gibt.

2.)

Die Äußerungen der Bundestagsabgeordneten Graf sind gemäß § 193 StGB durch die Wahrnehmung berechtigter Interessen gerechtfertigt. Es handelt sich um eine öffentliche Äußerung einer politischen Mandatsträgerin zu einer Angelegenheit von allgemeinem Interesse. Aus diesem Grund ist das Grundrecht der freien Meinungsäußerung bei der Beurteilung der Zulässigkeit der beanstandeten Äußerungen von besonderer Bedeutung. Bei der gebotenen Abwägung zwischen dem Schutz der Ehre der Verantwortlichen des Vereins "Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte" einerseits und dem Recht der Abgeordneten Graf auf freie Meinungsäußerung, kommt letzterem hier das größere Gewicht zu. Im Rahmen der öffentlichen Auseinandersetzung kann es einem Abgeordneten nicht untersagt werden, auch Vermutungen zu äußern, so lange die Auseinandersetzung im Kern an der Sache orientiert bleibt. Es ist Teil einer öffentlichen politischen Auseinandersetzung, wenn man sich auch mit der Person und den Motiven des jeweiligen Gegners auseinandersetzt. Im vorliegenden Fall beinhalten die Aussagen der Abgeordneten Graf über den Verein Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte zwar eine scharfe Kritik, diese überschreitet aber noch nicht die Grenze zur unsachlichen Schmähkritik. Damit sind die entsprechenden Äußerungen noch durch das Grundrecht der freien Meinungsäußerung gedeckt.

222
doch!

Der Tatbestand der falschen Verdächtigung gemäß § 164 Abs.1 StGB ist ohnehin nicht erfüllt, da sich bei den Äußerungen gegenüber einem Presseorgan um keine Anzeige im Sinne dieser Vorschrift handelt. *falsch*

Von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens war deshalb abzusehen.

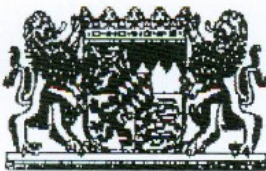
Etwas zivilrechtliche Ansprüche werden durch diese Entscheidung nicht berührt.

Hochachtungsvoll

gez. Hammerdinger
Staatsanwalt als Gruppenleiter

Diese Mitteilung wurde elektronisch erstellt und enthält deshalb keine Unterschrift, wofür um Verständnis gebeten wird.

Beglaubigte Fotokopie

**Landgericht Traunstein**

Herzog-Otto-Str. 1, 83276 Traunstein
Postfach 1480, 83276 Traunstein
Telefon: 0861/56385 Telefax: 0861/56305

Bankverbindung: Sparkasse Traunstein Kto.Nr. 83, BLZ 71052030

Az: 6 O 1290/02

AUSFERTIGUNG**Beschluß**

Die 6. Zivilkammer des Landgerichts Traunstein erläßt wegen Dringlichkeit ohne mündliche Verhandlung am 9.4.2002

in Sachen

Angelika Graf, Leitenstr. 4, 83064 Raubling

- Antragstellerin -

Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Walter Klar & Walter
Holderle, Rosenheimer Str. 25, 83059
Kolbermoor, Gz.: 255/2002

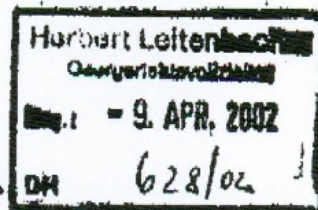
gegen

Karl Krafeld, Albrechtstr. 17, 44137 Dortmund

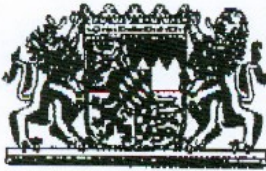
- Antragsgegner -

anwaltschaftlich nicht vertreten

folgende

**einstweilige Verfügung:**

- I. 1. Der Antragsgegner hat es zu unterlassen, Flugblätter zu verteilen, auf denen wörtlich oder sinngemäß die Behauptung aufgestellt und/oder verbreitet wird, die Antragstellerin sei eine Edelnutte und/oder Mörderin.
2. Der Antragsgegner hat es zu unterlassen, wörtlich oder sinngemäß die Behauptung aufzustellen und/oder zu verbreiten, die Antragstellerin lüge, um hiermit zum Schein eine Begründung für öffentliche Vermutungen zu schaffen, die geeignet sind, verächtlich zu machen und herabzuwürdigen.



Seite 2

Az: 6 O 1290/02

3. Der Antragsgegner hat es zu unterlassen, wörtlich oder sinngemäß die Behauptung aufzustellen und/oder zu verbreiten, daß es in der Natur der Antragstellerin liege, zu lügen und mittels Lügen Straftaten (üble Nachrede) zum Schein zu legitimieren.
4. Dem Antragsgegner wird angedroht, daß für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen die in Ziffern 1., 2. und 3. ausgesprochene Verpflichtung ein Ordnungsgeld bis zu 250.000,-- EUR und für den Fall, daß dieses nicht beigetrieben werden kann, Ordnungshaft bis zu 6 Monaten festgesetzt werden kann.

II. Der Antragsgegner trägt die Kosten des Verfahrens.

III. Der Streitwert wird auf 15.000,-- EUR festgesetzt.

Wächter
Vors. Richter am LG

Thaler
Richter am LG

G.Häusler
Richter am LG



Für den Gleichlaut der Ausfertigung
mit der Urschrift
Traunstein, 9.4.2002
Dorfhuber
Dorfhuber, JAng.
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Samstag, 08.12.2001

Graf sieht der Klage gelassen entgegen

LOKALES

Rosenheim (hc) - Wegen «Beleidigung», «Übler Nachrede» und «Falscher Verdächtigung» will der Dortmunder Impf-Gegner Karl Krafeld gegen die Rosenheimer SPD-Abgeordnete Angelika Graf vorgehen. Krafeld, der zusammen mit seinem Kollegen Dr. Stefan Lanka in Rosenheim bei Vorträgen durch Aussagen wie «Impfen ist Völkermord» für Aufregung gesorgt hatte (wir berichteten), hat seine Klage beim Deutschen Bundestag und bei der Rosenheimer Polizeidirektion eingereicht. Graf hatte die Machenschaften der beiden Impf-Gegner als «kriminell» bezeichnet und erklärt, es sei nicht zweifelsfrei auszuschließen, dass es Querverbindungen zu Sekten gebe. «Und zu diesen Aussagen stehe ich nach wie vor», erklärte Graf gestern gegenüber dem OVB. Sie sehe der Klage gelassen entgegen. «Dass die beiden jetzt Anzeige erstatten wollen oder sogar haben, zeigt, wes Geistes Kind sie sind.» Sie bleibe auch dabei, dass Impfen zur Gesundheit des Menschen beitrage und deshalb wichtig sei.

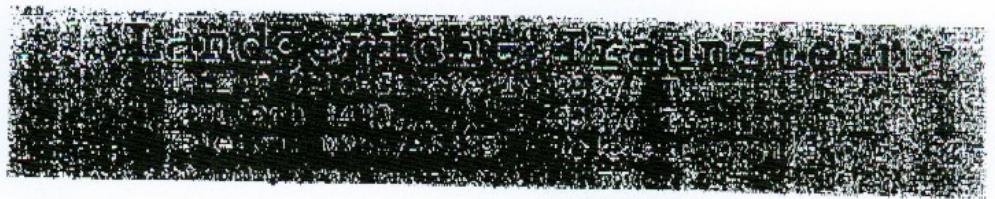
6.12.2001 21:41 Uhr

AUS ALLER WELT

REGION

KLEINANZEIGEN

UNTERHALTUNG



Az: 6 O 1290/02

Führung
EB! Ernst**Ausfertigung****Beschluß****Eingegangen**

01. Aug. 2002

Triebel
Rechtsanwältin

der 6. Zivilkammer des Landgerichts Traunstein vom 25.7.2002

In Sachen

Angelika Graf, Leitenstr. 4, 83064 Raubling

- Antragstellerin -

Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Walter Klar & Walter
Holderle, Rosenheimer Str. 25, 83059
Kolbermoor, Gz.: 255/2002

gegen

Karl Krafeld, Albrechtstr. 17, 44137 Dortmund

- Antragsgegner -

Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwältin Claudia Triebel,
Sommerseite 8, 79859 Schluchsee,
Gz.: Tr/03 F 02 gl

wegen einstweiliger Verfügung

Der Antrag des Antragsgegners auf Bewilligung von
Prozeßkostenhilfe vom 16.5.02 wird zurückgewiesen.G r ü n d e :Die vom Antragsgegner beabsichtigte Rechtsverteidigung bietet
keine hinreichende Aussicht auf Erfolg. Der Prozeßkostenhilfean-
trag war daher zurückzuweisen.

.../...

Konsequente Manipulation

Eingeholt vom alten Schrecken
SZ vom 2. April

Ich spreche Christiane Kohl meine Hochachtung dafür aus, dass sie das zugrundeliegende Sujet (den „Sachsen-sumpf“) nicht vergessen hat. Ich war von 1973 bis 2004 Richter am Landgericht Stuttgart und habe in dieser Zeit ebenso unglaubliche wie unzählige, vom System organisierte Rechtsbrüche und Rechtsbeugungen erlebt, gegen die nicht anzukommen war/ist, weil sie systemkonform sind. Ich habe unzählige Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte erleben müssen, die man schlicht „kriminell“ nennen kann. Sie waren/sind aber sakrosankt, weil sie per Ordre de Mufti gehandelt haben oder vom System gedeckt wurden, um der Reputation willen. Natürlich gehen auch Richter in den Puff, ich kenne in Stuttgart diverse, ebenso Staatsanwälte.

In der Justiz gegen solche Kollegen vorzugehen, ist nicht möglich, denn das System schützt sich vor einem Outing selbst – durch konsequente Manipulation. Wenn ich an meinen Beruf zurückdenke (ich bin im Ruhestand), dann überkommt mich ein tiefer Ekel vor „meinesgleichen“.

Frank Fahsel, Fellbach

Das Robert Koch-Instituts im Nationalsozialismus: Stellungnahme zu den Forschungsergebnissen

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jörg Hacker, Präsident des Robert Koch-Instituts

(Auszüge)

„Die wichtigste Lehre aus dieser Zeit: jeder Einzelne, innerhalb wie außerhalb des Instituts, kann und muss Rückgrat beweisen.“

„Für das Übertreten humanistischer Grundsätze, für die Verletzung der Würde und der körperlichen Unversehrtheit gibt es zu keiner Zeit der Welt eine Rechtfertigung, auch wenn die Mehrheit ein solches Verhalten toleriert oder gar fordert.“

„Fälle von Zivilcourage, von Protestbekundungen gegen das staatliche, das institutionelle und das individuelle Vorgehen sind nicht bekannt.“

„Es waren nicht nur Einzelne, die abscheuliche Menschenversuche zum Beispiel mit Impfstoffen durchgeführt haben, vor allem an Patienten und KZ-Häftlingen.“

„Die vorgestellten Projektergebnisse zeigen: Es gab eine eindeutige Richtlinie, die Versuche an Menschen ohne deren Einwilligung verbot. Die Quellen belegen, dass die Täter die Richtlinie kannten und ignorierten, oder von den verzweifelten Lagerinsassen, die keine Wahl hatten, die Zustimmung skrupellos erpressten oder erpressen ließen.“

„Es waren nicht nur Einzelne, die schlechte Wissenschaft gemacht haben und alle moralischen Schranken eingerissen haben.“

„Andere haben einfach nur geschwiegen - weil sie sich nur für die Wissenschaft interessiert haben oder emotional verkümmert waren, weitere dürften Angst vor Nachteilen gehabt haben.“

„Die wichtigste Lehre aus dieser Zeit: jeder Einzelne, innerhalb wie außerhalb des Instituts, kann und muss Rückgrat beweisen.“

Stand: 01.10.2008

3/2/09

Sehr geehrter Hr. Lanka,

haben Sie allen Ernstes
noch alle Tassen im Schrank?
von einem Impf-Holocaust
zu sprechen!

Haben Sie jedes Maß verloren?

Sin beschämt
und abgestossen
und kann nur hoffen,
dass Ihr Nachwuchs nicht
verkauft wird.

St. Boeris

Karl Krafeld und Stefan Lanka

Impfen und AIDS:

Der Neue Holocaust.

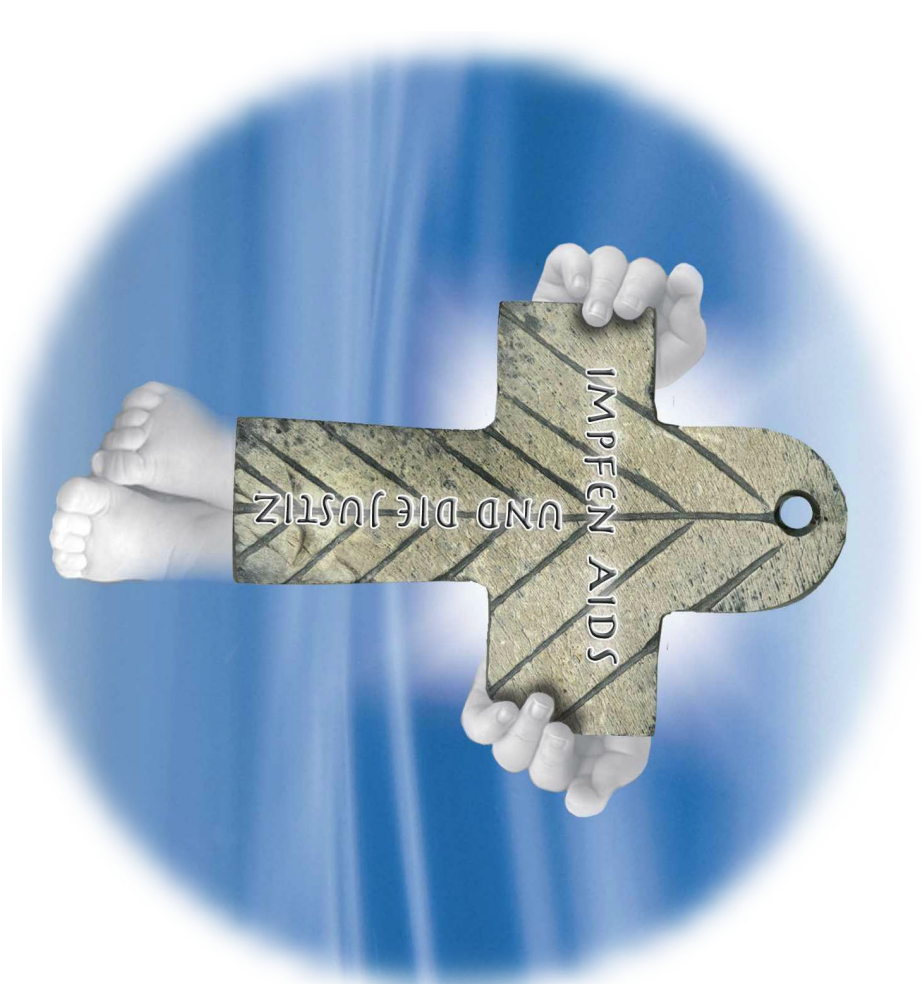
Die Deutsche Justiz ist hierfür verantwortlich!

Karl Krafeld
Stefan Lanka

Herausgeber:

Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte e.V. (MuM)

Band V: Eisodus – Aufbruch in unsere planetarische Zukunft



Der Neue Holocaust

In diesem Buch werden Beweise präsentiert und erläutert, dass sich deutsche Regierungen – wissenschaftlich und absichtlich – an einem globalen Verbrechen gegen die Menschheit beteiligten. Allein die Anzahl der unter dem Tarnbegriff „AIDS“ ermordeten Menschen, hat die Opferzahlen des Holocausts schon mehrfach übertroffen.

Am 14.2.1995 wurde in Bezug auf „HIV“ und ab 2000 in Bezug auf alle behaupteten, so genannten krankmachenden Viren **weltweit beispieles** die Beweisfrage nach deren behaupteter Existenz und in Bezug auf Bakterien, die ja tatsächlich existieren, die Beweisfrage nach deren behaupteter Krankheitsverursachung, an die zuständigen staatlichen Stellen gestellt.

Das Faktum und das Wissen der Nichtverifizierung und der Nichtverifizierbarkeit der **heute global anerkannten** Infektionstheorie, die Ende des 19. Jahrhunderts durch von Bismarck **politisch durchgesetzt** wurde, auf dem heutigen Stand der Wissenschaft und Technik, ist bewiesen und dokumentiert.

Nachweislich vorsätzlich und weltweit beispieles verschweigen die zuständigen staatlichen Stellen ihr hochschulmedizinisches Wissen, dass die Existenz der als Krankheitserreger behaupteten Viren und die Krankheitsverursachung durch Bakterien nur aufgrund eines internationalen Konsenses anerkannt, aber nicht auf dem heutigen Stand der Wissenschaft und Technik naturwissenschaftlich nachgewiesen worden sind.

Seit dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 1.2.1996 zu Pet. 5-13-15-2002-010526, der die vorsätzliche Irreführung über „HIV“ sichert, hat die Zahl der AIDS-Irreführungsoffer, insbesondere in Afrika, den Holocaust zahlenmäßig in den Schatten gestellt. Der Bundestag sicherte dieses 1996 durch Einschaltung der Justiz mit der Folge der Kennniserlangung der Verbrechenbeweise durch die Justiz.

Seit 2001 sichert die durch zwei Ärzte eingeschaltete bayerische Justiz das globale Impfverbrechen. In diesem Zusammenhang wurden erstmalig am 13.9.2006 vor dem Landgericht Traunstein, vor der Staatsanwaltschaft und vor Öffentlichkeit fünf Dokumente aus Behörden vorgelegt, die die wissenschaftliche Beteiligung an einem Verbrechen belegen. Um diese Kennniserlangung der Beweise durch die Staatsanwaltschaft vor Öffentlichkeit einer noch größeren Öffentlichkeit bekannt zu machen, erscheint dieses Buch, dessen Kern die fünf Dokumente aus Behörden sind. (Fortsetzung auf Seite 214)